Nr. 15. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 18. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das sociale Königtum.

Heute vor zweihundert Jahren ist das preußische Königtum gegründet worden, als eine rein höfische Institution, nicht einmal im Interesse des damaligen Absolutismus, sondern als ein kostspieliges Spielzeug, bestimmt der nichtigen Eitelkeit eines nichtigen Fürsten zu dienen. Eine höfische Feier dieses höfischen Gedenktags mag gleichwohl angezeigt sein; höfische Empfindungen liegen uns so weltenfern, daß wir uns darüber kein sachverständiges Urteil erlauben können.

Ja noch mehr: es wäre auch nichts dagegen zu sagen, wenn die herrschenden Klassen als solche den heutigen Tag feierten. Zwar bietet er selbst für diese Klassen, so weit ihnen daran liegt, von ihrem beschränkten Klassenstandpunkt aus wenigstens eine leidliche Figur in der Geschichte zu spielen, auch nur niederziehende Erinnerungen: die ostelbischen Junker haben schließlich doch noch andre Kerle gestellt, als das traurige Höflingspack, das heute vor zweihundert Jahren die preußische Königskrone aus der Taufe hob, und das deutsche Bürgertum ist unter den Hohenzollern, vom ersten Kurfürsten Friedrich I. bis zum ersten Kaiser Wilhelm I., so durchaus aufs Vorzimmer angewiesen gewesen, daß schon ein beträchtliches Maß „staatsmännischer" Entsagung dazu gehört, wenn die bürgerliche Klasse höfische Litaneien zur Feier höfischer Erinnerungsfeste anstimmt. Immerhin aber: wollen die herrschenden Klassen ihre Feste feiern, wie sie fallen, so kann uns das schon recht sein, und doppelt recht, wenn sie ihre „nationale" Begeisterung an königlichen Gedenktagen auflodern lassen. Dann wäre eine friedlich-schiedliche Trennung zwischen ihren und unsren Gedenktagen sehr schnell durchgeführt, sintemalen wir nur die Erinnerungstage großer Kulturfortschritte feiern, deren auch nicht einer auch nur von fern mit einem Erinnerungstage des preußischen Königtums zusammenfällt.

Jedoch, wie bekannt, lassen es die herrschenden Klassen an der nötigen Selbstbescheidung fehlen und gebärden sich, als ob der zweihundertste Geburtstag der preußischen Königskrone ein Tag sei, den die deutsche Nation, und in erster Reihe ihre große Masse, die Arbeiterklasse, in dankbarer Erinnerung zu feiern habe. Die hiesigen städtischen Behörden haben sogar den gloriosen Einfall gehabt, — den man für eine beißende Ironie halten könnte, wenn es nicht ein abgeschmackter Servilismus wäre —, das Andenken des ersten Hohenzollernkönigs durch eine „sociale Stiftung" zu verherrlichen, die als solche die pure Kinderei ist, aber den städtischen Steuerzahlern das hübsche Sümmchen von einer Million kostet. Nicht zu gedenken der zahllosen Festschriften, die hier und anderswo auf Regiments Unkosten in den Schulen vertrieben werden, um die empfänglichen Gemüter der Arbeiterkinder mit Legenden zu vergiften, die im Interesse der herrschenden Klassen erfunden worden sind. Hiergegen zu protestieren, ist die Pflicht der Arbeiterpresse, die allen Heulmeiern zum Trotz erfüllt werden muß. Es liegt weder in unsrer Macht noch in unserm Willen, die Feste der herrschenden Klassen zu stören; unsertwegen mögen sie jubilieren und tanzen, wenn es ihnen sonst beliebt, auch auf einem Vulkan. Dagegen liegt es in unsrer Macht, und weil es unsre Pflicht ist, auch in unserm Willen, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie dem preußischen Königtum nicht den geringsten Dank schulden, daß alles, was ihnen heute darüber von den Sophisten und Sykophanten der herrschenden Klassen vorgeredet werden mag, nichts als Sand ist, der ihnen in die Augen gestreut werden soll.

Um dies sofort zu erkennen, braucht man nur einen rückschauenden Blick auf die Geschichte des preußischen Königtums zu werfen. Wir sehen dabei von der Regierung des gegenwärtigen Kaisers ab, die unsern Lesern in frischer Erinnerung und zudem noch nicht für die historische Würdigung reif ist. Aber auch die verstorbenen Träger des preußischen Königtums sind wir weit entfernt, etwa so Schwarz in Schwarz zu malen, wie sie von den heutigen Festpredigern Weiß in Weiß gemalt werden. Nicht nur unsre vollkommene Gleichgültigkeit schützt uns vor jeder Parteilichkeit, wie sie von Haß oder Liebe erzeugt werden mag, sondern noch weit mehr unsre Geschichtsauffassung. Die Hohenzollern waren Dynasten, wie andre auch, den historischen Bedingungen ihres fürstlichen Handwerks unterworfen, und eben diesen Bedingungen, nicht aber den persönlichen Fehlern der Hohenzollern ist es zuzuschreiben, daß die Geschichte dieses Dynastengeschlechts reicher an Schattenseiten sein mag, als die Geschichte dieses oder jenes andern Dynastengeschlechts.

Die Stellung der Fürsten muß günstiger sein, wenn sie mehrere herrschende Klassen, ungünstiger, wenn sie nur eine herrschende Klasse hinter sich haben. In jenem Falle können sie eine dieser herrschenden Klassen gegen die andre ausspielen, in diesem Falle sind sie von der einen herrschenden Klasse ganz abhängig. Der moderne Absolutismus entstand dadurch, daß er in der anwachsenden Bourgeoisie eine Stütze gewann gegen das Junkertum, das die mittelalterlichen Fürsten ganz zu seinen Kreaturen gemacht hatte. Nirgends aber war das Junkertum so allmächtig und so lange gegen die aufkommende Bourgeoisie geschützt, wie in den ostelbischen Landschaften. Als die Hohenzollern ins Land kamen, um die Sprechweise der Junker zu gebrauchen, hatten sie gar keine Wahl, selbst wenn sie von all dem überschwenglichen Edelmut beseelt gewesen wären, den ihnen die Herren Wildenbruch und Lauff andichten; sie mußten tanzen, wie die Junker pfiffen, sie mußten ihre fürstliche Gewalt hergeben zu einem Hammer, der in der Hand der Junker die Freiheit und das Recht der bäuerlichen Bevölkerung zertrümmerte. Unter dem Dutzend hohenzollernscher Kurfürsten giebt es nicht einen, der sich jemals der Bauern gegen die Junker angenommen, giebt es kaum einen, der die Bauern nicht noch tiefer, als es sein Vorgänger schon gethan hatte, unter das Joch der Junker gebeugt hätte. Der letzte dieser Kurfürsten erhielt nach dem dreißigjährigen Kriege, als sich der preußisch-brandenburgische Staat den Formen des modernen Absolutismus anbequemen mußte, von den Junkern nur dadurch, daß er ihnen die Bauern mit Haut und Haaren auslieferte, die Erlaubnis, ein stehendes Heer zu unterhalten und ständige Steuern zu erheben. In dem Landtagsrezeß von 1653 liegt dies erhebende Uebereinkommen urkundlich vor.

Die Junker machten den Pakt so niet- und nagelfest, daß die preußischen Könige des 18. Jahrhunderts, so unbeschränkt ihr Absolutismus zu sein schien, doch immer nur am junkerlichen Gängelbande marschieren konnten. Da sie das Blut des Bauern für ihre Heere und seinen Schweiß für ihre Steuerkassen brauchten, so haben sie freilich an der Erbunterthänigkeit und Leibeigenschaft gerüttelt, aber mit verschwindend geringem, um nicht zu sagen gar keinem Erfolge, und am allerwenigsten für „socialreformatorische" Zwecke. Könnte der alte Fritz das Lied des „socialen Königtums" hören, das seine heutigen Bewunderer in seine arglose Seele hineindichten, er würde mit seinem Krückstock unter sie fahren. Nach seiner Steuerverfassung, wie sie verbrieft vorliegt, mußte der Bauer bluten, daß er gerade nur noch aus dem letzten Loche pfiff; nur sollte ihn der Junker nicht so sehr schinden, daß nicht noch ein Erkleckliches für den König zum Schaden übrig blieb.

Kam der Tag von Jena, wo eine gerechte Nemesis die jahrhundertelangen Sünden strafte, die das preußische König- und Junkertum an den arbeitenden Klassen begangen hatte. Die schmerzende Peitsche der Fremdherrschaft entriß den preußischen Königen und Junkern einige notdürftige Reformen, aber als dann die preußische Bevölkerung unter ungeheuren Opfern das Joch der Fremdherrschaft zerbrochen und das preußische Königtum wieder hergestellt hatte, begann unter dessen Aegide jenes ekle Schauspiel der „Bauernbefreiung", das, sich volle fünfzig Jahre hinschleppend, unzählige Bauern besitzlos gemacht und dem verschonten Rest gegen eine Zahlung von nahezu einer Milliarde Mark lastenfrei einen Teil des Lands zurückgegeben hat, auf dem seine Vorfahren als freie Leute gesessen hatten. Wenn das eine Glanzleistung des preußischen Königtums sein soll, so hat die menschliche Sprache kein noch so überschwengliches Wort, das auch nur annähernd die Weisheit der französischen Revolution erschöpfen könnte, die in einer einzigen Sommernacht die französischen Bauern wirklich zu befreien wußte.

Mit dem Ende der „preußischen Bauernbefreiung" fiel zusammen die Geburt der deutschen Socialdemokratie. Es ist ihr ausschließliches Verdienst, wenn es seitdem zu einigen socialen Reformen auf deutschem Boden gekommen ist, und es ist die ausschließliche Schuld der herrschenden Klassen, wenn diese Reformen verhältnismäßig noch so blutwenige sind. Das hat kein andrer als Bismarck in einem unbewachten Augenblicke zugestanden. In seinen bewachten Augenblicken hat er freilich desto eifriger die Trommel gerührt für die rois des gueux, die Könige der Bettler, die nach seiner höchst kuriosen Behauptung die Hohenzollern von Anbeginn gewesen sein sollen. Der historische Wert dieses gefligelten Worts wird hinlänglich beleuchtet durch seinen historischen Ursprung: unter boshafter Anspielung auf die finanzielle Plusmacherei seines Vaters meinte der alte oder vielmehr junge Fritz, er werde ein König der Bettler sein, wenn er zur Regierung käme, was ihn natürlich nicht gehindert hat, *als* er zur Regierung kam, die finanzielle Plusmacherei seines Vaters in noch gesteigertem Umfange fortzusetzen. Es waren rechte Schäker, der preußische Säkularmensch des 18., wie der preußische Säkularmensch des 19. Jahrhunderts.

Eine Wirklichkeit hat die „sociale Mission" der Hohenzollern niemals hinter sich gehabt. Als Legende aber ist sie entstanden mit der modernen Arbeiterbewegung; sie ist der Schatten dieser Bewegung, so wie er sich den herrschenden Klassen in dem verzerrenden Hohlspiegel ihrer Gewissensangst darstellt. Einen Riesen über seinen verzerrten Schatten stolpern zu lassen: das ist die erquickende Aufgabe, an die heute unendlich viel „staatsmännische" Druckerschwärze und Lungenkraft verschwendet werden wird.

Der Riese aber bläst mit einem Hauch der historischen Wahrheit das ganze Gaukelspiel auseinander, und wenn er ja ein übriges thun will, so geht er zu seinem weltgeschichtlichen Tagewerk über mit dem lakonischen Dichterwort: So viel Arbeit um ein Leichentuch!

Um den 18. Januar.

I.

Wie die Krone erworben wurde.

Der erste Anstoß zur Erwerbung der preußischen Königskrone ging von dem französischen Könige Ludwig XIV. aus. Er riet dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der in seinem Solde stand, sich die Königskrone aufzusetzen, um so das heilige römische Reich deutscher Nation noch mehr zu zerrütten, als es schon zerrüttet war: je mehr das Reich in kleine selbständige Staaten zerfiel, um so ohnmächtiger war es gegen die Eroberungsgelüste des französischen Despotismus. Jedoch der Kurfürst Friedrich Wilhelm, so unbedenklich er sich mit französischem Gold für seinen Reichsverrat bezahlen ließ, hatte Verstand genug, einzusehen, daß die Königskrone für sein blutarmes Ländchen von noch nicht 2 Millionen Einwohnern eine unerträgliche Last sein würde, und daß er mit guten Finanzen und Soldaten mehr im europäischen Staatenkonzerte bedeute, als mit dem leeren Prunk eines königlichen Hofstaats.

Diese bescheidene Einsicht vererbte sich leider nicht auf seinen Sohn, den Kurfürsten Friedrich III., einen kleinen verwachsenen Mann, von ungemessener Eitelkeit, aber höchst bemessenem Verstande. Sein einziges Trachten ging nach der Königskrone, obgleich ihm seine Minister, keineswegs aus idealen Beweggründen, aber aus der ganz „realpolitischen" Erwägung heraus, daß eine Hand voll wirklicher Macht immer noch besser sei, als ein noch so blendender Schein von Macht, dringend abrieten. Nach endlosen Intriguen, und nicht ohne Hilfe von Jesuiten, erteilte der habsburgische Kaiser im November 1700 endlich die Erlaubnis, daß der Kurfürst sich in dem Herzogtum Preußen, das nicht zum deutschen Reiche gehörte, als König krönen lassen dürfe. Hauptgrund seiner Nachgiebigkeit war, daß er die brandenburgischen Truppen für seine habsburgischen Hauskriege brauchte. In der That mußte Friedrich III. auf eine Reihe von Jahren hinaus jede selbständige Politik aufgeben und sich ohnmächtig in die wohlwollende Gnade seiner Nachbaren schicken, für den Genuß, den König zu spielen; die brandenburgischen Landeskinder verbluteten derweil auf den Schlachtfeldern des spanischen Erbfolgekriegs, der sie in aller Welt nichts anging.

Die Krönung am 18. Januar 1701.

Kaum hatte der Kurfürst den sogenannten Kronenvertrag vom 16. November 1700 in der Tasche, als er sich mitten im Winter auf den Weg machte, um sich in Königsberg krönen zu lassen. Es war eine der größten Kavalkaden, die Deutschland je gesehen hatte. Um sich überhaupt fortbewegen zu können, mußte sie in vier Abteilungen zerlegt werden; außer den aus Berlin mitgeführten Pferden waren 30 000 Vorspannpferde nötig, die natürlich die armen Bauern stellen mußten.

Am 17. Januar stiftete der Kurfürst den hohen Orden vom Schwarzen Adler, als erster Ordenskanzler fungierte der Graf Kolb von Wartenberg, von dem wir gleich mehr hören werden. Am 18. Januar erfolgte dann die Krönung, in deren Schneiderpracht der Leser vielleicht einen flüchtigen Blick thun mag: „Der König trug ein Scharlachkleid, dessen Knöpfe Diamanten, je 3000 Dukaten an Wert, waren, und einen Mantel von purpurfarbenem Sammet. Der Mantel war über und über mit in Gold gestickten Kronen und Adlern bestreut und wurde von einer prachtvollen Agraffe von drei großen Diamanten, eine Tonne Goldes Wert, zusammengehalten. In diesem Ornate bestieg der König den Thron im Saale des Königsberger Schlosses und setzte sich die vom Oberkammerherrn v. Kolb auf den Kuien präsentierte Krone auf. Nach diesem Akt der Selbstkrönung begab er sich in die Zimmer der Königin, um diese zu krönen. Sie trug ein Kleid von Goldstoff, mit Ponceau-Blumen durchwirkt, an dem alle Nähte und die ganze Brust mit Diamanten bedeckt waren, dazu trug sie noch rechts an der Brust einen Strauß der schönsten Perlen und übrigens einen Purpurmantel mit goldenen Kronen und Adlern, ganz wie der König. Die Krone empfing sie von ihm knieend, aber mit so völliger Unbefangenheit, daß sie während der langweiligen Ceremonie durch eine Prise sich eine angenehme Zerstreuung zu machen versuchte, was der gravitätische König sehr übel vermerkte und dem Unterfangen durch eine Zurechtweisung seinen wohlverdienten Lohn zukommen ließ." Nach der Beschreibung der kirchlichen Einsegnung, die darauf folgte, wird der Leser wohl kein Verlangen tragen.

Dann aber wurde die neue Krone durch prunkende Feste ununterbrochen bis zum 8. März verherrlicht; in Anreden und Predigten wurden teils biblische, teils griechisch-römisch-mythologische Groteskbilder nach dem Bombast-Stil der Zeit in überschwenglicher Fülle ausgespendet, der neue König unaufhörlich als „zweiter Salomo" gefeiert. Für die Rückreise brauchte er unter unaufhörlichen Schwelgereien reichlich zwei Monate; erst am 6. Mai zog er durch sieben Ehrenpforten in Berlin ein. Nun folgten neue Feste und Lustbarkeiten, bis am 22. Juni ein großes Dank-, Buß- und Bettfest den ganzen Trubel beendete, der dem ausgesogenen Land mindestens sechs Millionen Thaler gekostet hat, was damals natürlich eine ganz andre Summe war als heutzutage.

Der neue Salomo.

Der König Friedrich I. füllte seine Tage nunmehr mit dem lächerlichsten Etikettewesen aus, nach dem Muster des französischen Hofs. Während an diesem Hof aber doch immer noch große politische Interessen mitspielten, fehlten sie gänzlich am preußischen Hof, der ja eben auf die Politik verzichtet hatte, um mit der Krone zu spielen. Die niedrigsten Kabalen des Hofgesindes drängten sich um den neuen Salomo, der darin vergnügt als in seinem eigensten Elemente plätscherte.

Seinen Oberkammerherrn, den Grafen Kolb v. Wartenberg, besoldete er mit einem Jahresgehalte von 100 000, nach andern gar 123 000, den Obermarschall v. Printzen mit jährlich 40 000 Thalern. Diesen beiden obersten Hofwürdenträgern folgte ein ganzes Gevölk von Kammerherren, Kammerjunkern und Kammerdienern, die alle für ihr Nichtsthun mit unerhörten Gehältern belohnt und alle Augenblicke mit der unsinnigsten Pracht neu eingekleidet wurden. Dabei suchte man nicht etwa die Anfänge der preußischen Industrie durch Aufträge zu fördern, sondern bezog all den kostspieligen Tand aus Paris, da der neue Salomo wünschte, daß auch das Ausland etwas von seinem splendiden Glanz abbekäme.

Wenigstens an einer Probe mag gezeigt werden, wie er sich huldigen ließ. Als seine erste Enkelin getauft werden sollte, befanden sich die Könige von Dänemark und Polen bei ihm zum Besuch. Ein adliger Höfling verglich nun in einem Gedicht die neugeborene Prinzessin mit dem Christkinde und die drei Könige mit den Königen aus dem Morgenlande, die gekommen seien, es anzubeten. Das machte einen so tiefen Eindruck auf den König, daß er dem „Dichter" ein Geschenk von tausend Dukaten reichen ließ.

Die philosophische Königin.

Die einzige leidliche Figur an diesem Hofe war die Königin Sophie Charlotte. Von Geburt eine hannoversche Prinzeß, hatte sie längere Zeit in Frankreich gelebt, im Verkehre mit zwei originellen und vorurteilslosen Damen ihrer mütterlichen Verwandtschaft: der durch ihre ehrlich-zynischen Briefe bekannten Herzogin Lise-Lotte von Orleans und der Aebtissin Louise Hollandine

von Maubuisson, die trotz ihrer geistlichen Würde am liebsten auf ihren Leib zu schwören pflegte, der vierzehn natürliche Kinder getragen habe, und die bis in ihr beschaulich-vergnügtes Alter von 86 Jahren ihr Kloster wohl regierte. Jedoch die Hoffnungen Sophie Charlottens auf die Hand eines französischen Prinzen zerschlugen sich; sie mußte sich mit ihrem preußischen „Aesop" begnügen, wie sie ihren buckligen Eheherrn zu nennen pflegte. Sie trug ihr trauriges Los mit philosophischer Heiterkeit und Würde; nur wenn die „schrecklichen Kissen" kamen, d. h. wenn der neue Salomo das eheliche Lager in den Gemächern der Königin rüsten ließ, brach das „Opfer" in lautes Wehklagen aus.

Sophie Charlotte war nicht frei von manchen Fehlern, eine echte Welfin im Guten und im Schlimmen, aber sie stand intellektuell und moralisch hoch über der Umgebung, in der zu leben sie verdammt war. Die preußische Königskrone war ihr in der That nicht mehr wert als die Prise Schnupftabak, die sie bei der Krönung nahm. An den unsinnigen Verschwendungen des Hofs hatte sie keinen Anteil; sie verkehrte gern mit den armen Leuten und half ihnen, wo sie konnte, so daß sie im Volke sehr beliebt war. Am liebsten zog sie sich ganz vom Hofe zurück, in ein Landhaus, das sie sich in Lietzenburg, dem heutigen, nach ihr benannten Charlottenburg hatte bauen lassen, wo sie mit Leibniz und andern geistig hochstehenden Männern verkehrte. Wie die erste, so ist sie die einzige preußische Königin, die auf geistlichen Trost und Zuspruch verzichtete. Sie ließ gern gescheitelte und geschorene Pfaffen in ihrer Gegenwart disputieren, doch nur wie jene, von Heine besungene Donna Blanka den Rabbi und den Mönch.

Die Königin starb bereits 1705, erst 36 Jahre alt, und ganz plötzlich; innerhalb dreier Tage war sie gesund und tot. Aber der Tod überraschte die Philosophin nicht; als ein Geistlicher an ihr Sterbebette treten wollte, lehnte sie dankend seinen Beistand ab: „Ich habe über die Religion zwanzig Jahre lang ernstlich nachgedacht und die Bücher, die sich darauf beziehen, aufmerksam gelesen. Es bleibt mir deshalb nicht der geringste Zweifel übrig, und Sie können mir also nichts sagen, was mir nicht schon bekannt ist. Ich versichere Ihnen heilig, daß ich ruhig sterbe". Und zu einer ihrer Hofdamen gewandt, fügte sie hinzu: „Beklagen Sie mich nicht, denn ich werde jetzt meiner Neugier genug thun über den Grund der Dinge, den mir Leibniz nie erklären konnte, und ich verschaffe dem Könige den Anblick eines Leichenbegängnisses, das ihm Gelegenheit geben wird, alle Pracht zu entfalten." Sie kannte ihren traurigen „Aesop", und die tote Königin fügte dem armen Volk das Leid zu, das die lebende ihm gern erspart hatte: ihr Leichenbegängnis kostete Unsummen.

Die Maitresse als Schmuck der Krone.

Zu dem Glanze der neuen Krone gehört nach der Meinung des neuen Salomo in erster Reihe eine Maitresse. Der kleine schwächliche König war kein Sünder auf geschlechtlichem Gebiete, und als heiliger König aus dem Morgenland bezähmte er gewiß auch sein etwaiges bißchen Sinneslust. Aber da Ludwig XIV. seine Maitresse hatte, so mußte auch der König von Preußen eine haben. Er wählte sich dazu ein ganz schreckliches Weibsbild, eines Weinschenken Tochter und eines Kammerdieners Frau, die dann der Oberkammerherr Graf Wartenberg heiratete, als Schanddeckel für die Staatsmaitresse. Obgleich der König nach der glaubwürdigen Versicherung der preußischen Historiker mit der Gräfin Wartenberg nur platonische Beziehungen gehabt hat, so beherrschte sie ihn dennoch vollständig. Sie hatte bei Hofe den Rang vor allen unverheirateten oder nicht an regierende Fürsten verheirateten Prinzessinnen. Wo ihr der Vortritt bestritten wurde, erzwang sie ihn sich durch Faustkämpfe, wie sie deren einen mit der Frau des holländischen Gesandten ausfocht. Die Königin Sophie Charlotte bändigte die rabiate Person in ihrer heiter-philosophischen Weise, indem sie nur französisch mit ihr sprach, was die Gräfin Wartenberg nicht verstand.

Für die Entsagung, die ihr der König auferlegte, entschädigte sich die Maitresse durch unzählige Buhlschaften mit den Hofleuten. Ihr Hauptgalan war der englische Gesandte, Lord Raby. Neben den Millionen, die ihr Zuhälter von Ehemann unter ihrer Beihilfe erräuberte, trug sie für ihren Anteil einen Juwelenschatz im Werte von einer halben Million Thaler davon. Hiermit und mit den von ihrem sogenannten Gatten ererbten Millionen lebte sie später als Allerweltsdirne in Paris. Von ihrem Lasterleben finden sich in den Briefen der Herzogin Lise-Lotte von Orleans die erhebendsten Einzelheiten. So pflegte die Gräfin Wartenberg denjenigen ihrer Liebhaber, die sich in ihren Armen böse Krankheiten zugezogen hatten, bis 50 000 Frank Schmerzensgeld zu zahlen. Diese großmütige und mildthätige Verwendung ihrer der preußischen Bevölkerung abgezwackten Schätze sichert der Gräfin Wartenberg einen hervorragenden Ehrenplatz in der Geschichte der fürstlichen Kebse.

Die drei Wehen.

Da die Seele des preußischen Königtums zur Zeit Friedrichs I. der Hof war, so war der Oberkammerherr, Graf Kolb von Wartenberg, zugleich allgewaltiger Premierminister. Zu seinen Gehilfen wählte er den Grafen Wittgenstein als Leiter des Finanz-, und den Grafen Wartensleben als Leiter des Kriegswesens. Das Volk nannte diese drei Grafen wegen ihrer maß- und schamlosen Erpressungen die drei Wehen des Lands. Graf Wartenberg hatte sich von dem Könige das schriftliche Versprechen geben lassen, daß er niemals für öffentliche Unterschleife und Veruntreuungen, die unter seiner Verwaltung vorkämen, zur Rechenschaft gezogen werden dürfte. Dies Versprechen hielt der König, der es sonst mit seiner fürstlichen Parole durchaus nicht genau nahm, auch wirklich, als Graf Wartenberg nach dreizehnjähriger Raubwirtschaft in der ausgepowerten Bevölkerung nichts mehr zu plündern fand und sein Bankrott nicht mehr zu verhindern war. Der König entließ ihn vielmehr mit einer Jahrespension von 24 000 Thalern, die nach dem Tode des Grafen auf die Gräfin Wartenberg übergehen sollten.

Kunst und Wissenschaft.

Es ist eine hinfällige Behauptung byzantinischer Historiker, daß unter den stumlosen Verschwendungen Friedrichs I. wenigstens Kunst und Wissenschaft geblüht haben sollen. Allerdings befand sich unter den Hofkünstlern, die für die Verherrlichung der Hoffeste zu sorgen hatten, ein genialer Baumeister und Bildhauer, Andreas Schlüter, aber er wurde sehr bald ein Opfer des höfischen Neids und mußte in dem barbarischen Rußland seine Zuflucht suchen. Wie mit der Kunst, so mit der Wissenschaft. Die Berliner Akademie war ein lächerliches Zerrbild der Pariser Akademie, und die Universität Halle entstand aus dynastischen Eifersüchteleien mit dem sächsischen Königshause; ihr Stiftungsfonds belief sich auf die enorme Summe von — 7000 Thalern. Der bekannte Gelehrte Pufendorf sollte zwar für ein, im dynastischen Interesse geschriebenes, Geschichtswerk 10 000 Thaler Honorar erhalten; schade nur, daß er sie nie gesehen hat. Seine Witwe verhungerte, während der Hof seine prassenden Feste hielt. Daß außer der angeblichen Förderung von Kunst und Wissenschaft unter der Regierung Friedrich I. so das geringste für die geistigen oder materiellen Interessen der Bevölkerung geschehen sei, für Schule, Ackerbau, Handel, Industrie, Verkehr und so weiter, wagen selbst die byzantinischen Historiker nicht zu behaupten.

Wer die höfische Verschwendung bezahlt hat.

Vielmehr sah Friedrich I. in seinen „geliebten Unterthanen" nur Objekte der Ausbeutung, denen an jedes Glied Schröpfköpfe anzusetzen seien, um die Millionen und aber Millionen zu gewinnen, deren seine unersättliche Verschwendungssucht bedurfte. Jeder denkbare Gebrauchsgegenstand wurde besteuert, von den Karossen und Perrücken bis zu den Schweinsborsten, und die Sätze wurden so hoch getrieben, daß in Berlin noch der ärmste Bettler von seinem Lebensunterhalte jährlich sechs Thaler indirekte Steuern zahlen sollte. Dazu wurden bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit neue Steuern ausgeschrieben, so im Jahre 1702 eine Krönungssteuer, die sich für die Kurmark allein auf 5000 Thaler belief, bloß zu dem Zwecke, den ersten Jahrestag der Krönung „würdig" zu feiern, so eine auf zwölf Jahre verteilte Schloßbausteuer im Gesammtbetrage von 864 000 Thalern.

Dann verschmähte dieser treffliche König auch nicht, seine Truppen an auswärtige Despoten zu verkaufen: außer der Königskrone selbst brachte ihm dieser Menschenhandel 14 Millionen Thaler sogenannter Subsidien ein. Dazu wurde alle paar Jahre eine Generalrazzia über die ganze Bevölkerung gehalten, d. h. eine Generalkopfsteuer, zu der alle Bewohner des Königreichs bis zu den Kuhhirten und Gänsemädchen einen Teil ihres Einkommens abladen mußten. Neben diesen Generalrazzias liefen Specialrazzias der Judenschaft einher, die alle Augenblicke für die „Bestätigung" ihrer Privilegien blechen mußten. Natürlich spielte auch der Aemterkauf eine große Rolle unter den sauberen Finanzpraktiken dieser Regierung.

Zuletzt als die ärgsten Erpressungen doch nicht so viel abwarfen, um einen unersättlichen Schlund zu füllen, verlegte sich der König aufs Goldmachen. Er glaubte ehrlich an diese Kunst und ließ sich von einem italienischen Abenteurer, den Grafen Ruggiero, der ihm Gold zu machen versprach, jahrelang ausbeuteln. Als der König endlich begriff, daß er genasführt worden war, befahl er, den Abenteurer in einem mit Flittergold gezierten Kleide an einen mit Goldpapier beklebten Galgen zu hängen. Man muß gestehen, daß der geprellte Thor sich nicht geistreicher an dem geriebenen Gauner rächen konnte.

Etwa zu gleicher Zeit, wo sich diese Tragikomödie abspielte, quittierte eine fürchterliche Pest, die Hunderttausende der gewaltsam verelendeten Bevölkerung dahinraffte und ganze Provinzen entvölkerte, über das erste Jahrzehnt des preußischen Königtums. Sie gab das Signal zum Sturze der drei Wehen; so eine Pest, die schließlich die hochgeborensten Leichname nicht schont, weiß auch in die unvölktesten Schädel einen Schimmer besserer Einsicht zu werfen.

Des ersten Königs Ende.

Ehe die drei Wehen von der Bildfläche verschwanden, verflochten sie den König noch in ein heilloses Abenteuer, in eine nochmalige Ehe mit einer mecklenburgischen Prinzeß, die bis dahin durchaus keinen gottseligen Lebenswandel geführt hatte, aber sich nunmehr nach dem bekannten Sprichwort auf die fromme Seite legte. Es begreift sich, daß die lutherischen Pfaffen, die unter der philosophischen Königin so gar nicht ihr Recht erhalten hatten, wie die Teufel hinter der armen Seele her waren und sie namentlich aufstachelten, den reformierten König wieder orthodox-lutherisch zu machen. Darüber brach bei der Königin religiöser Wahnsinn aus, und sie mußte in ihren Gemächern eingesperrt werden. Eines Morgens jedoch gelang es ihr zu entkommen, und sie stürzte ins Zimmer des Königs, in weißem Hemd und Unterrock, mit fliegenden Haaren, funkelnden Augen und blutenden Armen, die sie sich beim Einschlagen der Glasthür zerschnitten hatte. Der König glaubte, die Weiße Frau zu sehen, die nach der Sage den Hohenzollern den Tod ankündigt, und der abergläubische Schreck kostete ihm ein paar Tage darauf, am 13. Februar 1713, das Leben. So erbaulich starb der neue Salomo.

Aus Schlossers Weltgeschichte.

(Citiert nach der Originalausgabe, Frankfurt a. M. 1856.)

Friedrich III. (I.) „Dieser Fürst jagte schon seit 12 Jahren dem königlichen Titel nach, und fand es jetzt endlich möglich, denselben anzunehmen, da Rußland, Polen, Sachsen und Dänemark ihn in diesem Augenblick nicht beleidigen konnten, der Kaiser aber und die beiden Seemächte der preußischen Truppen gegen die Franzosen bedurften". (Band XVI, S. 38.)

„Georgs (Königs von Hannover) Tochter Sophie Dorothea, wurde im Jahre 1706 mit dem nachherigen preußischen König Friedrich Wilhelm I. vermählt, und bei dieser Gelegenheit weiteiferten Georg I. und Friedrich Wilhelms Vater, Friedrich I., der an Prachtliebe und Verschwendung es einem August II. gleichzuthun suchte, mit einander in thörichtem Aufwande. Georg ließ seine Tochter mit einem so großen Gefolge nach Berlin bringen, daß zur Fortschaffung des ganzen Zugs auf jeder hannöverischen Post fünfhundertzwanzig Pferde bereit gehalten werden mußten. Von Berlin aus schickte man zum Empfange der Prinzessin eine Abteilung des Hofstaats entgegen, für welche allein dreihundertfünfzig Pferde nötig waren, so daß auf brandenburgischem Gebiete der Brautzug nicht weniger als achthundertsiebenzig Pferde brauchte. Um die Bedürfnisse der Küche und des Kellers in Berlin zu befriedigen, wurden damals in den einzelnen preußischen Provinzen starke Lieferungen ausgeschrieben, die Neumark zum Beispiel mußte allein sechshundertvierzig Kälber, achttausendsiebenhundertzwei Hühner usw., die Provinz Preußen hundert fette Ochsen liefern, ohne daß eine Entschädigung dafür gegeben ward." (XVI, 106 ff.)

* * *

Friedrich Wilhelm I. „Friedrich Wilhelm I. war weder edel noch liebenswürdig; im Gegenteil, er war ein geiziger und tyrannischer Regent, und unter ihm fand nicht nur eine unselige Vereinigung der Verwaltung und Gerechtigkeitspflege statt, sondern er selbst machte sich auch durch seinen Geiz lächerlich und gehässig. Allein seine Zeit erheischte eine Diktatur oder Despotie, wie er sie übte, und sein Geiz erschuf, gerade als Verschwendung bei den Fürsten an der Tagesordnung war, für seinen Sohn und Nachfolger die Mittel, durch welche nachher der zum Spott der Völker gewordene deutsche Namen wieder in Ehren gebracht wurde."

Von Völlerei, von Maitressen und genialer Lüderlichkeit, von fremden Künsten und Künstlern war an Friedrich Wilhelms Hofe keine Rede, aber freilich auch von keiner Bildung und keinem Streben, dessen Ziel nicht das unmittelbar Nützliche war."

„Nichtsdestoweniger würde seine Frömmigkeit mit seinem ganzen übrigen Wesen im Widerspruch zu stehen scheinen, wenn nicht die neuesten Erfahrungen uns zeigten, daß die Verbindung von Roheit mit der tiefsten äußerlichen Frömmigkeit und mit einem Glauben, dem kein Punkt der überlieferten Dogmatik zu schwierig ist, eine Eigenheit des deutschen Lebens zu sein scheint."

„Er ließ daher auch die damals für Deutschland ganz unpassende Berliner Akademie ... bloß aus dem Grunde bestehen, weil sie zur Anfertigung des Kalenders diente. Er machte ... seinen Zeitungsreferenten Gundling, der ... wegen seiner Pedanterie, seines Cynismus und seiner seltsamen Sitten als eine Art von Hofnarr angesehen wurde, nicht nur zum Präsidenten dieser Akademie, sondern er überhäufte ihn auch mit allen möglichen Titeln und Würden. Nur einmal, als er bei einer wunderbaren Genesung den Zusammenhang der Naturwissenschaften mit der Medizin erkannte, schenkte er der Akademie eine kleine Summe."

„Eine freie Aeußerung über Staatssachen duldete Friedrich Wilhelm freilich nicht; es fiel aber auch damals keinem Deutschen ein, im Widerspruche mit der Obrigkeit eine Meinung zu haben. ... Nachdem er anfangs kein Tagblatt in seinen Staaten hatte dulden wollen, gestattete er nachher das Erscheinen der Berliner Zeitungen wieder, weil er die rühmlichen Thaten seines Heers bekannt gemacht haben wollte. Freilich standen diese Blätter unter sehr strenger Censur".

„Die Regierungsweise Friedrich Wilhelms I. war nicht nur, wie die aller deutschen Fürsten seiner Zeiten, militärisch-polizeilich, sondern auch rücksichtslos despotisch. Seine Rechtspflege und seine Polizei hatten etwas Türkisches an sich; denn über Eigentum und Leben der Unterthanen entschied der Wille des Königs, welcher dabei zwar von gesundem Verstande, mitunter aber auch von bloßer Laune geleitet ward. Friedrich Wilhelm mischte sich, so oft es ihm einfiel, in die Kriminalgerichtsbarkeit wie in die Gesetzgebung, und verordnete, was ihm beliebte, ohne auf die bestehenden Gesetze, auf das Herkommen oder auf Menschlichkeit Rücksicht zu nehmen. Er verhängte die grausamsten Torturen und Strafen. Personen, die durch irgend etwas sein Mißfallen auf sich zogen oder seinem Begriff von Keuschheit und seinem Eifer für die eheliche Treue entgegen handelten, wurden zu den grausamsten Strafen verurteilt oder auch von ihm persönlich gezüchtigt. Alle Leute, besonders Frauen und Kinder, zitterten, wenn sie den König aus der Ferne kommen sahen, weil er die Gewohnheit hatte, die ihm Begegnenden über ihre Geschäfte oder ihre Kleidung zur Rede zu stellen und, wenn das eine oder das andere ihm mißfiel, eigenhändig mit dem Stock zu strafen. Die Flucht in solchen Fällen war nicht immer ratsam; denn der König sandte sofort jemand hinter den Fliehenden her. Seine Strafen waren entsetzlich hart. Er ließ Kindesmörderinnen in Säcken, die sie selbst verfertigen mußten, ertränken, und junge Leute, die ihre Habe verschwendeten, ins Zuchthaus bringen. ... Er ließ Mägde, die nicht weiter dienen wollten, in Zucht- oder Spinnhäuser setzen, und mißhandete Damen, welche der Mode zu gefallen eine nach seiner Meinung unanständige Kleidung trugen."

„Dieser (Peter der Große) schickte ihm große Leute für seine Garde, er ließ dagegen Stahlschmiede aufheben und durch Soldaten nach Rußland bringen, damit sie in Peters Fabriken dienten. Er bestimmte ferner die Tracht der Leute und sogar den Preis des Getreides durch Gesetze. Niemand durfte z. B. einen Haarbeutel tragen, und die Korneinfuhr war, selbst wenn Mangel war, verboten, weil man das Getreide aus den königlichen Magazinen zu bestimmten Preisen nehmen mußte. ..."

„Er benutzte die Thorheit seiner Zeit in Hinsicht auf das Titel- und Rangwesen ... für seinen Zweck, indem er für drei- bis sechshundert Thaler jeden Titel verkaufte. Trauriger als dieses war der Handel, den er mit den Stellen trieb. Ein solcher Handel war freilich damals in den meisten deutschen Staaten gebräuchlich; allein er wurde nirgends so arg als in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. getrieben. Hier zahlten zum Beispiel Sackträger, denen ihre Stelle nicht mehr als zehn Thaler monatlich eintrug, sechshundert Thaler für dieselbe. ..."

„Was des Königs Soldaten-Liebhaberei betrifft, so ward Friedrich Wilhelm freilich durch sein kindisches Wohlgefallen an langen und geputzten Spielpuppen zum Abscheu und Spott seiner Zeit ..... Dabei verfuhr er in betreff der Rekrutierung seines Heeres ganz unmenschlich, indem er nicht nur die Leute, ohne irgend eine Rücksicht zu nehmen, ausheben ließ, sondern auch einen förmlichen Menschenkauf und Menschenraub einrichtete."

„Ebenso roh zeigte Friedrich Wilhelm sich in seiner unmäßigen Liebe zur Jagd, in betreff deren er ein Abbild der rohen Landjunker seiner Zeit ward. Er behielt nicht allein alle die kostspieligen Einrichtungen, welche sein Vater für die Jagd gemacht hatte, bei, sondern er hatte auch seine Freude an den abscheulichen Parforcejagden ..." (XVI, III ff.)

* * *

Friedrich II., der Große. „Friedrich würde den Namen des einzigen großen Regenten seines Jahrhunderts schon bloß aus dem Grunde verdienen, weil er seiner Zeit vorauseilte und den überlieferten Vorurteilen militärisch trotzte ... Als Schöpfer einer neuen protestantischen Hauptmacht in Europa kämpfte Friedrich, gestützt auf seine Geistesüberlegenheit, auf seine Kriegserfahrung und auf die Hingebung eines Volks, für dessen Wohlfahrt und Ruhm er unablässig thätig war, gegen den Haß der Höfe, der Pfaffen und der Feudalaristokraten." (XVI, 276.)

„Auch hatte Friedrich keinen Begriff von einem Recht des Bürgers, welches über jeder Willkür und Gewalt, selbst über des Staatsoberhauptes, erhaben sei, und griff mitunter militärisch in die Rechtspflege ein." (XVI, 277.)

„Am 9. September (1756) rückten die Preußen in Dresden ein. Hier wurde sogleich das geheime Archiv, trotz des persönlichen Widerstands der Königin, gewaltsam erbrochen, um die Originale der Briefschaften, deren Kopien Friedrich durch Menzel erhalten hatte, wegzunehmen. Die daselbst gefundenen Papiere vermochten freilich, da sie die angebliche Verbindung Sachsens und andrer Mächte zur Vernichtung Preußens keineswegs bewiesen, den feindlichen Angriff des preußischen Königs nicht zu rechtfertigen." (XVI, 287).

„Zugleich wurden die sächsischen Bauernsöhne zum Kriegsdienste gegen ihren eignen Fürsten gezwungen, und wenn einer von ihnen sich dieser Zumutung durch die Flucht entzog, so mußten es seine Eltern und Verwandten mit ihrer Habe büßen." (XVI, 288.)

„Die Mehrzahl der (deutschen) Fürsten stand im Solde Frankreichs. Dies ist bis ins einzelnste durch das in der französischen Revolution veröffentlichte sogenannte rote Buch, das aus einem offiziellen Verzeichnis der geheimen Ausgaben Frankreichs unter Ludwig XV. besteht, unwidersprechlich bewiesen worden." (XVI, 289).

„In Sachsen verfuhren (1758) die Preußen ganz nach Art der Türken. So wurde z. B. einst in Leipzig, um mit Gewalt Geld herauszupressen, der ganze Magistrat auf die Pleißenburg gebracht, wo die ersten Kaufleute der Stadt schon seit mehreren Wochen ohne Licht, ohne Stühle, ohne Betten und sogar ohne Stroh saßen." (XVI, 298).

„Man würde seine (Friedrichs des Großen) fortwährende Unterstützung des güterbesitzenden Adels auch als eine Begünstigung des Landbaues entschuldigen können, wenn Friedrich seine reichen Spenden bloß dem reicheren Teil des Adels zugewendet, und nicht zugleich die bürgerlichen Klassen durch Steuern, Zölle und Accisen hart gedrückt hätte." (XVI, 421.)

„Die Volksschulen wurden von ihm zur Versorgung seiner Invaliden und Unteroffiziere benutzt, und trotz aller Gegenbemühungen des Ober-Schulkollegiums mußten diese zum Teil ganz unfähigen und rohen Leute als Dorfschulmeister angestellt werden." (XVI, 422.)

„Am ärgsten zeigt sich die Geringschätzung, mit welcher Friedrich auf den Bürgerstand herabsah, sowie sein Mißbrauch der monarchischen Rechte in dem von ihm eingeführten System indirekter Abgaben und in der rücksichtslos tyrannischen Weise, mit der er dasselbe durchführte. Diese Seite von Friedrichs Verwaltung ist um so mehr hervorzuheben, da sie einer Zeit angehört, in welcher liberale Begriffe vom Staatswesen sich vorbereiteten, und gerade dasjenige Finanzsystem, welches Friedrich einführte, durch die Schriften der Oekonomisten aufs heftigste bekämpft wurde. Friedrich führte zu derselben Zeit, als er den begüterten Adel durch große Summen unterstützte, die Regie und Accise ein, welche vorzugsweise auf den ärmsten Klassen lasteten und diesen auch den kleinsten Genuß verkümmerten. Er machte Salz, Kaffee, Tabak und ähnliche dringende Bedürfnisse der Armen zu einem Regierungsmonopol und verfuhr bei dem Verkauf dieser Gegenstände wie bei der Erhebung der Zölle mit der größten Härte." (XVI, 422.)

„Der Verkauf allen gebrannten Kaffees sowie des ungebrannten unter einem Pfunde war bei Geldstrafe und, wenn diese nicht auf-

gebracht werden konnte, bei Leibesstrafe verboten. Die Reichen konnten, da sie eine größere Quantität zu kaufen im stande waren, einen Brennschein lösen und sich also eine bessere Sorte verschaffen; die Armen dagegen, welche ihren Bedarf nur in kleinen Quantitäten kauften, waren genötigt, die überaus schlechte und teure königliche Ware zu nehmen. Dabei wurde, um jede Umgehung der harten Vorschriften zu verhindern, ein förmliches Spioniersystem eingerichtet. Es mußten nämlich die Accise-Beamten sowie eine Anzahl Invaliden ... bei Tag und Nacht in den Straßen umhergehen, um durch den Geruch auszuspüren, ob irgendwo Kaffee ohne vorherige Lösung eines Brennscheins gebrannt oder gebrannter Kaffee verkauft werde. Diese und ähnliche Maßregeln **lassen sich bei Friedrich II. nur daraus erklären, daß** er wie Voltaire **das gemeine Volk verachtete,** und wie Bonaparte **die Abgötterei, die dasselbe mit ihm trieb, zu seinen Zwecken mißbrauchte.** Sie waren in einer Zeit möglich, in welcher nicht nur das Volk seinem Regenten noch unbedingt ergeben war, sondern auch die **servile Gesinnung der Leute, welche über Regierungsmaßregeln schrieben,** dem Herrscher **eine über den Verstand aller Unterthanen hinausreichende Erleuchtung,** oder, wie einer von Friedrichs Lobrednern sich ausdrückt, die Fülle aller Erkenntnis des ganzen Lands zuerkannte." (XVI, 423.)

* * *

Friedrich Wilhelm II. „König Friedrich Wilhelm II. war wie Ludwig XV. schon in seinen jungen Jahren durch Erziehung und Verführung sittlich verdorben, und sank sogar noch früher als dieser, tief herab. Er war wie Ludwig eine durchaus sinnliche Natur, und hatte mit diesem schlechtesten aller französischen Könige auch noch zwei andre Charakterzüge gemein. Er suchte nämlich bei seinen fleischlichen Sünden im blinden Glauben und in der sogenannten Kirchlichkeit Beruhigung und Trost, und geriet ganz in die Gewalt seiner Maitressen und ihrer Verwandten. Das erstere ward von den Frömmlern ... benutzt, um den Radikalismus in der Theologie auszurotten und die alte Kirchenlehre mit Gewalt aufrecht zu erhalten. ... Was Friedrich Wilhelms Maitressen betrifft, so ... genügt die Bemerkung, daß die Frau des Kämmerers Rietz als Gräfin Lichtenau in Berlin die Rolle der Pompadour spielte, daß der preußische Hofadel in gleichem Grade, wie der französische, mit stolzer Verachtung gegen alles Bürgerliche erfüllt war, und daß dafür 1792 und 1806 das preußische Volk im Kampfe mit den Franzosen schwer büßen mußte." (XVII, 50 f.)

* * *

Friedrich Wilhelm III. „Der neue König war sittlich rein, allem Prunke abgeneigt und gleich einem guten Hausvater auf Zucht und Ordnung bedacht; er war aber dabei auch ängstlich und bedachtsam, vermied jeden entscheidenden Schritt, und strebte in den erschütternden Kämpfen einer tiefbewegten Zeit seinen Staat neutral zu erhalten. Er selbst war wie seine Umgebung mittelmäßig, scheute jedes überlegene Talent, und ließ sich von Männern leiten, die seiner unwürdig waren." (XVII, 445 f.)

„König Friedrich Wilhelm mußte sich ... dazu hergeben, ein Diener der französischen Polizei zu werden. Friedrich Wilhelm sah sich nämlich genötigt, nicht nur das Gebot geheimer Verbindungen wieder einzuschärfen, sondern auch seinen Offizieren das Besprechen politischer Gegenstände zu verbieten." (XVIII, 181.)

Meinungen des „alten Fritz".

Ueber Religion, Kirche usw. „Worauf denn der Kronprinz hoch und teuer versicherte, daß er nunmehr ganz Seiner Majestät (d. h. des Vaters Friedrichs des Großen) christlichen und orthodoxen Meinung beistimme." (Protokoll über die Zusammenkunft des Königs Friedrich Wilhelm II. mit dem Kronprinzen Friedrich am 15. August 1781.)

*

„Nie hat ein edler Mann gefragt, ob andre Welten
die Tugend, der er folgt, vergelten,
ob sie dem Laster, daß er fliehet, drohn.
. . . . . .
. . . . . Er weiß, er wird unsterblich sein
mit Wirkungen, die sich an seine Thaten reih'n.

Dies ist die einzige und wahre
Unsterblichkeit, die nie der Tod zerstört.
Was man von einer andern hört,
Kommt hier auf Erden nie ins Klare.
Zu unserm Glück genügt, was die Moral uns lehrt."
(Aus einer Epistel an den Feldmarschall Keith 1750.)

*

„Nur der hochmütige Parteigeist und das persönliche Interesse, welches sich gern unter dem Namen der Sache Gottes verbirgt, bewaffnet die Hände der Verfolger mit dem Schwerte, welches sie von dem Altar nehmen. Deshalb bin ich mißtrauisch gegen den Feuereifer der Frommen und möchte ihnen gern sagen: „Du ärgerst Dich, und beschimpfst Deinen Nächsten; also hast Du Unrecht." Und doch werden wir, gnädige Frau, die Leute nicht bessern; die Menschen bleiben, wie sie immer gewesen sind. Der Wiener Hof wird stets ehrgeizig, die Inquisition verfolgungssüchtig, Seine allerchristlichste Majestät ein Weiberknecht, die deutschen Bischöfe Trunkenbolde und ich Ihr eifrigster Anbeter sein. (Aus einem Brief an die Herzogin von Sachsen-Gotha vom 18. Mai 1764.)

*

„Nach mancherlei die Philosophie betreffenden Materien kam die Unterredung auch auf die Religion. Als Seine Majestät unter anderm sagten: daß man in dem Unsinn so weit gegangen, sich einen Gott zu denken, der einen zweiten schuf, und daß diese beiden dann einen dritten hervorbrachten, nahm ich mir die Freiheit zu sagen: daß gegenwärtig die vornehmsten Theologen, besonders einige der angesehensten Geistlichen in Berlin, dergleichen nicht mehr vorbringen, daß überhaupt die christliche Lehre, so wie sie jetzt von den im größten Rufe stehenden Predigern in Berlin vorgetragen werde, eine ganz andre Gestalt habe, als sie zu den Zeiten, da Se. Majestät in der Religion unterrichtet worden, gehabt zc. Unter andrem sagte ich auch, daß der Probst Spalding ein eignes, mit großem Beifall aufgenommenes Werk geschrieben habe, worin er den Geistlichen die stolze Vorstellung, daß sie unmittelbar einen göttlichen Beruf als Priester Gottes hätten, zu benehmen suche und ihnen vorstelle, daß ihr Beruf, als bloß politisch betrachtet, demzufolge sie das Volk über alle Pflichten unterrichten und zu Befolgung derselben vermahnen sollten, edel genug sei usw. Worauf der König sagte: „Das ist sehr gut, und ich bin der erste, das zu achten." Seine Majestät setzten hinzu: Die Einbildung der Geistlichen von einem unmittelbaren göttlichen Beruf sei eben so ungereimt, als das Vorgeben, womit man den Souveränen schmeichelte, daß sie das Ebenbild Gottes auf Erden wären." (Aus einer Unterredung des Professors Sulzer mit dem König 1777.)

*

„Was die Vorstellung anlangt, die sich der Mensch von der Gottheit macht, so ist sie grundfalsch und alles, was darüber gesagt zu werden pflegt, ist voll von Widersprüchen. Bald ist die Natur das, was man Gott nennt, und bald Gott das, was man die Natur nennt. — Der Mensch kann nur eben so wie die Tiere und Pflanzen ein Naturprodukt sein." (Aeußerung aus dem Jahre 1785.)

*

„Die Menschen haben sich ein sonderbares Phantom von strenger Tugend geschmiedet, und wollen, daß die Priester, die zur einen Hälfte Betrüger sind und zur andern im Aberglauben stecken, diesen Charakter annehmen sollen. Es ist ihnen nicht erlaubt, offen die Weiber und den Wein zu lieben, wohl aber ehrgeizig zu sein. Nun zieht aber doch schon der bloße Ehrgeiz Laster und schreckliche Unordnungen nach sich. Mir fällt der Affe der Königin Cleopatra ein, den man sehr gut tanzen gelehrt hatte. Einmal kam jemand auf den Einfall, ihm Nüsse hinzuwerfen, sogleich vergaß der Affe seinen Anzug, den Tanz, sowie seine Rolle, und fiel über die Nüsse her. Ein Priester spielt, so lange sich sein Eigennutz damit verträgt, den tugendhaften Mann; aber bei den geringsten Gelegenheiten bricht die Natur aus ihren Fesseln hervor, und Laster und Bosheit, die von der äußeren Gestalt der Tugend verhüllt waren, erscheinen alsdann aufgedeckt. Es ist erstaunlich, daß die Macht der Geistlichkeit auf einem so unsicheren Boden hat gegründet werden können." (Brief an Voltaire 1737.)

*

„Ich, der ich als Ketzer und Philosoph keine Zuneigung zu den Priestern empfinde, würde von Herzen wünschen, daß ihnen der Mund gestopft und der Stolz und Hochmut gedemütigt würde, mit welchem sie die Herrschaft der Inquisition in Frankreich einführen wollen. Aber ich spreche über diese Dinge nur wie der große Haufe: man muß hinter den Coulissen stehen, um zu begreifen, weshalb sie der Hof so sehr beschützen muß." (Brief an den Bevollmächtigten Minister Earl Marishal in Paris, 22. Mai 58.)

*

„Ein Frömmling an der Spitze eines Staates ... wird in einem Tage das ganze Gebäude umstürzen, das man kaum in zwanzig Jahren mit vieler Mühe aufgeführt hat." (An Voltaire 1771.)

*

„Alles, was Sie von unsren deutschen Bischöfen sagen, ist nur zu wahr; sie mästen sich mit dem Zehnten von Zion. Aber Sie wissen auch, daß im heiligen römischen Reiche wegen des alten Herkommens, der goldenen Bulle und andrer Ungereimtheiter dieser Art die eingeführten Mißbräuche in Ehren gehalten werden; man sieht sie, zuckt die Achseln, und alles geht seinen Gang fort. Wenn man den Fanatismus vermindern will, so muß man sich nicht an die Bischöfe wagen. Bringt man es aber dahin, die Mönche, besonders die Bettelorden, zu verringern, so wird das Volk lau werden, und, da es dann weniger abergläubisch ist, den Regenten gestatten, sie, die Bischöfe, auf das herunter zu setzen, was dem Wohle des Staats zuträglich ist. Das ist der einzige Gang, den man nehmen muß. Wenn man das Gebäude des Unsinns ganz leise und ohne Geräusch untergräbt, so bewirkt man, daß es notwendig von selbst einfällt. Der Papst ist in seiner Lage genötigt, Breves und Bullen zu erlassen, wie seine lieben Söhne sie nur immer von ihm fordern. Seine Macht, die auf dem idealen Ansehen des Glaubens beruht, verliert in eben dem Verhältnisse, wie dieser sich vermindert. Wenn noch einige Minister, die über die gemeinen Vorurteile hinaus sind, an die Spitze der Nationen kommen, so wird der heilige Vater Bankrott machen. Schon haben seine Wechsel und Anweisungen ihren Kredit zur Hälfte verloren. Ohne Zweifel wird die Nachwelt den Vorzug genießen, daß sie frei denken kann. (An Voltaire 1775.)

* * *

Ueber Monarchen. „Der Irrtum der meisten Fürsten besteht in dem Glauben, Gott habe die Menge von Menschen, deren Wohlfahrt ihnen anvertraut ist, bloß aus ganz besonderer Sorge für ihre Größe, ihr Glück und ihren Stolz geschaffen, und ihre Unterthanen seien nur zu Werkzeugen und Dienern ihrer zügellosen Leidenschaften bestimmt. . . . Daher der unmäßige Hang nach falschem Ruhm, daher die brennende Begierde, alles an sich zu reißen, daher die Härte der Auflagen, womit das Volk belastet ist, daher die Trägheit der Fürsten, ihr Stolz, ihre Ungerechtigkeit, ihre Unmenschlichkeit, ihre Tyrannei und alle die Laster, welche die menschliche Natur herabwürdigen! Wollten sich die Fürsten von diesen Irrtümern losmachen, wollten sie mit ihrem Nachdenken bis zu dem Zweck ihrer Einsetzung hinaufsteigen, so würden sie sehen, daß ihr Rang, auf den sie so eifersüchtig sind, und ihre Erhebung nur das Werk der Völker ist, daß die Tausende von Menschen, die ihnen unterworfen sind, sich keineswegs zu Sklaven eines Einzelnen hingegeben haben, um ihn furchtbarer und mächtiger zu machen; daß sie sich keineswegs einem Bürger unterworfen haben, um Märtyrer seiner Launen und ein Spielball seiner Einfälle zu sein.

. . . Mögen sie inne werden, daß der wahre Ruhm eines Fürsten nicht in der Unterdrückung seiner Nachbarn, nicht in der Vermehrung der Anzahl seiner Sklaven besteht, sondern in der Erfüllung der Pflichten ihres Amts, und in der Beeiferung, den Absichten derer zu entsprechen, die sie mit ihrer Macht bekleidet haben und von denen ihnen die höchste Gewalt übertragen ist. Solche Monarchen sollten bedenken, daß die Ehrfurcht und eitle Ruhmbegierde Laster sind, die man an einem Privatmann mit Strenge ahndet, und die man immer an einem Fürsten verabscheut." (Aus „Betrachtungen über den gegenwärtigen politischen Zustand Europas" 1738.)

* *

Majestätsbeleidigungen. „Ich bin so glücklich, lieber Lord, vollständig gleichgültig gegen alle Aeußerungen in Wort und Schrift über meine Person zu sein. . . . Jeder im öffentlichen Leben stehende Mann muß der Kritik, der Satire, ja oft genug der Verleumdung als Zielscheibe dienen. **Jeder, der einen Staat regiert hat, sei es als Minister, als General oder als König, hat Sticheleien zu ertragen gehabt; es wäre mir also sehr unangenehm, wenn ich der einzige sein sollte, dem dies Schicksal erspart bliebe."** (Brief an den Minister Earl Marishal 1758.)

* *

Ueber die Ehe. „Ich will alles thun, was in meiner Macht steht, und gelingt es mir nur, durch meine Folgsamkeit die Gnade des Königs zu erlangen, so werde ich es meinerseits an nichts fehlen lassen.

Nur eine Bedingung muß ich dem Herzog von Bevern stellen, daß nämlich das corpus delicti (nämlich die von Friedrich Wilhelm I. seinem Sohn ausgesuchte Braut und zukünftige Gattin Friedrich II., Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern) bei ihrer Großmutter erzogen wird. Lieber will ich Hahnrei oder der gehorsame Knecht meiner Zukünftigen werden, als eine Närrin heiraten, die mich durch ihre Albernheiten ärgert, und die ich mich schämen muß, andre Leute sehen zu lassen. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne zu bemühen, denn wenn man so wie ich die Romanheldinnen verabscheut, so fürchtet man die spröde Tugend: die schlechteste Berliner H... wäre mir lieber als eine Heilige, der ein halbes Dutzend Frömmler an der Schürze hängen. Wenn es nur noch möglich ist, ihr etwas Bildung zu geben! Ich bezweifle es. In jedem Falle muß ich darauf bestehen, daß sie bei ihrer Großmutter erzogen wird. Ich bin überzeugt, lieber Freund, daß Sie, was Sie nur können, zur Erreichung dieses Zieles beitragen werden." (Brief an den General v. Grumbkow, 11. Febr. 1732.)

*

„Ich hoffe, der König wird sich, bin ich einmal erst verheiratet, nicht in meine Angelegenheiten mischen; denn dann, fürchte ich, würde die Sache übel ablaufen, und die Frau Prinzessin dürfte dabei schlecht wegkommen: die Heirat macht mündig, und sobald ich mündig bin, bin ich Herr im Hause. Meine Frau hat nichts darin zu sagen: nur kein Weiberregiment in irgend etwas auf Erden! Ich glaube, daß ein Mann, der sich von Weibern regieren läßt, der größte Cujon ist, den man sich denken kann und überhaupt nicht verdient, ein Mann genannt zu werden. Deswegen verheirate ich mich als anständiger Mann, das heißt, ich lasse meine Frau machen, was sie will, und thue meinerseits, was mir gefällt. Es lebe die Freiheit!" (An den General v. Grumbkow, 4. Sept. 1732.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

Reichstag.

Seit Donnerstag voriger Woche wartet Graf Posadowsky auf die Bewilligung seines Gehalts, aber die socialpolitischen Gegensätze, die die Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern beherrschen, sind so zahlreich und treten in diesem Jahre schon aus Anlaß der 12000 Mark-Affaire so heftig auf, daß sich das Ende der Diskussion noch gar nicht absehen läßt.

Herr v. Kardorff hat den Vorsitz und die Mitgliedschaft in der Budgetkommission niedergelegt, um an Stelle des kranken Herrn v. Stumm, den wir im Hause vielleicht gar nicht mehr wiedersehen werden, die rednerische Führung seiner Partei zu übernehmen. Herrn Dr. Arendt allein kann doch nicht alles überlassen bleiben. Der Gründer der Laura-Hütte hat sich offenbar die Specialität vorbehalten, in möglichst übertriebener und thörichtster Form die Socialdemokratie anzugreifen. Der Leipziger Konflikt, zu dem die Fraktion durch ihre Erklärung doch so unzweideutig Stellung genommen hat, daß selbst Herr Oertel es anerkennen mußte, kommt ihm sehr gelegen, um der Partei eins auszuwischen. Außerdem scheint der Stummsche Citatensammler in seine Dienste getreten zu sein und ihn fleißig mit Material zu versorgen.

Genosse Richard Fischer wandte sich sehr energisch gegen Kardorffs Anrempeleien und erinnerte ihn, der uns Moral predigen wollte, an die blutige Gründung der Laurahütte und sein Subsidialverhältnis zur Diskontobank. Kein Wunder, daß gerade Herr v. Kardorff die 12000 Mark-Affaire so milde beurteilt und in der voraussichtlichen Ablehnung unsres Antrags auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-Kommission ein glänzendes Vertrauensvotum für den Grafen Posadowsky erblickt. Diesem und der Affaire widmete unser Redner noch eine ergänzende Kritik, die wirkungsvolle neue Gesichtspunkte bot.

Herrn v. Kardorff kam Herr Dr. Oertel zu Hilfe, dem wieder Genosse Rosenow entgegnete. Auch Graf Posadowsky mischte sich ein und bescherte den Staatsrechtslehrern die Entdeckung, daß das Deutsche Reich eine Gründung der Fürsten auf Kündigung sei. Ein Mann mit einer so kindlichen Auffassung geschichtlicher Notwendigkeiten ist bei uns Minister.

Neben diesen Debatten lief die socialpolitische Diskussion weiter. Der konservative Abgeordnete v. Salisch erinnerte den Staatssekretär an die vom Reichstag im vorigen Jahr geforderte Versicherung der Seeleute gegen Unglücksfälle beim Retten von Personen und Gütern aus Seegefahr. Graf Posadowsky will die Sache im Auge behalten.

Der freisinnige Abgeordnete Zwick trat in einer sehr matten Rede für erhöhten Schutz industriell-thätiger Kinder und Frauen ein. Rosenow endlich forderte, daß die Kommission für Arbeiterstatistik mit der Untersuchung der Verhältnisse der Arbeiter im Verkehrsgewerbe und der Bureauschreiber befaßt würde. Er kritisierte die Verordnung über die Einrichtung von Sitzgelegenheit für das Verkaufspersonal und wünschte die Ausdehnung des gesetzlichen Neunuhr-Ladenschlusses auf Apotheken und Barbiergeschäfte.

Dem Centrum, das sich auf die Ablehnung der Zuchthausvorlage so außerordentlich viel zu gute thut, widerfuhr das Unglück, daß heute eines seiner angesehensten Mitglieder, der Jurist Rintelen, ganz aus heiler Haut, einen heftigen und sachlich ganz unbegründeten Angriff auf das Streikpostenstehen unternahm. Kaum sind die Wogen der Erregung in der katholischen Arbeiterbevölkerung über den bekannten bischöflichen Erlaß mit Mühe und Not geglättet worden, da erklärt ein hervorragender Centrums-Parlamentarier das Streikpostenstehen, das ein unerläßliches Kampfmittel für die Gewerkschaften ist, für einen Ausfluß des Terrorismus und fordert Strafen und Verbot. Herr Hitze suchte zu retten, was zu retten war, und wollte die Aeußerung des Herrn Rintelen als unverbindliche Privatansicht hinstellen. Herr Rintelen aber betonte, daß auch Herr Hitze durchaus nicht im Namen der Fraktion gesprochen hätte. Der Streit wird wohl noch weiter gehen.

Morgen und Sonnabend fällt die Sitzung aus; am Montag wird die Debatte fortgesetzt. —

Die Schuldigen der Eisenbahnkatastrophen?

Im Abgeordnetenhaus wurden am Donnerstag scharfe Angriffe gegen die Minister v. Miquel und v. Thielen gerichtet, deren übertriebener Sparsamkeit die Schuld an so vielen Eisenbahnunfällen zuzuschreiben ist. Aus Anlaß der letzten furchtbaren Katastrophe bei Offenbach hatten die beiden Vertreter von Frankfurt a. M. die Regierung interpelliert, welche Schritte sie zu thun gedenke, um in Zukunft ähnlichen Unfällen vorzubeugen. Der Hauptschuldige, Johannes v. Miquel, war der Verhandlung ferngeblieben; nur sein Mitangeklagter v. Thielen war erschienen.

Mit Recht suchte der Begründer der Interpellation, Abg. Funk (freis. Vp.), die Schuld an diesem Unfall wie an so vielen andren dem System Miquel-Thielen zuzuschreiben, das die Eisenbahnen lediglich als Einnahmequelle für den Staat, nicht aber als ein Mittel zur Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse betrachtet. Diesem System zuliebe unterbleibt jede Reform, werden die Fortschritte der Technik unberücksichtigt gelassen, werden keine Neuerungen eingeführt, wird an dem Beamtenpersonal geknausert. Erschüttert unter der Wucht des Anklagematerials versuchte Herr v. Thielen eine Verteidigungsrede. Mit leiser Stimme brachte der Minister, der sonst über ein kräftiges Organ verfügt, ein paar Worte hervor, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß die preußischen Eisenbahnen die vorzüglichsten von der Welt sind und daß von einem System der Sparsamkeit unter seiner Verwaltung gar keine Rede sein könne.

Den Herren von der Rechten, die dem Minister Beifall klatschten, war die Situation unangenehm, sie machten den Versuch, eine Besprechung der Interpellation zu hintertreiben. Aber vergebens! Der Antrag auf Besprechung fand die genügende Unterstützung, so daß der zweite Interpellant, Abg. Sänger, Gelegenheit hatte, scharf mit der Profitwut und Plusmacherei der Eisenbahnverwaltung zu Gericht zu gehen und die Trennung dieser Verwaltung von der eigentlichen Staatsverwaltung zu fordern.

Der Minister erwiderte nicht mehr. Die Debatte wird in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt. Zunächst stehen am Montag einige kleinere Etats zur zweiten Beratung. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Adlerflug. In der von Berlin aus offiziös bedienten „Münchener Allgemeinen Zeitung" findet sich ein sehr merkwürdiger Artikel über „Die Person des Monarchen und die Kritik", dem die folgenden Darlegungen entnommen seien:

„Das in Berlin erscheinende „Kleine Journal", das politisch ohne jede Bedeutung, mit Ausdauer und einem für die Kenner der in Betracht kommenden Verhältnisse einigermaßen befremdlichen Erfolge bestrebt ist, sich mehr und mehr zu einem Organ des Hofes, bezw. gewisser höfischer Kreise herauszubilden, weiß zu berichten, daß für die Galavorstellung im königlichen Opernhause aus Anlaß der Zweihundertjahr-Feier der Erhebung Preußens zum Königreiche ein „Adlerflug" betiteltes Festspiel vorbereitet wird, das Herrn Joseph Lauff zum Verfasser hat und „seine Entstehung einer Anregung des Kaisers verdankt". Gegen die Thatsache, daß in dem Programm der Säkularfeier, die ohne Zweifel einen glänzenden Verlauf nehmen wird und zu der Abgesandte aller europäischen Staaten und Herrscherhäuser in der preußisch-deutschen Hauptstadt angemeldet worden sind, auch eine Festvorstellung seitens der Hofbühne vorgesehen ist, läßt sich gewiß nichts einwenden. Auch der Umstand, daß dabei ein ad hoc verfaßtes Festspiel mit schön klingendem, viel verheißendem Titel zur Vorführung gelangt, kann an sich die Kritik nicht herausfordern, denn die Hofpoeten sind aus ähnlichen Anlässen immer und überall mobil gemacht worden, und in Berlin ist z. B. Herr Joseph Lauff der zur Lösung einer solchen Aufgabe durch Neigung und Begabung prädestinierte Mann. . . . Unangebracht aber erscheint uns der Schlußsatz der Meldung, die Bemerkung, daß das in Rede stehende Festspiel einer speciellen Anregung des Kaisers seine Entstehung verdanke. Entweder will diese Notiz etwas sehr Naheliegendes, im Grunde Selbstverständliches konstatieren und, dann war sie überflüssig, oder sie bezweckt eine Art von Enthüllung, ein Avis an den Leser oder Hörer des Festspiels, und in diesem Fall hätten wir sie lieber unterdrückt gesehen. Daß der hohe Herr, der, wie alle Welt weiß, ein Freund der schönen Künste ist und einzelnen derselben in den bei der Fülle der Regierungsgeschäfte ihm sicherlich recht knapp zugemessenen Mußestunden als Liebhaber selbst obliegt, auch mit dem die letzten zwei Jahrhunderte der Geschichte seines Hauses und seines Staats verherrlichenden Festspiel sich beschäftigt und über dessen ungefähre Gestaltung zum Dichter oder zu andern sich geäußert haben wird, liegt so nahe, daß man es wirklich kaum zu sagen braucht. Der Umstand, daß ein Blatt, das seinen Ehrgeiz darin setzt, nicht nur über die Vorgänge, sondern auch über die Intentionen bei Hofe besonders gut unterrichtet zu sein, expressis verbis bemerkt, die Dichtung „Adlerflug" verdanke ihr Entstehen einer Anregung des Kaisers, soll und wird jedoch in den weitesten Kreisen die Vermutung wachrufen, daß eigentlich Se. Majestät der Dichter oder, wenn nicht der Dichter selbst, so doch dessen Inspirator gewesen sei, daß Herr Joseph Lauff also einen erlauchten Mitarbeiter gehabt habe. Und das Erwecken einer solchen, obenein schwerlich zutreffenden Annahme, erscheint nichts weniger als wünschenswert. Man **kann den Flug des preußischen Aars ja nicht schildern ohne zugleich derer zu gedenken, deren Bahnen er gekreuzt** und mit denen er vielfach auf Tod und Leben, gekämpft hat. Unter den vielen fürstlichen Abgesandten aus allen Teilen unsres Kontinents, die der Vorstellung beiwohnen werden, befinden sich auch **die Vertreter solcher Staaten und Dynastien, deren Wappentiere einst brüllend, fauchend oder zischend gegen den einköpfigen schwarzen Adler** sich erhoben und ihm den Weg zu verlegen gesucht haben; sie werden das, was man ihnen zu sehen und zu hören giebt, mit kritischerem Blick und schärferem Ohr entgegennehmen, als das altpreußische Gros des Auditoriums. Wir wollen aufrichtig wünschen, daß es gelungen sein möge, das Festspiel so zu gestalten, daß es den Ruhm der preußischen Monarchie und ihrer Beherrscher verkündigt, ohne bei einem der hohen und höchsten Herren vom **Ausland** Anstoß zu erregen oder peinliche Erinnerungen zu wecken. . . Scheitert aber dem Auslande, vielleicht auch dem Inlande, d. h. dieser oder jener politischen oder örtlichen Gemeinschaft gegenüber, der Dichter Joseph Lauff an irgend einer heimtückischen Klippe, so hat das, trotz seiner Eigenschaft als Hofpoet, verhältnismäßig wenig zu sagen, hat sich dagegen im Publikum einmal die Annahme verbreitet, daß der Kaiser selbst an der Abfassung des Festspiels einen besonderen Anteil genommen habe, so gewinnt jede mit Recht oder Unrecht unliebsam vermerkte Aeußerung eine weit größere Tragweite. . . .

„Der jetzige Kaiser ist, infolge seiner temperamentvollen, zu lebhafter persönlicher Initiative und zum mutigen Sich-Exponieren neigenden Eigenart auf dem politischen Gebiet schon weit mehr als andre Monarchen den Pfeilen der Kritik ausgesetzt, und zwar vielfach einer gesucht schroffen, tendenziösen Kritik; man sollte daher in gut kaiserlich, gut monarchisch fühlenden Kreisen doppelt bemüht sein, alles zu vermeiden, was den anders Gesinnten Anlaß bieten könnte, mit der Person und dem Thun des hohen Herren in einer ihren Zwecken dienlichen, der Sache des Monarchen und dem monarchischen Gedanken daher nicht gerade förderlichen Weise sich zu beschäftigen."

Es ist mehr wie auffällig, daß das Münchener Blatt die byzantinische Bemerkung des „Kleinen Journals" einen so ausführlichen Artikel widmet. Sollte die Preußenfeier im bayrischen „Ausland" so stark verstimmt haben, daß selbst reichsdeutschnationalliberale Organe wie die „Allgemeine Zeitung" — partikularistisch werden? —

Begnadigung von Kammerherren. Dem „Hann. Courier" wird aus Berlin gemeldet, daß die wegen ihres Verhaltens in der Kanalfrage in Ungnade gefallenen Kammerherren rehabilitiert werden sollen. Man erwartet auch sonst aus Anlaß des Krönungsjubiläums mancherlei Gnadenakte.

Einen Kronjubiläums-Artikel liefert auch der „Reichs-Anzeiger". Das Lob der preußischen Monarchie sei ihre Geschichte. „Ohne Ueberhebung dürfe ausgesprochen werden, daß „die Nachkommen der Burggrafen von Nürnberg sich mit ihren Brandenburgern und Preußen die Königskrone redlich haben verdienen müssen. Preußen hatte, über den Rahmen eines Kurfürstentums hinaus, echt königliche Aufgaben zu erfüllen."

Es wird dann weiter dargestellt, wie Preußen unter Führung seiner Fürsten den deutschen Einheitstraum erfüllt habe.

Der Artikel hätte mit einigen Abänderungen nach Stil, Anschauung und Wahrheit auch von einem Hofgeschichtenerzähler vor zweihundert Jahren geschrieben sein können. —

Die Schutzzoll-Dynastie. Ein seltsames Lob spendet Schweinburg in den „Berl. Polit. Nachr." zur Preußenfeier. Er glaubt sich zu der Auffassung berechtigt,

„daß die Schutzzollpolitik, unter der die deutsche Industrie sich zu herrlicher Blüte und zu so mächtiger Kraft entwickelt hat, im vollsten Sinne des Wortes Hohenzollernpolitik ist. Das Kaiserwort von dem gleichmäßigen und wirksamen Schutze aller Zweige der nationalen Arbeit knüpft an diese Hohenzollern-Wirtschaftspolitik Kaiser Wilhelms des Großen bedeutsam an und zeigt, daß der Enkel auch in diesem Punkte den Bahnen zu folgen gedenkt, welche, wie einst der große Kurfürst und der große Friedrich, so jetzt auch Kaiser Wilhelm der Große der deutschen Wirtschaftspolitik vorgezeichnet hat."

Wir bekennen, daß keines der preisenden Worte, die in diesen Tagen hergestellt werden, zutreffender sein dürfte, als diese Schweinburgsche Bemerkung. —

Die Pommernbank schweigt! Auf die fatalen Fragen der „Morgenpost" hat sie keine Antwort. Die übrige Presse hüllt sich in Schweigen. Der Kurs der 3½ proz. Pfandbriefe der Pommernbank war am Mittwoch 84 bezahlt und Gebot (Geld), während die gleich verzinslichen Pfandbriefe andrer Banken 87—91 notierten. Auf die Pfandbriefbesitzer haben also die Veröffentlichungen noch keinen großen Einfluß gehabt. Es würde ja ohne Zweifel auch diese Besitzer am meisten schädigen, wenn sie ihre Papiere jetzt in Massen auf den Markt werfen wollten. Dagegen erscheint es uns angebracht, die **Aufsichtsbehörde** auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß sie nicht erst den Aufruf der allgemeinen Beunruhigung abwartet, sondern **ohne Verzug** die Verhältnisse der Bank einer Prüfung unterzieht; die „Morgenpost" giebt am Donnerstag Andeutungen über den Verkauf von Hypotheken, den die Bank vorgenommen hat. Sie teilt ferner aus sicherer Quelle mit, daß der Landwirtschaftsminister in keinerlei Zinsherabsetzung der Pfandbriefe der Preußischen Hypothekenbank (Sanden) willigen wird. Das ist ein Strich durch die schönen Rechnungen der „Treuhand". Wie wird es aber mit den Grundschuld-Obligationen? Und mit den Erben des Baron Cohn? Man hört nichts. —

Die Aussichten der Kanalvorlage steigen. Sicherem Vernehmen der „Schles. Ztg." zufolge sind die Vertreter der oberschlesischen Montanindustrie, ebenso die Mitglieder der Oppelner Handelskammer für die erweiterte Kanalvorlage, sofern dieselbe Schlesien diejenigen Kompensationen gewährt, wie sie der aus den Debatten über die erste Kanalvorlage bekannte Antrag des Grafen Strachwitz enthält. Wie verlautet, werden die sämtlichen industriellen wirtschaftlichen Vereine und die Handelskorporationen Oberschlesiens schon in allernächster Zeit diesbezügliche öffentliche Erklärungen abgeben und sich mit ihren Abgeordneten in Verbindung setzen. —

Ungesetzliche Geldverwendung von Berufsgenossenschaften. Der Abg. Rösicke hatte im Reichstag darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Berufsgenossenschaften die Mitgliedschaft des Centralverbands der Industriellen erworben hätten und widergesetzlich Gelder für Mitgliedsbeiträge verwenden. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bringen jetzt von berufsgenossenschaftlicher Seite eine Zuschrift", in der die Behauptung Dr. Rösickes durchaus bestätigt wird. Wenn die betreffende Zuschrift die Ungesetzlichkeit dieses Verhaltens bestreitet, so setzt sie sich über den klaren Wortlaut des § 31 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes hinweg. Auf solche kleine Ungesetzlichkeiten kommt es offenbar den Unternehmern centralverbändlicher Denkweise nicht an. —

Die Zuwiderhandlungen gegen das Einkommensteuer-Gesetz und das Ergänzungssteuer-Gesetz haben sich vom 1. Oktober 1899 bis 30. September 1900 gegen das Vorjahr etwas verringert, sind aber immer noch recht hoch. Es sind einschließlich diejenigen Strafverfahren, welche schon im Vorjahre anhängig, aber noch nicht beendigt waren, in Preußen im ganzen 1499 Strafverfahren anhängig gemacht. Davon sind sogleich zur gerichtlichen Entscheidung abgegeben 193 Fälle, wovon 109 rechtskräftig entschieden sind. Es wurde auf 21 945 M. Geldstrafe erkannt. In 54 Fällen erfolgte Freisprechung, während noch 78 Fälle schweben. Vorläufige Strafsetzungen durch die Regierungen wurden 1306 erlassen, die festgesetzte Strafsumme belief sich auf 405 645 M. In 1075 Fällen wurde die Strafe mit insgesamt 366 292 M. bezahlt. 140 Fälle schweben noch, da die Zahlungsfrist noch nicht abgelaufen ist, 89 Fälle sind zur gerichtlichen Entscheidung abgegeben. Hiervon sind 53 Fälle rechtskräftig entschieden und die Gesetzesübertreter zu 2975 M. verurteilt, 19 Fälle wurden durch Freisprechung erledigt. Die Gesamtsumme der festgesetzten Strafen und Nachsteuern beträgt 608 137 M. gegen 724 511 im Vorjahre. Die Thatsache, daß es sich hierbei nur um Leute mit Einkommen von mehr als 3000 M. handelt, wirft ein charakteristisches Bild auf die Bourgeoisie, die wohl gern den Arbeitern alle möglichen Lasten aufwälzt, aber selbst nicht einmal ihren gesetzlichen Pflichten nachkommt. —

Eine Abänderung des Vermögenssteuer-Gesetzes beantragt Graf Mirbach im Herrenhause. Die Steuer soll für — — landwirtschaftliche Vermögen herabgesetzt werden.

Die Herren denken offenbar: Da sie einmal aus den Arbeitsgroschen des Volks mittels Zöllen und Liebesgaben ihr Vermögen und Einkommen erwerben, so sei es überflüssig und sinnlos, einen Teil davon wieder in Gestalt der Steuern für allgemeine Zwecke zurückzugeben. Warum beantragt man nicht gleich Steuerfreiheit? —

Der Centralverband deutscher Industrieller wird am 5. und 6. Februar in einer Delegiertenversammlung Stellung zu den Handelsverträgen, insbesondere den Getreidezöllen, sowie der Kanalvorlage, nehmen.

Dann wird Posadowsky reden können! —

Auf dem Kriegspfad gegen die Gewerkschaften wandelt wieder einmal das Berliner Krupporgan. Nachdem es einen Artikel der „Times" über den industriellen Wettkampf Englands auf dem Weltmarkt abgedruckt hat, reproduziert es in durchschossener Schrift eine Auslassung der „Morning Post" über dasselbe Thema, in dem es heißt:

„Einzeln genommen mag der britische Arbeiter so gut, wenn nicht besser sein als ein andrer, und so fähig, wenn nicht fähiger, ein gewisses Quantum guter Arbeit in gegebener Zeit fertig zu stellen; in der Masse, soweit er durch seinen Gewerkverein repräsentiert wird, grübelt er nur darüber, wie wenig Arbeit er für so viel Geld als möglich thun kann. Das Spotten über die Gewerkvereine verbessert sie weder noch vermindert es sie, höchstens trägt es zur Vermehrung ihres Einflusses auf die Arbeiter bei. Es ist so sicher, daß die Gewerkschaften den Handel langsam unterminieren, als das Wasser den Berg hinunter läuft. Wir könnten Industrien bezeichnen — zum Beispiel die Glasbläserei — die einzig durch die Aktion des Gewerkvereins aus dem Lande getrieben worden sind und andre Industrien werden ihnen zweifellos dorthin folgen, von wo es keine Wiederkehr giebt, wenn nicht durchgreifende energische Maßnahmen ergriffen werden, den tödlichen Prozeß aufzuhalten. Eine notwendige Vorbedingung jeder derartigen Maßnahme ist eine gründliche und amtliche Untersuchung über die Verhältnisse und das Treiben der Gewerkvereine".

Natürlich handelt es sich für das Scharfmacherorgan nicht um eine schadenfrohe Beleuchtung angeblicher Mißstände im englischen Industrieleben, sondern um eine Nutzanwendung auf die deutschen Verhältnisse. Die englischen Gewerkvereine unterminieren Englands industrielle Suprematie, und auch in Deutschland existieren Gewerkschaften mit den gleich destruktiven Tendenzen, folglich . . .

Eine Widerlegung des thörichten Kapitalistengeschwätzes, daß eine Erhöhung der Lebenslage einen Niedergang der Industrie verschulde, verlohnt sich nicht. Nur die Scharfmacherabsicht sei vermerkt. —

Aus China liegen heute zur Abwechselung einmal keinerlei Nachrichten vor.

Die für die ostasiatische Linienschiffs-Division bestimmten Ablösungsmannschaften haben die Ausreise über Wilhelmshaven angetreten. —

Das Centrum als agrarischer Treiber. Im württembergischen Landtag hat das Centrum die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob die Regierung gewillt ist, im Bundesrate für eine genügende Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide und zwar besonders auch auf Gerste und Hafer einzutreten. —

Das Ende der blanken Knöpfe soll nun endlich, wie im Anschluß an die Nachricht von der Einführung neuer Uniformen für die Armee mitgeteilt wird, bevorstehen. An die Stelle der blanken Knöpfe sollen künftig dunkle Knöpfe treten, die unter dem Tuch angebracht werden. Und die blanken Helmspitzen, die glänzenden Säbelscheiden, deren Gleißen schon meilenweit die Anwesenheit der Mannschaften verrät? Opfert man die blanken Knöpfe, so wird man alle blanken Metallteile der Uniform samt dem ganzen bunten Flitter beseitigen müssen. Sei es auch zum bitteren Schmerze mancher Jungfrau und manches Unteroffiziers, dessen Virtuosität im Hervorsprudeln von militärischen Kosewortes sich gerade angesichts mangelhaft geputzter Uniformteile am glänzendsten bewähren konnte. —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 17. Januar. Vertreter der meisten Arbeitergenossenschaften hielten gestern in der Arbeiterbörse eine Versammlung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, keinerlei Subvention bei der nationalistischen Mehrheit des Gemeiderats nachzusuchen. —

England.

Lord Rosebery gegen den Imperialismus. In der Handelskammer zu Wolverhampton hielt Lord Rosebery am Mittwochabend eine Rede, in welcher er ausführte, die Handelskammern müßten die Rolle von Vigilanz-Ausschüssen spielen, um Vorbereitungen zu treffen für den großen internationalen Kampf, der sich nahe. Die englische Nation eile mit Macht einer Zukunft entgegen, von der man nichts wissen könne. Ganz Europa starre von Waffen, Millionen würden verausgabt für militärische Versuche, die wenig einbrächten. Der Preis, der für die Erwerbung von Landgebieten mit Hilfe eines Kriegs bezahlt werden müsse, übersteige bei weitem den Wert des etwa erworbenen Gebiets. Es lohne nicht der Mühe, daß irgend ein Volk sich in einen Krieg einlasse, um Landgebiet zu erwerben. Redner hofft daher, daß im Fall des Ausbruchs einer Krise der Krieg nicht in Frage kommen werde, weil der Krieg gewöhnlich aus der Leidenschaft entstehe, während Handels- und industrielle Angelegenheiten, welche die Wohlfahrt der Völker bedeuten, in der Vernunft ihre Grundlage hätten. Rosebery fügte hinzu, daß, solange die Vernunft die Nationen leite, ein Krieg wenig wahrscheinlich sei. Im zwanzigsten Jahrhundert könne es sich nur um einem Kampf auf dem Gebiete der Industrie handeln, hier würden die Vereinigten Staaten und Deutschland die am meisten zu fürchtenden Konkurrenten Englands sein. Redner zollt den beiden Ländern seine Anerkennung und tritt schließlich energisch für die Verbesserung der Methoden des kommerziellen und technischen Unterrichts in England ein. —

Spanien.

Amnestie. Anläßlich der Vermählung der Prinzessin von Asturien werden 16 000 Fahnenflüchtige begnadigt werden.

Die Finanzlage Spaniens. Nach einer amtlichen Mitteilung betrugen die Schatzeinnahmen während des vergangenen Jahres 964,5 Millionen Pesetas, d. i. 88,6 Mill. über den Voranschlag und 18,7 Mill. mehr als 1899, wo die 25 Mill. für die Abtretung der Südseeinseln an das deutsche Reich zu buchen waren und 28 Mill. durch die Kriegssteuern aufgebracht wurden. Nachdem Spanien den korrumpierenden Ballast der Kolonien verloren hat, scheint sich seine Lage ernstlich bessern zu wollen.

Asien.

Die Pest in Indien. Laut Briefen eines Zürichers aus Mysore (Engl. Ind.) wütet in der Provinz Mysore die Pest in fürchterlicher Weise. In einer Reihe von Städten sind fast alle Häuser geschlossen. Auf den Straßen sind nur halb verhungerte Bettler zu finden. Die andre Bevölkerung ist auf das Land geflüchtet und kampiert unter Hütten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Boerenkrieg.

London, 17. Januar. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Standerton von heute: Wilhelm Steyn, der Delegierte der Boeren von hier und Umgegend, welcher abgesandt war, um seine Landsleute zur Uebergabe zu bewegen, wurde gefangen genommen und nach Piet Retief gebracht. Er wird wegen Hochverrats angeklagt werden.

Köln, 17. Januar. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, traten die drei größeren Werke an der Sieg und an der Lenne, welche Grobbleche in größeren Mengen herstellen, aber seither dem Verbande noch fernstanden, dem Grobblechverband am 16. d. M. bei, indem sie sich verpflichteten, unter dem Mindestpreis von 140 M. pro Tonne nicht mehr zu verkaufen. Bei der beabsichtigten Verlängerung des Grobblechverbands auf drei Jahre, die bis Ende März zu geschehen hat, werden die betreffenden Werke endgültig der Vereinigung beitreten.

Frankfurt a. M., 17. Januar. (W. T. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Konstantinopel meldet, ist es nach dort aus Sofia eingetroffenen Depeschen Halin, dem Mörder Stambulows, gelungen, aus dem Gefängnis auszubrechen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Die socialistische Deputiertengruppe brachte zum Vereinsgesetz einen Zusatzantrag ein, nach welchem sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter der Kongregationen unverzüglich als Staatseigentum erklärt, und jene Immobilien, welche die Kongregationen mit Hypotheken belastet haben oder als Mieter bewohnen, so lange sequestriert werden sollen, bis die rechtmäßigen Besitzer dieser Immobilien in unzweifelhafter Weise festgestellt sind.

Der Forschungsreisende Gentil, über dessen Schicksal hier beunruhigende Nachrichten umliefen, traf nach einer beim Kolonialministerium eingegangenen Depesche aus dem Scharigebiet wohlbehalten in Brazzaville ein.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die Beratung der Gesetzesvorlage betreffend die Vereine und Kongregationen wird fortgesetzt. Piou kommt auf eine Rede Vivianis vom Dienstag zurück und drückt seine Befriedigung darüber aus, daß Viviani so offen habe durchblicken lassen, daß die Gesetzesvorlage der Verfolgung der Kongregationen und der Kirche dienen solle. Die Republikaner vergäßen das Konkordat, welches den katholischen Religionsdienst sicher stelle und ebenso klipp und klar das Bestehen der religiösen Orden anerkenne. Redner fordert am Schluß seiner Ausführungen Duldsamkeit und Freiheit für alle. (Beifall auf der Rechten.) Der Berichterstatter Trouillot ergreift das Wort zur Erwiderung, verbreitet sich in großen Zügen über den Gesetzentwurf und hebt die Gefahren hervor, welche die Kongregationen und ihre in der toten Hand angesammelten Reichtümer für den Staat bedeuteten. Redner kritisiert die Moral der Jesuiten und bittet schließlich um Annahme des Entwurfs im Namen der Freiheit und der nationalen Interessen. (Beifall links.) — Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

London, 17. Januar. (B. H.) Wie aus Port Louis (Mauritius) gemeldet wird, ist der englische Dampfer „Cassarie" in der Nähe der Insel Reunion gesunken, 25 Mann der Besatzung sind ertrunken.

New York, 17. Januar. (W. T. B.) Dem „New York Herald" wird aus Washington gemeldet: Die Vereinigten Staaten werden, wenn nötig, die unrechtmäßige Vertreibung der „New York and Bermudez Company" von ihren Asphaltkonzessionen in Venezuela mit Gewalt verhindern. Das Nordatlantische Geschwader wird in Bereitschaft gehalten, nach Venezuela zu gehen.

Verantwortl. Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Januar 1901, 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Präs. Graf **Ballestrem**

übermittelt dem Hause den **Dank des Kaisers** für die Glückwünsche des Reichstags zum 200jährigen Jubiläum des Königreichs Preußen, die der Monarch „huldvollst" entgegenzunehmen „geruht" hätte.

Die zweite Beratung des **Etats des Reichsamts des Innern** wird fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.)

Abg. **v. Salisch** (L.):

Im vorigen Jahre hat der Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, für die Versicherung derjenigen **Seeleute** zu sorgen, die beim **Retten Schiffbrüchiger** und Bergen gestrandeter Schiffe verunglückt sind. Was ist in dieser Sache bisher geschehen?

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Es hat mich mit Befriedigung erfüllt, daß der Herr Staatssekretär Posadowsky zugab, durch die **Bäckereiverordnung** würden viele Bäckermeister ruiniert, wenn ihnen nicht eine genügende Uebergangsfrist gewährt würde. Das beweist wieder, daß in der Socialpolitik nicht zu schnell vorgegangen werden darf. Rediner betont nochmals, daß Freiherr v. Stumm die sociale Gesetzgebung inauguriert habe. Der Abg. Rosenow sei noch ein zu junges Mitglied des Hauses, um das zu wissen. Die Ausführungen, die hier gemacht werden, daß wir darauf ausgehen, die Arbeiter zu knechten, sind nur bestimmt, auf diejenigen in der Arbeiterschaft draußen zu wirken, die leider nicht alle werden. Uebrigens wie sieht es denn in der Socialdemokratie selbst aus!

Ich erinnere an die **Vorgänge in Leipzig. Ihr Princip ist es**, der Arbeitgeber darf sich um die politische Stellung seiner Angestellten nicht kümmern. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Nun, Herr Schoenlank thut das Gegenteil. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Die Erklärung, die der Parteivorstand gegen ihn abgegeben hat, war doch recht matt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sehr bezeichnend ist auch folgender Vorfall. In dem Korrespondenzblatt der Buchdrucker wurde eine Notiz veröffentlicht, wonach **Herr Schoenlank einen nicht zielbewußten Mitredacteur geohrfeigt habe.** Kurze Zeit darauf erschien dann eine Berichtigung des Herrn Katzenstein, worin dieser erklärte, er könne Zeugen dafür nennen, daß das Gegenteil wahr sei, **er selbst habe nämlich Herrn Schoenlank geohrfeigt.** (Heiterkeit rechts.) **Das ist ein Idyll aus dem Zukunftsstaat.** (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ich erinnere auch an die Zustände in dem socialdemokratischen Konsumverein in Leipzig. Dort giebt es karge Löhne und dafür Ueberstunden und ausgedehnte Arbeitszeit. — Hier im Hause donnert die Socialdemokratie stets gegen das Großkapital und den Mammonismus. Ihr Genosse Arons aber der sagt: Kapital und Socialdemokratie sind ganz natürliche Verbündete zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Eine ähnliche Aeußerung hat auch Herr Bebel hier im Reichstag gethan. Religion erklären sie für Privatsache, führen aber einen grundsätzlichen Kampf gegen das Christentum. — Der Herr Staatssekretär wollte noch mehr thun, um die Arbeiter zufrieden zu stellen. Aber daran liegt Ihnen ja gar nichts, **Sie leben ja von der Unzufriedenheit der Arbeiter. Ihre ganze Agitation ist tief unmoralisch.** (Lachen bei den Socialdemokraten, Zuruf: Das glauben Sie doch selbst nicht!) Dann würde ich es nicht sagen! Ich sage eben nur, was ich glaube. — Für die Einbringung der **Resolution zur 12 000 Mark-Affaire** bin ich der Socialdemokratie dankbar. Dadurch wird uns Gelegenheit gegeben, durch **Ablehnung** derselben **dem Grafen Posadowsky ein glänzendes Vertrauensvotum** auszustellen. Die Antwort des Staatssekretärs auf unsre Frage, ob die **Handelsverträge** rechtzeitig gekündigt werden, hat **bange Zweifel** in uns erweckt, **ob denn die Kündigung wirklich erfolgen wird.** Wir wünschen eine klare Antwort. In der Landwirtschaft bestehen Zweifel, ob es der Regierung auch wirklich ernst ist damit, ihr zu helfen. Schöne Versprechungen haben wir schon seit 1890 immer zu hören bekommen. Aber wir wünschen jetzt endlich weiter zu kommen. **Die Landwirtschaft hat ein Recht darauf zu verlangen, daß die Regierung endlich einmal sich klipp und klar ausspricht: Sollen die Zölle erhöht werden oder nicht?** (Bravo! rechts.)

Abg. **Rintelen** (Z.):

Ich muß noch einmal auf das **Verbot des Streikpostenstehens** zurückkommen. Man hat daraus, daß in der sogenannten Zuchthausvorlage ein ausdrückliches Verbot des Streikpostenstehens enthalten ist, gefolgert, daß ein solches Verbot jetzt nicht bestehe. Diese Folgerung trifft aber nicht zu, denn die Zuchthausvorlage ist nie Gesetz geworden. In der Gewerbe-Ordnung ist die **Koalitionsfreiheit** gesichert, aber das **bedeutet doch noch lange nicht einen Koalitionszwang. Das Streikpostenstehen ist aber nichts andres als ein solcher Zwang.** Auch die Herren von der Linken werden nicht bestreiten, daß das Streikpostenstehen nur den Zweck hat, Arbeitswillige am Arbeiten zu verhindern. Sie halten das Streikpostenstehen für eine Garantie der Koalitionsfreiheit. Es ist aber ein **Verstoß gegen die Freiheit** derjenigen, welche sich der Koalition nicht anschließen wollen. Deshalb muß ich mich **unbedingt für das Verbot** aussprechen!

Abg. **Fischer-Berlin** (Soc.):

Es ist der Wunsch geäußert worden, die **12 000 Mark-Affaire** nun endlich ruhen zu lassen, da sie durch die Antwort des Herrn Reichskanzlers erledigt sei. Es ist das aber nicht geschehen, denn es sind in der Verhandlung eine ganze Reihe neuer Gesichtspunkte aufgestellt. Der Reichskanzler ist von der Annahme ausgegangen, daß es sich um einen einzelnen Fall handelt. Es handelt sich aber nicht um einen einzelnen Fall, sondern **um ein System.** Es ist einfach unsre Parteipflicht, Rechenschaft von der Regierung zu verlangen. Stellen Sie sich den umgekehrten Fall vor, daß Sie den Nachweis bringen könnten, daß wir einmal in unsren Beschlüssen, in unsrer Stellung zu Regierungsvorlagen, in unsrer Opposition von fremden Interessen abhängig wären. Da würde doch kein einziger von Ihnen zu behaupten wagen, daß er sich mit der einfachen Erklärung von uns zufrieden geben würde; das wäre ein Mißgriff, der nicht wieder vorkommen solle. Es muß uns schon gestattet sein, die Frage so ausführlich zu behandeln, wie wir es in unsrem Interesse für notwendig halten. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Kardorff ist dann wieder auf den **Leipziger Fall** zurückgekommen und hat gemeint, unsre Parteileitung habe diesen Vorfall nicht genug gemißbilligt. Redner verliest die Erklärung des Parteivorstands gegenüber den Leipziger Vorgängen. Dort heißt es: „Die Fraktion ist von jeher unter Zustimmung der ganzen Partei dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil sie einer ihnen mißliebigen Partei angehören. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Nichtzugehörigkeit der Buchdrucker zur socialdemokratischen Organisation bei ihrer Kündigung oder Entlassung entscheidend sei. Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß alles aufgeboten werde, um die Differenzen beizulegen." — Mehr konnte die Fraktion auch nicht thun. Daß im einzelnen Falle Fehler vorkommen, ist unvermeidlich; die Hauptsache ist, wie sich die Partei dazu stellt.

Herr v. Kardorff sprach dann auch von der **Ohrfeigen-Affaire** zwischen zwei socialdemokratischen Redacteuren. Ich will mich auf die Motive des betreffenden Redacteurs hier nicht einlassen, es ist ja Geschmacksache, einen Streit auf diese Weise auszutragen, aber jedenfalls sind die Herren am allerwenigsten berufen, sich über ein solches Vorgehen aufzuhalten, die selbst auf dem **Duellstandpunkt** stehen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und die Herren vom Centrum, die vorhin so herzlich lachten, sollten sich lieber an die Brust schlagen und sich sagen: mea culpa, mea maxima culpa (Heiterkeit), wenn sie daran denken, **wie Herr Roeren** dem Herrn **Dasbach gedroht hat, ihm rechts und links einige herunterzuhauen,** und wie diese Ohrfeigengeschichte der Freundschaft zwischen den beiden Herren nicht den mindesten Eintrag gethan hat. (Sehr gut! b. d. Soc.) Herr v. Kardorff meinte weiter, die socialdemokratische Agitation und Auffassung sei tief unmoralisch. Ich kann nur sagen, zwischen der Moral der Laurahütte und der Socialdemokratie ist ein so großer Gegensatz, daß jede Diskussion darüber unmöglich ist. In der 12 000 Mark-Affaire haben sämtliche Parteien dieses Hauses ihre Mißbilligung ausgesprochen, und Herr v. Kardorff muß also wohl meinen, daß durch sein Auftreten allein die Rechtfertigung des Grafen Posadowsky eine glänzende werde. Das ist ja Auffassungssache, aber ich glaube, er ist am allerwenigsten berufen, hier den Staatssekretär zu verteidigen, nachdem er seiner Zeit **von der Discontogesellschaft Subsidiengelder angenommen** hat, wie er damals geschrieben hat, weil er sonst seine Thätigkeit im Reichstag nicht ausüben könne. Ich thue ihm wohl kein Unrecht, wenn ich annehme, daß er diese Gelder empfangen hat, um sein parlamentarisches Amt im Dienste der Diskontogesellschaft auszuüben.

Auch Dr. Oertel wandte sich gegen unser Vorgehen gegenüber dem Grafen Posadowsky. Nun, **wir sind keine Ministerstürzer wie die Konservativen,** wir treiben auch keine Raubpolitik in die eigne Tasche nach dem Muster: „Kein Kanitz, keine Kähne". (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Uebrigens hat die „Deutsche Tageszeitung", deren Redacteur bekanntlich Herr Oertel ist, sich über die 12 000 Mark-Affaire sehr mißbilligend ausgesprochen. Aber in der Brust des Abg. Oertel wohnen eben zwei Seelen, mit der einen ist er Redacteur der „Deutschen Tagesztg.", mit der andern konservativer Abgeordneter. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Röstcke hat sich sehr aufgehalten über meine Bemerkungen gegenüber **den Flottenprofessoren.** Ich denke ja nicht über die Professoren wie der König von Hannover über sie gedacht hat, sie und eine sehr minderwertige Menschenklasse seien immer für Geld zu haben. Ich habe ihnen auch nicht vorgeworfen, daß sie hier bewußt gegen ihre Ueberzeugung bezahlte Arbeit geleistet hätten, aber im übrigen kann es doch auch Herr Röstcke nicht für unehrenhaft halten, wenn deutsche Professoren für die Vertretung ihrer Ueberzeugung sich etwa bezahlen lassen. Möge er doch bei **Herrn Paasche anfragen,** ob er es für unehrenhaft findet, wenn er **auf Kosten der Zuckerindustriellen eine** Studienreise nach Amerika macht und als Abgeordneter die Interessen der Zuckerindustriellen vertritt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Röstcke hat so gethan, als seien wir die Knoten, die von der deutschen Wissenschaft nichts hielten. Aber dieser Vorwurf trifft nicht zu. Die Professoren, die gegen die Umsturzvorlage und gegen den Brotwucher sich erklärt haben, sie werden von der Regierung nicht belohnt werden. Der Herr Staatssekretär hat sich auf das Vertrauen des Monarchen berufen und gemeint, der Reichstag hätte nicht das Recht, sich darum zu kümmern, wer die von der Regierung hier eingebrachten Vorlagen hier verträte. Staatsrechtlich mag diese Auffassung über allen Zweifel erhaben sein; praktisch aber ist **keine Regierung so stark, dem Hause einen Minister aufzuzwingen, mit dem die Mehrheit nicht verhandeln will.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Minderheit muß sich ja bescheiden, aber daran ist nicht die starke Regierung schuld, sondern das ist eine Folge des parlamentarischen Systems. Wir haben ja auch wirklich kein Mittel, eine Antwort zu erzwingen, aber dieser Umstand kann den Reichstag nicht hindern, die Schritte zur Aufklärung der 12 000 M.-Angelegenheit zu thun, die wir in unrer Resolution vorschlagen, wenn er nur den Mut der Konsequenz hat. Ist die Mehrheit der Meinung, mit der Erklärung des Reichskanzlers sei die Sache erledigt, so können wir auch daran nichts ändern. Wir müssen uns damit begnügen, unsre Pflicht zu erfüllen.

Graf Posadowsky hat sich beklagt, als hätte ich ihn als den arbeiterfeindlichsten Mann der ganzen Erde und speciell Deutschlands hingestellt. Ich habe nichts weiter gethan, als eine Reihe seiner Handlungen zusammengestellt und aus unbestrittenen Thatsachen meine Schlüsse gezogen. Wenn das ein unangenehmes Bild gegeben hat, so soll er nicht den Spiegel verklagen. Der Spiegel ist ganz gut, nur das Bild taugt nichts! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Das gute Herz des Herrn Ministers in allen Ehren, aber es ist doch kein Maßstab. Herr v. Stumm hält sich ja auch für einen Arbeiterfreund. Wenn man aber die Arbeiter im Stummschen Betriebe, die die patriarchalischen Wohlthaten genießen, fragen wollte, und Herr v. Stumm verspräche dabei, auf seine socialen Machtmittel zu verzichten, so würden sie sicherlich die freie Ausübung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte den Wohlthaten vorziehen, die ja doch nur ein Tropfen aus dem Goldstrom sind, den sie erzeugen! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär ist eben auch ein Teil der Macht, die stets das Gute will und doch das Böse schafft! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär hat behauptet, ich verkennte seine staatsrechtliche Stellung und lege ihm persönlich zur Last, was Sache des Bundesrats sei. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, die sein Amt bietet, an das er mit voller Unbefangenheit des ostelbischen Granden herangetreten ist. Je mehr er sich in die Arbeit versenkt hat, desto mehr ist er von seinen haltlosen, anachronischen Auffassungen, die er zuerst hatte, zurückgekommen, die ganz übereinstimmten mit den arroganten Forderungen des Scharfmacherverbands. Gewiß mag er wiederholt versucht haben, an den Ketten zu rütteln! Ich spreche ihm meine Hochachtung für den Mut aus, mit dem er vor dem ganzen Lande erklärt, daß der Bundesrat es ist, der jeden Fortschritt in der socialen Gesetzgebung hindert! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Daraus ist aber nicht für uns der Schluß zu ziehen, daß unser Urteil über die von ihm vorgelegten Gesetzesvorlagen sich ändern müsse. Gewiß stammen die Vorlagen vom Bundesrat, aber ausgearbeitet werden sie im Reichsamt des Innern unter der Leitung des Staatssekretärs von Geheimräten, die ein Amt, aber keine Meinung haben. Geheimrat Werner hat mit einer Schneidigkeit, die mehr seiner früheren Thätigkeit als Staatsanwalt als seiner jetzigen entspricht, gegen die Meinungslosigkeit protestiert in einer Form, die eine schwere Ehrenkränkung für uns einschließt. Thatsächlich hat er als Geheimrat seine Meinung uns zu sagen, wenn er gefragt wird. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich glaube auch nicht, daß der Bundesrat die Vorlagen so verschlechtert hat, daß aus arbeiterfreundlichen arbeiterfeindliche geworden sind. Wenn der Herr Staatssekretär so arbeiterfreundlich und der Bundesrat ebenso arbeiterfeindlich ist, dann hätte er die Konsequenzen seiner Auffassung ziehen und längst zurücktreten müssen. Uebrigens hat er die gehässige Stimmung der Zuchthausvorlage so verteidigt, als wenn er der Urheber wäre.

Daß die **Zuchthausvorlage** gegen die Arbeiter gerichtet war, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Handlungen sollten durch sie unter Strafe gestellt werden, die nirgends als unmoralisch gelten. Ich muß dem Centrum überlassen, wie es sich mit dem Standpunkt abfinden will, den Herr Rintelen heute zum **Streikpostenstehen** eingenommen hat. Er hat es für einen Ausfluß des Terrorismus, des Streikzwangs erklärt. Er scheint diese Erklärung **nicht** für seine Person, sondern **für das Centrum abgegeben zu haben.** (Abg. **Hitze**: Nein.) Der **bekannte bischöfliche Erlaß** geht ja von denselben Gedanken aus wie Herr Rintelen. (Widerspruch im Centrum.) Im Namen der Religion wird den katholischen Arbeitern verboten, die Koalitionsfreiheit zu benutzen. (Widerspruch im Centrum.) Ja, warum verbieten denn die Bischöfe nicht den katholischen Unternehmern, sich zu koalieren? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Formal richtete sich die Zuchthausvorlage — darin hat Graf Posadowsky recht — gegen Arbeiter und Unternehmer. Aber getroffen würden nur die Arbeiter worden sein, denn der Agitationsboden ist für Unternehmer und Arbeiter doch ganz verschieden. Die Unternehmer brauchen keine Streikposten, keine öffentlichen Versammlungen usw. Und selbst wenn der Gedanke, den Graf Posadowsky so oft schon ins Treffen geführt hat, daß die Vorlage sich gegen Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig gewendet hätte, richtig wäre — ist nicht hier vom Regierungstisch das Wort gefallen: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe? Selbst wenn sich ein Staatsanwalt gefunden hätte, der auf Grund der Zuchthausvorlage einen Unternehmer verklagt hätte, glauben Sie, daß die Richter ihn verurteilt hätten? Die Fabrikinspektoren beklagen sich ja, daß Uebertretungen der Gewerbe-Ordnung gerichtlich mit so geringen Geldstrafen an den Unternehmern geahndet würden, daß die Strafen wie eine Prämie auf die Uebertretungen wirkten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch jetzt richtet sich § 153 der Gewerbe-Ordnung auch gegen die Unternehmer, aber Bebel hat s. Z. festgestellt, daß in 30 Jahren gerade ein Unternehmer zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Unter der Aera Posadowsky aber sind Arbeiter wegen Erpressung zu 6, 8, 9 Monaten, ja zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie zum Unternehmer gesagt haben: „Wir stellen die Arbeit ein, wenn nicht der Lohn erhöht wird." Ist einer unter Ihnen, der da glaubt, ein Unternehmer würde wegen Erpressung zu Gefängnis verurteilt werden, der da zu den Arbeitern sagt: „Von morgen ab zahle ich Euch nur so und soviel; wem's nicht paßt, kann gehen?" Wo die Gesetze gegen die Arbeiter nicht ausreichen, da wird durch Interpretation, Verordnungen und Richtersprüche nachgeholfen. Daß wir so weit schon gekommen sind, hat auch der frühere Reichsgerichtsrat Mittelstädt anerkannt.

Die Auslassungen des Staatssekretärs über die Koalitionen in Deutschland habe ich durchaus korrekt nach dem Stenogramm seiner Rede vom 18. Dezember 1897 wiedergegeben. Es handelte sich bei ihm um eine staatspolitische Auffassung, als er erklärte, in keinem Lande seien die Arbeiterkoalitionen weniger zuzulassen als in Deutschland mit seinem demokratischen Wahlrecht. Diese Auffassung entsprach ganz dem Polizeigeist, mit dem er sein Amt antrat. Seine heutige Auffassung, daß die Arbeiterkoalitionen einen ganz natürlichen Vorgang darstellten, steht mit seiner damaligen in schreiendstem Widerspruch. Seine Anschauungen haben sich eben im Laufe der Zeit umgemodelt.

Gegenüber den Enthüllungen des **Bueckbriefs** über die Vorgänge beim **russischen Handelsvertrag** hat der Staatssekretär erklärt, er habe darüber in seinem Amt nichts erfahren können. Den Vorgang selbst konnte er nicht in Abrede stellen, er ist uns ja dann auch von dem Herrn Abg. Möller-Duisburg bestätigt worden. Herr Hitze hat also kein Recht, von Renommistereien des Herrn Bueck zu sprechen, es handelt sich in der That um positive Thatsachen. Ich will auf die Sache selbst nicht weiter eingehen, jedenfalls ist durch die Erklärung des Grafen Posadowsky das **Reichsamt des Innern noch mehr kompromittiert.** (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Man kann daraus nur schließen, daß die Vorgänge sich entweder hinter dem Rücken des Herrn Staatssekretärs abgespielt haben, oder aber, daß das **Verhältnis zwischen Centralverband und Reichsamt des Innern** ein **so intimes** ist, daß die **Beamten gar nicht mehr feststellen können, was von dem einen und was von dem andren veranlaßt wird.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Graf Posadowsky meinte schließlich, es werde den Untergang des Reiches herbeiführen, wenn einmal einer seiner Nachfolger unsern Beifall finden würde. Freilich müßte dieser Nachfolger ganz anders handeln als Graf Posadowsky, wenn er unsren Beifall finden wollte. Im übrigen aber glaube ich auch nicht, daß das Deutsche Reich auf so schwachen Füßen steht, daß seine Existenz abhängig ist von der Frage, ob Graf Posadowsky Minister ist oder ein Mann, der sich dem Centralverband der Industriellen anders gegenüberstellt und es nicht für ein Unglück hält, wenn die Forderungen der deutschen Arbeiterklasse im Vordergrunde stehen. Mit solchen Prophezeiungen pflegt es gewöhnlich anders zu kommen als der Prophet meint. Ich erinnere nur daran, daß Friedrich Wilhelm IV. seiner Zeit sagte: „Zwischen mich und mein Volk soll sich nie ein Blatt Papier drängen" und nachher doch nicht umhin konnte, die Verfassung zu unterzeichnen. Auch erklärte er, daß er nicht die Krone aus Dreck und Letten annehmen werde, während dieselbe Krone später von Wilhelm I. mit Stolz getragen wurde. Der Staatssekretär sollte statt solcher Kassandrarufe lieber die Erklärung abgeben, daß solche Zustände, wie sie der Bueck-Brief aufgedeckt hat, künftighin im Reichsamt des Innern unmöglich sein würden. Herr Hitze meinte, wir könnten damit zufrieden sein, daß jetzt das Tischtuch zwischen dem Centralverband und der Regierung zerschnitten ist. Garantien dafür, daß diese Mißstimmung anhält, sind uns nicht gegeben und deshalb werden wir uns nicht davon abhalten lassen, die Schritte zu thun, die wir im Interesse der Arbeiterklasse für notwendig halten. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Zwick** (frs. Vp.):

Die Erhebungen über die gewerbliche Beschäftigung der Kinder haben ergeben, welche traurigen Verhältnisse auf diesem Gebiete herrschen. Besonders in der Hausindustrie müssen die Kinder oft 2 Stunden vor der Schule und dann noch abends bis 9, 10 Uhr arbeiten. Gegen solche Zustände muß unbedingt gesetzgeberisch vorgegangen werden.

Redner wünscht weiter Einschränkung der gewerblichen Thätigkeit verheirateter Frauen.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.):

Ganz kurz will ich nur die historischen Reminiscenzen des Herrn Abg. Fischer berühren. Friedrich Wilhelm IV. hat nur gemeint, daß sich durch die Verfassung sein Verhältnis zum Volke niemals trüben werde, und was die Ablehnung der Kaiserkrone anlangt, so sagte er sehr geistreich zu dem Bankier Heckscher, der sie ihm präsentierte, beschnittene Kronen pflegen Sie doch auch nicht anzunehmen. (Heiterkeit rechts.) — Was die Prophezeiung des Grafen Posadowsky anlangt, so glaube ich nicht, daß wir besser dabei fahren würden, wenn etwa Herr Bebel oder Herr Schoenlank an seiner Stelle sitzen würden. (Heiterkeit rechts.) Dann würde eben der Geist Schoenlanks walten, und das sagt jetzt noch mehr als der Geist des Herrn v. Stumm. Im übrigen brauche ich den Grafen Posadowsky nicht ausführlich zu verteidigen. Die große Mehrheit des Reichstags bringt ihm ihr volles Vertrauen entgegen (Lebhaftes Bravo! rechts) und wünscht ihm so viel Widerstandskraft, um derartigen Angriffen gegenüber sein Amt noch recht lange zum Segen nicht zum mindesten auch der deutschen Arbeiterschaft fortzuführen. (Bravo rechts.) Ein Gegensatz zwischen mir als Redacteur und Abgeordneter besteht nicht. Ich habe in meiner Zeitung nur darauf hingewiesen, daß, wenn die 12 000 Mark-Angelegenheit zu verurteilen wäre, dann noch vielmehr zu verurteilen wäre der Vorgang beim russischen Handelsvertrage, weil es sich damals um die Interessen großer Erwerbszweige handelte. Auf den **Fall Schoenlank** habe ich keinen Grund einzugehen. **Ich gebe den Herren** (zu den Socialdemokraten) **zu, daß Sie sich korrekt benommen haben,** kann aber nicht begreifen, daß ein Parteigenosse, der so wider die Fraktion sündigt, nicht in der üblichen Flugbewegung die Partei verlassen muß. (Heiterkeit

rechts.) Vielleicht geschieht das noch, das ist nicht unsre Sache. Ebenso wenig ist es unsre Sache, ob die Herren das blutige Duell nunmehr durch Ohrfeigen ersetzen wollen. Jedenfalls wird man, so lange Schoenlank per Fraktion angehört, annehmen müssen, daß Sie seine Handlungsweise nicht ganz verurteilen. (Sehr richtig! rechts.)

Redner verteidigt des weitern die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren. — Herr Bebel hat über die Bäckerei-Verordnung schon etwas verzichtend gesprochen. (Widerspruch des Abg. **Bebel**.) Nicht? Nun, dann habe ich mich getäuscht. Jedenfalls glaube ich aus der **Erklärung des Herrn Staatssekretärs entnehmen zu dürfen, daß dieses Schmerzenskind des Herrn Bebel die längste Zeit gelebt hat.** — Von dem Bundesrat hat ja der Herr Bebel eine sehr hohe Meinung gezeigt, ich meine aber, bei solch wichtigen Angelegenheiten muß die Stimme des Reichstags als der Volksvertretung gehört werden. Was würden Sie dazu sagen, wenn wir den Spieß umdrehen würden. Das fällt uns zwar nicht ein, denn wir sind viel konstitutioneller als Sie da drüben. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. In einer Bäckereigenossenschaft, deren Leiter Ihnen sehr nahe steht, wurden so skandalöse Zustände festgestellt, daß man zur Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten mußte. Ich erinnere auch daran, daß der Dresdener Konsumverein im letzten Jahr 800000 M. Dividende zahlte, aber ein Durchschnittslohn von 930 M. dort besteht. (Hört! hört! rechts.) Im übrigen bitte ich Sie, möglichst bald das Gehalt des Herrn Staatssekretärs des Reichsamt des Innern zu bewilligen. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Der Anregung des Herrn v. Salisch gegenüber kann ich erklären, daß ich die Frage der Entschädigung solcher tapferen Seeleute, die bei der Bergung von Schiffbrüchigen thätig gewesen sind, im Auge behalten werde. — Herr v. Kardorff hat meine **Erklärung über die Handelsverträge** nicht präcise genug gefunden. Ich konnte ihm aber nicht sagen, daß die Verträge rechtzeitig gekündigt werden würden, denn sie können auch uns gekündigt werden. In einer Frage, die auf das diplomatische Gebiet übergreift, kann man sich auch nicht so präcise ausdrücken, wie in einer innerpolitischen Frage.

Herr Fischer hat meine staatsrechtliche Auffassung über das Deutsche Reich und die verbündeten Regierungen bekämpft. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die verbündeten Regierungen es sind, die die Vorlagen einbringen und auf diesem ihrem Recht auch in Zukunft bestehen werden, weil sie die Absicht haben, im Deutschen Reich ein dauernder und erheblicher staatsrechtlicher Faktor zu bleiben. Ich gestehe offen, daß ich **mein Concept vom Bundesrat oft gründlich durchkorrigiert zurückbekomme.** Allerdings, wenn der Reichskanzler oder ein Staatssekretär ein vom Bundesrat vorgeschlagenes Gesetz verteidigt, dann übernimmt er selbstverständlich die Verantwortung dafür. Wenn aus jeder Aenderung, die der Bundesrat vornimmt, immer eine Kabinettsfrage gemacht würde, dann würde die Regierungszeit eines Chefs oder eines Staatssekretärs nicht so lange dauern, wie der Schnee im Winter. Wenn Mitglieder des Zollbeirats eine Broschüre veranlaßt haben, so kann mich doch nicht die Verantwortung dafür treffen, wenn ich heute nicht mehr feststellen kann, wer die Veranlassung zu dieser Broschüre gegeben hat. Ich habe allerdings erklärt, wenn ein Staatssekretär den Beifall des Herrn Fischer ungeteilt haben würde, so würde das eine Existenzfrage für das Deutsche Reich sein (Sehr richtig! rechts.) Ich begreife nicht, warum mir die Herren Socialdemokraten darin nicht zustimmen, denn die Socialdemokraten machen zu meinem Bedauern nie ein Hehl daraus, daß sie Anhänger der republikanischen Staatsform sind. Das ist ein schwerer Irrtum. Ich hoffe, die Herren werden zu der Ueberzeugung gelangen, daß es nicht von der äußeren Staatsform abhängt, daß den unteren Klassen ihr Recht wird, sondern von dem Geist, in dem die Monarchie geleitet wird (Sehr richtig! rechts). **Daß die preußische Monarchie so geleitet worden ist, daß den unteren Klassen ihr Recht wird, davon redet jede Seite der preußischen Geschichte.** (Bravo! rechts. Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Meine Erklärung war also ganz korrekt, so lange die Socialdemokratie, ich hoffe ja, sie bekehrt sich noch, ihre arbeiterfreundlichen Bestrebungen absolut verquickt mit ihrem Verlangen nach einer republikanischen Staatsform. Nach dem Wortlaut der Reichsverfassung ist es ganz unbestritten, daß das Deutsche Reich hervorgegangen ist aus dem Bunde der deutschen Fürsten. So bald im Deutschen Reich eine politische Richtung mit republikanischen Bestrebungen das Schwergewicht erhält, ist die Existenz des Deutschen Reichs damit nicht mehr vereinbar. (Bravo! rechts.)

Abg. **Rosenow** (Soc.):

Herr Dr. Oertel hat die Gewohnheit, in einer halben Stunde zwanzig verschiedene Dinge, natürlich nur sehr oberflächlich zu besprechen. So hat er heute gesprochen über den Fall Schoenlank, wie er ganz unberechtigterweise den Leipziger Konflikt getauft hat, die Bäckereiverordnung, Friedrich Wilhelm IV., die Arbeiter in Konsumvereinen und die Handelsverträge. Ich wundere mich nur, daß er nicht auch über den Untergang der Welt gesprochen hat. (Große Heiterkeit.) Für meinen Fraktionsgenossen Schoenlank habe ich zu erklären, daß **Schoenlank mit der Auseinandersetzung zwischen der Geschäftsleitung resp. den Leipziger Parteigenossen und den Buchdruckern nicht das allermindeste zu thun gehabt hat.** (Ah, Ah! rechts.) Er hat sich in die ganze Angelegenheit nicht eingemischt und ist der Auseinandersetzung völlig fremd gegenüber. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Von der Bäckerei-Verordnung hat Herr Oertel gemeint, es würde ihm leid thun, wenn er dabei nicht mehr der sein würde, der zuletzt lacht. Er glaubt also, daß die Bäckerei-Verordnung wieder aufgehoben werden würde. Damit hat er aber gegen seine eigne Fraktion gesprochen und ich wundere mich nur über die Zustimmung, die sie ihm gezollt hat, denn das Recht des Bundesrats, solche Verordnung zu erlassen, ist nicht bloß mit unsren Stimmen, sondern mit den Stimmen der Parteigenossen des Herrn Oertel geschaffen worden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Das Thema von der Ausbeutung der Arbeiter der Konsumvereine schenkt er sich niemals. Er sieht in allen bürgerlichen Betrieben nur Licht, in allen Arbeiterbetrieben nur Schatten und ebenso schenkt er uns niemals die absolut unrichtige Behauptung, daß die Konsumvereine socialdemokratische Betriebe seien. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir als Partei nichts mit den Konsumvereinen zu thun haben. Das Bestreben der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern, unterstützen wir auch, wenn es sich um Arbeiter handelt, die von Konsumvereinen beschäftigt werden. Thatsächlich werden aber die Angestellten von Konsumvereinen im Verhältnis besser bezahlt als die Angestellten in kapitalistischen Betrieben. Herr Oertel wundert sich über das geringe Durchschnittsgehalt von 930 M. Sehe er sich doch einmal die Zustände im Handelsgewerbe an. In Berlin werden Mädchen mit 20, 25 und 30 M. monatlich bezahlt. Im Durchschnitt werden durchaus nicht 930 M. jährlich verdient. Bei dem Durchschnitt handelt es sich nicht bloß um gelernte Arbeiter, um Lagerhalter, sondern auch um allerlei Hilfskräfte, um Mädchen, die nur mit Abwiegen beschäftigt sind. Und wie werden die Arbeiter in den Staatsbetrieben bezahlt, die Herr Oertel als freiwilliger Regierungskommissar doch kennen müßte! 2 M. bis 2,50 M. erhalten sie täglich. In Ihrem Wahlkreise, Herr Oertel, würden viele Arbeiterfamilien in der Hausindustrie froh sein, wenn sie ein Durchschnittseinkommen von 930 M. hätten. Sie müssen mit 450—500 M. jährlich sich durchschlagen. Damit harmoniert es ja durchaus, daß Sie für Verteuerung des Brotes und Fleisches eintreten. Damit möchte ich mich von Herrn Dr. Oertel abwenden.

(Abg. **Dr. Oertel**, der bisher zugehört hatte, wendet sich gleichfalls ab. — Heiterkeit.)

Ich freue mich, daß die statistische Kommission mit der Lage **des Personals an Comptoirs und Lagern**, die nicht mit offenen Handelsstätten in Verbindung stehen, befaßt werden soll. Ich bedaure, daß der Einfluß des Staatssekretärs nicht ausgereicht hat, daß diese Untersuchung auch ausgedehnt werde auf die Angestellten im Verkehrsgewerbe, den Schreibergehilfen bei Rechtsanwalten 2c. Redner schildert die Ausdehnung, die das Verkehrswesen der **Straßenbahnen** in den letzten Jahren gewonnen hat und beziffert die Zahl der Angestellten in diesen Betrieben auf 40000. Diese Arbeiter stehen sozusagen rechtlos einem ungeheurem mächtigen Unternehmerring gegenüber, dem es nur darauf ankommt, recht hohe Dividende zu zahlen. Von der Leipziger elektrischen Straßenbahn verdienen die Arbeiter monatlich 70—90 M. und hatten exorbitante Strafen zu zahlen. In Berlin betrug vor dem Ausbruch des Straßenbahnarbeitstreiks die Durchschnitts-Arbeitszeit 13—14 Stunden. Der Jahreslohn stand etwas über 1000 M. Im letzten Jahre haben sich die Arbeiter verschiedentlich aufgerafft und gestreikt. Aber beim Streik stand die Staatsgewalt stets auf seiten der Unternehmer. Beim Streik in Hannover setzte der preußische Eisenbahn-Unglücks-Minister Thielen die Verkehrsvorschriften außer kraft. Im Abgeordnetenhause drohte ein preußischer Minister mit Vorgehen gegen diejenigen Betriebe, die sich auf die Forderungen der Arbeiter einließen. Deshalb sollte man sich von Reichs wegen mit der Regelung der Verhältnisse der Verkehrsarbeiter beschäftigen, denen jetzt von den Unternehmern das Koalitionsrecht nicht nur in der Praxis, sondern gesetzlich streitig gemacht wird.

In einem Blatte für die Klein-Eisenbahnen- und Straßenbahnen-Gesellschaften hat jüngst ein Professor ein Gesetz verlangt, durch welches der Vertragsbruch im Verkehrgewerbe unter schwere Strafe gestellt und das Vereinigungsrecht der Arbeiter für Betriebe ausgeschlossen werden soll, auf die die Gewerbe-Ordnung unanwendbar ist. Es wird also die volle Rechtlosigkeit der Verkehrsarbeiter verlangt. Desto dringender wird die Untersuchung ihrer Lage von Reichs wegen.

Endlich ist noch die reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der Gehilfen bei Rechtsanwälten geboten. Notwendig ist hier ein gesetzlicher Maximalarbeitstag, Vorschriften über die Zulässigkeit der Beschäftigung jugendlicher Personen, Verbot der Sonntagsarbeit und sanitäre Vorschriften.

Die Verfügung des Staatssekretärs auf Grund des Artikels 8 der Gewerbe-Ordnung über die Sitzgelegenheit für das Verkaufspersonal in Geschäften hat viel Kritik hervorgerufen. Die Beschaffung einer ausreichenden Sitzgelegenheit würde nicht nur die Krankenkassen entlasten, sondern auch wirklich die Gesundheit der Angestellten fördern. Es müßte aber auch bestimmt werden, wie viel Sitze zum mindesten angeschafft werden müssen, sonst hat die Verordnung keinen Wert. Was den Neunuhr-Ladenschluß anlangt, so liegen vor allem Klagen der Apotheker vor, die ebenfalls Einbeziehen in den Neunuhr-Ladenschluß verlangen. Besonders in den kleineren Städten haben die Apotheken sehr lange auf und die gesetzliche Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Angestellten dieses Berufs ist daher dringend geboten. Desgleichen verlangen die Barbier- und Friseurgehilfen gesetzliche Einführung des Neunuhr-Ladenschlusses. Diese haben in sehr schlechter Luft zu arbeiten, 80 Proz. der angemeldeten Krankenfälle sind auf Lungenkrankheit zurückzuführen und außerdem haben diese Angestellten auch jeden Sonntag bis 2 Uhr zu arbeiten. — Auf den Arbeiterschutz auf der Pariser Weltausstellung will ich nicht näher eingehen. Jedenfalls hat mein Parteigenosse Legien, der die Ausstellung besucht hat, festgestellt, daß dort vielfach irrtümliche Angaben über die in Deutschland bestehenden Verhältnisse zu finden waren. — Was das Tempo der Socialreform anlangt, so können wir im Interesse der Arbeiterschaft nur immer wieder eine möglichste Beschleunigung desselben wünschen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Rösicke**-Dessau (wildlib.): Herr v. Kardorff meinte, ich hätte ihn gestern einen Petrefakt genannt und bezeichnete mich demgegenüber als Molluske. Ich habe den Ausdruck Petrefakt nicht gebraucht, wenn Herr v. Kardorff aber den Unterschied von Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit in der Socialpolitik zwischen uns mit dieser Gegenüberstellung hervorheben wollte, so habe ich meinerseits dagegen nichts einzuwenden. (Abg. **v. Kardorff**: Na, dann ist's ja gut); (Große Heiterkeit.)

Abg. **Hitze** (C.): In der Frage des **Streikpostenstehens** hat Herr Rintelen nur für seine Person gesprochen. Die Stellung des Centrums in dieser Angelegenheit ergiebt sich aus der einmütigen Ablehnung der Zuchthausvorlage seitens des Centrums.

Abg. **Rintelen** (C.): Gewiß habe ich nur für meine Person gesprochen, aber auch Herr Hitze hat heute nur für seine Person gesprochen . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Das war nicht mehr persönlich. (Heiterkeit.)

Abg. **Hitze** (C.): Ich habe nicht gesagt, daß ich in diesem Augenblick, wo ich Herrn Rintelen entgegentrat, mehr als für meine Person gesprochen habe, sondern ich habe mich auf eine offizielle Stellungnahme meiner Fraktion bezogen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des **Reichsamt des Innern.**) Schluß 5¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 17. Januar, 2 Uhr.

Präsident **v. Kröcher**

eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses von dem Präsidium zur 200jährigen Feier des Bestehens des Königreichs entgegengenommen habe und dem Hause danke. **Der Kaiser habe hinzugefügt, daß er sich sehr wohl dessen bewußt sei, daß die preußischen Könige das Königreich nicht zu der Blüte hätten bringen können, wenn sie nicht ein so vortreffliches Volk hinter sich gehabt hätten,** das **Offiziere** und **Soldaten** wie überhaupt **alle Beamten in kaum zu übertreffender Vorzüglichkeit** geliefert habe. Wir, die Vertreter des deutschen Volks wollen alles daran setzen, das Königreich Preußen auf seiner geschichtlichen Höhe zu erhalten und wir bekräftigen das am besten mit dem Rufe: Seine Majestät der König, er lebe hoch, hoch, hoch!

Die Abgeordneten hatten sich während der Ansprache des Präsidenten von ihren Sitzen erhoben und stimmen dreimal in den Ruf ein.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Am Ministertisch sind anwesend: Minister der Eisenbahnen **von Thielen** und Kommissare.

Zur Beratung steht die Interpellation wegen des Offenbacher Eisenbahnunglücks.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. **Funck**-Frankfurt a. M. (frs. Vp.):

Er giebt einleitend eine Schilderung der bekannten Vorgänge. Der Minister habe erklärt, daß einem Beamten eine Schuld nicht treffe. Wenn er auch die Empfindung habe, daß dies zutreffe, so sei es doch vielleicht nicht richtig gewesen, eine solche Erklärung vor der gerichtlichen Untersuchung abzugeben. Redner fährt dann fort: Es ist lange nicht ein so großes Eisenbahnunglück passiert und der Vorfall hat große Erregung hervorgerufen. In der hessischen Kammer ist die Affaire besprochen worden. Allgemein ging die Meinung dort dahin, daß wenn auch keine persönliche Schuld festzustellen ist, doch das System schuld an dem Unglück hat. Die Verhältnisse des Offenbacher Bahnhofs sind schlecht und räumlich ungenügend. Für die Blockstation ist nur ein einziger Mann angestellt, das erscheint zu wenig bei dem riesigen Zugverkehr, der in Offenbach herrscht. In der hessischen Kammer hat deshalb die Aeußerung des Herrn Ministers Thielen, daß force majeure vorliege, eine gewisse Erbitterung hervorgerufen. Es sind Stimmen laut geworden, die befürchteten, die Regierung wolle sich mit der force majeure den materiellen Entschädigungsverpflichtungen entziehen. Viel ist gegen die D-Wagen gesagt worden. Ich verwerfe die D-Wagen nicht grundsätzlich. Die starkgebauten D-Wagen halten einen starken Anprall leichter aus als die leichter gebauten. Eine Frage ist, ob nicht eine Asbestbekleidung die Brandgefahr verringern könnte, ob nicht mehr Thüren angebracht werden sollten. Aber es kommen ja nicht bloß die D-Wagen in Betracht, die Wagen vierter Klasse, die, was die Thüren anlangt, ähnlich wie die D-Wagen, nur viel leichter gebaut sind, bergen eine noch größere Gefahr in sich, schon wegen der vielen Personen, die gewöhnlich in einem Wagen sich befinden. Wichtig ist auch die Beleuchtungsfrage. So lange Gas angewandt wird, bleibt die Explosionsgefahr bestehen. Warum wird nicht elektrisches Licht in größerem Umfange angewandt? Die Kurzschlußgefahr ist geringer wie diejenige einer Gasexplosion.

Die Sache kostet 35—40 Millionen, wenn man die Gasbeleuchtung durch elektrische ersetzen will, und diese Ausgabe scheint man zu scheuen. Ein weiterer Punkt, der ins Auge gefaßt werden muß, sind die Vorsignale; diese sind bisher nur bei der Einfahrt in die Bahnhöfe, nicht auf den Blockstationen, und man hat gesagt, sie auch hier einzuführen, geht zu weit. Von den Lokomotivführern werden aber die Vorsignale verlangt und diese sind doch die nächsten zu, sie führen den Zug mit eigner Verantwortlichkeit.

Nun zur materiellen Seite der Affaire. Auf der Blockstation war tagsüber nur ein einziger Wärter angestellt. Mit diesem Sparsystem muß gebrochen werden. (Sehr richtig!) Am Personal darf am wenigsten geknausert werden. Das Sparsystem spielt bei unsrem Eisenbahnsystem eine zu große Rolle. Wie viele solcher Unglücksfälle bedarf es noch, ehe man die Folgerungen aus dieser Erkenntnis zieht? Der Worte sind genug gewechselt: Laßt uns endlich Thaten sehen! (Beifall.)

Minister **v. Thielen**:

Auch ich bin schwer über die Grausigkeit des Unfalls hinweggekommen und habe mich sofort gefragt, welche Lehren aus ihm zu ziehen sind. Sofort hat auch das Reichs-Eisenbahnamt an sämtliche Eisenbahnverwaltungen die Aufforderung gerichtet, sich über diese Lehren und die Verhütung solcher Mißstände zu äußern. Demnächst wird eine Konferenz der Vertreter der einzelstaatlichen Bahnverwaltungen zusammentreten. Unsrer Verwaltung wird Fiskalität vorgeworfen. Gerade auf dem Gebiet der Betriebssicherheit wenden wir keine Sparsamkeit an. Das wäre auch das Gegenteil der Tugend Sparsamkeit. Auf mir lastet die Arbeitsbürde lange nicht so, wie das Gefühl der Verantwortung, das ich für sechs Millionen Menschen habe, die täglich von den über 26000 Zügen der Staatsbahn befördert werden. Ich bin kein auf Tantiemen gestellter Betriebsdirektor und weiß, daß falsch geübte Sparsamkeit Verschwendung ist. Die Betriebssicherheit ist fortgesetzt erhöht worden, der Unter- und Oberbau ist verstärkt, die Signalvorrichtungen, Weichenstellungen sind ausgebildet. Die elektrische Blockinstanz ist bis jetzt für den allgemeinen Betrieb nicht verwendbar. Ich wollte unsre Verantwortung keineswegs ablehnen, am allerwenigsten die civilrechtliche für den Schaden. Ein einziger Mann auf einer Station kann die Gedanken viel leichter zusammenhalten als wenn er mit einem zweiten sich unterhält. Verläßt der Blockwärter den Block wegen eines anderen Dienstgeschäftes, so ist das schlimmste, was passiren kann, daß die Züge vor dem Block halten müssen; herein können sie nicht, es kann also auch kein Unglück passiren. Die Vorsignale werden gewünscht. Sie werden heute den Blocksignalen vorgezogen. Der Bundesrat aber war anderer Meinung und hat sie uns z. Zt. absichtlich nicht vorgeschrieben. Auch ich habe die Frage erwogen und ich theile die Bedenken gegen die Vorsignale.

Bei den Wagen bedarf es einer eingehenden Abwägung ihrer Vorzüge und Nachteile, ehe man sie verdammt. Der D-Wagen bietet eine weit größere Sicherheit als die andren Wagen. Gerade das Offenbacher Unglück hat die starke Widerstandskraft der D-Wagen gezeigt. Der zweite Wagen war überhaupt intakt geblieben. Unser Beleuchtungsgemisch aus Acetylen und Fettgas ist unter keinen Umständen explosibel.

Auf Antrag des Abg. Sänger (Hosp. der freis. Vp.) beschließt das Haus eine Besprechung der Interpellation.

Abg. **Sänger** (Hosp. der freis. Vp.):

In den Darlegungen des Ministers habe ich etwas über die Maschine vermißt, die vor dem D-Zug hergefahren ist. Diese hat sich auf dem Bahnhof Offenbach 15 Minuten aufgehalten. In Offenbach soll, während man den D-Zug erwartete, ein Güterzug rangiert worden sein. Der Offenbacher Bahnhof ist dazu zu klein und diese Kleinheit ist die Schuld des Unglücks. Bei dem chronischen Nebel empfiehlt sich das Vorsignal auf der Blockstation. Der Minister meinte, die Schnelligkeit der Züge sei es, die die Gefahren vermehre. Das mag sein, bei dem Offenbacher Unglück kam die Schnelligkeit nicht in Frage. Ich bin ein Anhänger der Staats-Eisenbahnen, aber gerade deshalb wünsche ich ihre Verbesserung und bin gegen das übertriebene Sparsystem. Wir ernten jetzt in den Unglücksfällen die Früchte unsrer früheren Fiskalität. Beschwert hat sich ein Teil der verwundeten Reisenden, daß man sich um sie gar nicht bekümmert hat und sie in der Nacht ziemlich unfreundlich herumgeschickt hat. Das Unglück von Offenbach schreibt sich auf das Konto der Plusmacherei und des Profithungers, das seit Jahren in der preußischen Centralleitung unsrer Eisenbahnen herrscht. Damit muß gebrochen werden, sollen solche Unglücksfälle nicht wiederkehren. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird vertagt. Nächste Sitzung Montag, den 21. Januar — der Sonnabend soll mit Rücksicht auf die Budgetkommission frei bleiben — 11 Uhr (Rechnungssachen, zweite Lesung des Etats: Kleinere Etats, Forstetat).

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission setzte am Donnerstag die Beratung über den **Reichs-Eisenbahn-Etat** und zwar über die Ausgaben fort. Zuerst gab es eine Debatte über die baulichen Veränderungen, die in Straßburg durch Beseitigung von Niveauübergängen nötig waren. Die Redner, die Elsässer Hauß und Preuß, Müller-Sagan (frs. Vp.), Singer (Soc.) und Prinz Arenberg (C.) sprachen sich für die Beseitigung der Verkehrsstörungen im öffentlichen Interesse durch die Bahnverwaltung aus, während die Reichs-Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt steht, daß die Kosten der Einrichtungen, die wesentlichen den Städten zu gute kämen, durch Zuschüsse von den Gemeinden gedeckt werden müssen. Singer vertrat namentlich die Ansicht, daß der fiskalische Standpunkt, den die Eisenbahnverwaltung einnimmt, aufgegeben werden müsse. Die notwendige Beseitigung der Niveau-Uebergänge im Interesse des Publikums müsse so hergestellt werden, daß die Stadt davon keinen Schaden habe. Man könne auch in Rücksicht auf die Bahnverwaltungen von Forderungen Abstand nahmen, die in Bezug auf die Bequemlichkeit der Bewohner notwendig erscheinen.

Dann wandte sich die Diskussion zu dem Kapitel, in dem die Gehälter der Beamten der Reichs-Eisenbahn festgesetzt werden. Bei dieser Gelegenheit wollte beim entsprechenden Titel Abg. Müller-Sagan über Petitionen referieren. Aus diesem Anlaß wurde auf die Verhandlungen zurückgegriffen, die vor einigen Jahren wegen des Verhaltens des Reichs-Eisenbahnamts gegen die petitionierenden Beamten geführt worden sind. Das Reichs-Eisenbahnamt hatte damals nach Kenntnisnahme der von seinen Beamten an den Reichstag gesandten Petitionen eine Anzahl Beamter deswegen gemaßregelt. In einer lang ausgedehnten Diskussion wurde namentlich von Singer, Bebel und Müller-Sagan im Interesse des Petitionsrechts der Beamten betont, daß man zwar von dem Inhalt der Petitionen der Regierung Kenntnis geben, aber die Namen der Petenten nicht ausliefern dürfe. Die eingegangenen Petitionen wurden als Eigentum des Reichstags bezeichnet und die Forderung der Regierung, auch von den Namen der Petenten Kenntnis zu bekommen, als unzulässig hingestellt. Der Regierungsvertreter Geheimrat Höckner, forderte als Recht der Regierung, auch von den Namen Kenntnis zu bekommen, weil die Verwaltung nicht darauf verzichten könnte, gegen die Beamten, die in ihren

Petitionen an den Reichstag Angriffe gegen die Regierung erhöben, disciplinarisch vorzugehen. Auf Vorschlag Singers wurde dann angenommen, den Referenten zu überlassen, die Regierungsvertreter durch Eröffnung über den sachlichen Inhalt der Petitionen in die Lage zu bringen, sich sachlich darüber zu äußern, dagegen von einer Uebergabe der Petitionen im Wortlaut mit den Namensunterschriften Abstand zu nehmen. Nächste Sitzung am Dienstag vormittag.

Die Kommission für die Vorberatung des Gesetzentwurfs über das Urheberrecht begann am Donnerstag ihre Beratungen und erledigte unter Verzicht auf eine Generaldebatte die ersten neun Paragraphen der Vorlage. Eine längere Debatte entspann sich über § 9, der die Umstände regelt, unter denen einem Verleger Aenderungen an dem ihm übergebenen Manuskripte des Autors erlaubt sein sollen.

Partei-Nachrichten.

Parteiorganisation. Im Wahlverein des 12. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Leipzig-Stadt) beschloß die Generalversammlung, den noch nicht gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen zu empfehlen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es sollen zu Vertrauensämtern solche Genossen berufen werden, die auch gewerkschaftlich organisiert sind.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung des Kriegervereins wurde der Redacteur des „Volksblatts für Anhalt", Genosse Günther in Dessau, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Dasselbe Urteil war in dieser Sache schon einmal gefällt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil wieder aufgehoben, weil die Verurteilung aus § 186 (Behauptung einer unwahren Thatsache) erfolgt war, nach Lage der Sache aber die Aeußerung des Angeklagten, der Kriegerverein habe „mit frecher Stirn das Gesetz übertreten" nur als Beleidigung aus § 185 (einfache Beschimpfung) eintreten könne. Die Strafkammer, die wiederholt über den Fall verhandelte, kam auch bei der Beurteilung aus § 185 zu demselben Urteil.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbands, die gestern abend vollzählig in der Brauerei Friedrichshain versammelt waren, nahmen die vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Einigungsbedingungen, nachdem Glocke dieselben empfohlen hatte, ohne jede Debatte fast einstimmig an. Nur einzelne Hände erhoben sich dagegen. Damit ist der durch die Maßnahmen der Innung hervorgerufene Konflikt nunmehr beendet.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter der Panther-Fahrradwerke zu Magdeburg sind ausständig. Am vergangenen Sonnabend wurden 35 Mann angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Die übrigen Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung der Entlassenen und erklärten sich bereit, kürzere Zeit zu arbeiten. Dies Anerbieten wurde abgeschlagen; es handelte sich eben um eine Maßregelung, nicht um Arbeitsmangel, die 35 Entlassenen sind durchweg gewerkschaftlich organisierte, zum Teil hervorragend thätige Leute. Die Direktion lehnte jede Unterhandlung schroff ab, worauf die Arbeiter in geheimer Abstimmung mit 173 gegen 29 Stimmen beschlossen, am Dienstag früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Der Beschluß ist ausgeführt worden und die Direktion bemüht sich nun, durch Inserate Arbeitswillige heranzuziehen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Streikklausel. Der Arbeitgeberverband des Baugewerbes hatte sich auch an das sächsische Kriegsministerium gewandt, um die Einführung der Streikklausel bei den von dieser Behörde zur Ausführung gelangenden Bauten zu erlangen. Das sächsische Kriegsministerium hat nun zwar abgelehnt, die Streikklausel allgemein einzuführen, da das nicht „im staatlichen Interesse liegt", aber im übrigen können die Unternehmer mit der ministeriellen Antwort wohl zufrieden sein. Es heißt dort u. a., daß mit Rücksicht auf die „schwierige Lage", in der sich das Baugewerbe „insbesondere auch beim Eintritt von Arbeitseinstellungen befindet, schon bisher in allen den Fällen, wo infolge von Streiks Verzögerungen in der Fertigstellung von Bauausführungen in Aussicht standen, den Ausführenden in thunlichster Weise entgegengekommen worden ist.

Dieses Entgegenkommen soll, wenn erforderlich und falls die Verhältnisse es gestatten, auch in Zukunft beibehalten werden."

Mein Liebchen, was willst du noch mehr! Allgemein, als Princip wird zwar die Streikklausel nicht eingeführt, dafür aber in jedem einzelnen Fall angewandt.

Die christlichen Arbeiterfreunde. In Rees a. Rh. sind von den christlichen Fabrikanten eine Anzahl Mitglieder des christlichen Cigarren- und Tabakarbeiter-Verbands wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemaßregelt worden.

Der Kampf zwischen den christlichen Unternehmern und den christlichen Gewerkschaften nimmt überhaupt einen erbitterten Charakter an.

Dies beweist der „Christliche Textilarbeiter", Organ des Centralverbands der christlichen Textilarbeiter. Derselbe schreibt am Schlusse eines Artikels, in dem das Vorgehen der christlichen Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter scharf gegeißelt wird:

„Oder entspricht es etwa der Devise: „Für Wahrheit, Recht und Freiheit", wenn man in seinem Blatt für wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstands, überhaupt für Arbeiterrechte eintritt, aber sein eignes Geschäft als das Kräutchen Rühr mich nicht an betrachtet? Ein ehrlicher Gegner ist den Arbeitern denn doch lieber, als solche „guten Freunde"."

In Bocholt in Westfalen beantragten verschiedene Arbeitervereine die Errichtung eines Gewerbegerichts. Die Behörde war für den Antrag, dagegen stemmten sich aber die Bocholter Unternehmer, welche durchweg Centrumsanhänger sind.

Bissig schreibt dazu das christliche Blatt:

„Zu welcher politischen Partei sich die Herren Wehl und Kommerzienrat Herding bekennen, wissen wir nicht, glauben aber, daß der letztere den Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit zurückweisen würde. Weshalb erklärte sich derselbe dann aber gegen die Errichtung eines Instituts, durch welches es den Arbeitern leichter gemacht wird, ihr Recht und weiter nichts zu erhalten? — Die Herren Hölscher, ten Hompel und Beckmann sind als „Centrumsgrößen" in Bocholt bekannt und dennoch — — — — —. Der letztgenannte Herr ist sogar lange Jahre Reichstags-Abgeordneter und Mitglied der Centrumsfraktion gewesen, er war noch Abgeordneter in den Jahren 1889/90, als das heutige Gewerbegerichts-Gesetz im Reichstage beraten wurde und zu stande kam. Das Centrum hat für das Gesetz gestimmt — ob Herr Beckmann damals in Berlin anwesend war, wissen wir nicht — das Centrum ist seitdem mehrfach für die Verbesserung des Gesetzes und möglichste Verbreiterung der Gewerbegerichte eingetreten, auf allen Katholikenversammlungen werden Resolutionen zu Gunsten der Gewerbegerichte, unter Anerkennung ihrer Thätigkeit gefaßt und hier, wo die schönen Worte in die That umgesetzt werden sollen, erklären sich die Herrschaften dagegen ... Wissen diese Herrschaften vielleicht, was man in Arbeiterkreisen von ihnen denkt und spricht? Wir wollen es ihnen in höflicher Form verraten; man sagt: Ja, die sind eben nur so lange Centrum ꝛc., als es sich nicht in der Praxis um die Förderung der Arbeiterrechte handelt; kommt es so weit, daß ihre Macht ein wenig in Gefahr ist, oder gar noch etwas mehr, dann hört eben alles auf, dann ist Theorie und Praxis zweierlei."

Aus all diesem geht hervor, daß an eine Einigung fast nicht mehr zu denken ist. Es ist traurig für das Centrum, daß es sich von den eignen Anhängern seine Heuchelei vorhalten lassen muß.

Der Verband deutscher Lederhandschuh-Fabrikanten hat 317 Halberstädter Handschuharbeiter, die von den Unternehmern ausgesperrt sind, auf die schwarze Liste gesetzt.

Ausland.

Lohnbewegung in der Kopenhagener Schuhwaren-Industrie. Im Herbst vorigen Jahrs kündigte der „Dänische Schuhmacher-Verband" den im Jahre 1896 eingegangenen Tarif. Die Kündigungsfrist währte bis zum 15. Januar d. J. Durch die Verhandlungen, die in der Zwischenzeit zwischen den Vertretern des Verbands und der Fabrikantenvereinigung stattfanden, war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Der Schuhmacher-Verband hat die Sache dem geschäftsführenden Ausschuß der „Centralisierten Gewerkschaftsverbände" unterbreitet und dieser hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß des „Dänischen Arbeitgeber-Verbands", an der auch die Vertreter der beiden Parteien teilnahmen, beschlossen, daß die Arbeit nach acht Tagen zu den alten Bedingungen fortgesetzt wird, um der „Fabrikanten-Vereinigung" und dem „Schuhmacher-Verband" nochmals Gelegenheit zu geben, sich, wenn möglich, über die zukünftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Fachs zu einigen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im Schulrat. Der dritte Schulrat des VII. Bezirks in Budapest ergänzte sich anläßlich seiner jüngsten Ausschuß-Sitzung mit einer aus 12 Mitgliedern bestehenden Frauenkommission, deren Aufgabe hauptsächlich die Aufsicht über die dem Schulrat unterstehenden Kindergärten sein wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7–9 Uhr abends statt.

F. Sch. Wien. Mit verdünntem Talakksaft begießen.

P. F. Nach dem vom Tarifamt herausgegebenen Tarif nebst Kommentar besteht ein Beschluß des Tarif-Ausschusses vom 15. Mai 1899, der für 2–3stündige Ueberzeit-Arbeit eine Viertelstunde Pause, bei mehr als 3stündiger Ueberzeit-Arbeit eine halbe Stunde Pause gewährt. Sie finden den Passus auf Seite 105 der oben angegebenen Quelle.

Schröder. Das Niederwald-Denkmal ist am 28. September 1883 enthüllt worden. Der Bazarbrand in Paris war am 4. Mai 1897. Feldmarschall v. Blumenthal starb am 22. Dezember 1900.

E. F., Lübeckerstr. 24. 1. Leider steht Ihrer Mutter ein Anspruch auf Pension nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu. 2. Falls die erforderliche Anzahl Marken geklebt ist, steht der Frau ein Anspruch auf Alterörente zu. Sprechen Sie gelegentlich mit den Quittungskarten in der juristischen Sprechstunde vor. — **K. 32.** 1. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. 2. Ihr Wahlrecht ist Ihnen geblieben, weil ja die Krankenhauspflege länger als ein Jahr zurückliegt. Bezahlt hat die Stadt und wird nichts erstattet verlangen. — **A. B. 200.** Sie mußten sich — spätestens in diesem Monat — an die Kreis-Ersatzkommission wenden. — **Zwei Wetteube 1201.** Darüber besteht kein Gesetz: damals hatte er eine Decke. — **S. R. 27.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — **R. 100.** Nach Ihrer Darlegung ist der mündliche Vertrag gültig und könnten Sie auf Einräumung der Wohnung oder auf Schadenersatz klagen. — **A. I.** Leider ist uns das nicht möglich. — **Wedding 100.** Sprechen Sie mit den etwa in Ihren Händen befindlichen Papieren, welche sich auf die Angelegenheit beziehen, in der juristischen Sprechstunde vor. — **B. F.** Beide, strafbar wäre freilich nur der Arbeitgeber. — **Wiesenstraße.** 1. Ja. 2. Nein, eventuell müßte er doppelt zahlen. — **F. R. 31.** 1. Das ist uns nicht bekannt. 2. Die Ehefrau haftet nicht für die Schulden des Ehemanns. Werden ihre Sachen dennoch gepfändet, so würde die Ehefrau die Interventionsklage erheben und den Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung stellen können. 3. Ja. — **R. 86.** — **A. E.** An den Magistrat, Rathaus. — **F. R. 10.** Soweit ersichtlich, liegt keine strafbare Handlung Ihrerseits und außerdem Verjährung vor, wenn das Strafmandat von der Polizei, nicht vom Gericht, erlassen ist. — **F. K. 30.** 1. Nein. Ein Sachse, der die Aufnahme in den preußischen Staatsverband erlangt hat, bleibt Sachse, falls er nicht aus dem sächsischen Staatsverband austritt. Er ist also gleichzeitig Sachse und Preuße. 2. Der Antrag ist an den Regierungspräsidenten zu Potsdam zu richten. 3. Vom vollendeten 24. Lebensjahre ab. — **H. R.** 1. Ja, gegen den Verbrecher müßte Klage erhoben werden. 2. Nein. 3. Ja. 4. Nein. — **C. Z.** 1. Ihre Forderung wäre nicht verjährt. 2. Nein. — **H. K. 200.** Ihr Lehrvertrag ist für Sie nicht bindend.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 18. Januar.

Opernhaus. Fest-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Aus eignem Recht. Anfang 7½ Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Hohenzollern-Festspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Prinz Friedrich von Homburg. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Alessandro Stradella. Anf. 7½ Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Schiller. Die Maschinenbauer. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Obersteiger. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Brautschau des Kronprinzen. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Margarine und Comp. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Mittelmeerfahrten". Im Hörsaal: „Die Nahrungsstoffe des Menschen". Prof. Müller.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Urania ✻ ✻
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Freitagabend 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Im Hörsaal:
Prof. **Müller:** „Die Nahrungsstoffe des Menschen."
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5–10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung!
Die „Trinklust" der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal.
Damenkapelle Zarina.
Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung ✻ ✻
v. 3 Uhr nachm. b. 11 Uhr nachts
The two Cirnocs
Die Ueberwinder Houdinis.
Ravizetta d'Aragon
Der Herr von Maxim
17 erstklassige Specialitäten 17
Eintritt einschliesslich Panopticum 50 Pf.

Central-Theater.
Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Burleske Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagnachm. 3 Uhr zu halb. Preisen:
Die Geisha. — Abends 7½ Uhr:
Die Schöne von New York.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Posse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von A. Weirauch. Musik von A. Lang.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Freiwild.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Glück im Winkel

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich ½9 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsposse.
Das sensat. Debut der American Zouaven
und das vollständig neue Januar-Specialitäten-Programm.
Anfang ½8 Uhr,
der „Tollen Nacht" ½9 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Sonnabend, 19. Januar:
Zweiter grosser Metropol-Theater-Ball.

Apollo-Theater.
Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Helene Gérard • Rachettas Minstrels parisiens
Salambos • Miss Zella
Quartett Légay • Rob. Steidl
Messters Kosmograph: Chinabilder.
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt.
Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage
Amor von Heute.
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen zum 50. Male: **Amor von Heute.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Wegen plötzlicher Erkrankung der Frau Pauli kann die angekündigte Vorstell. „Die Anne-Lise" nicht stattfind., dafür
Der Brandstifter.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise:
Tausend und eine Nacht.
Sonntag: **Die Anne-Lise.**

Passage-Panopticum
und Theater.
Neu! Die Neu!
12 unverbrennbaren Fakire
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabonden.

Cirkus Busch
Freitag, den 18. Januar 1901, abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Fest-Abend.
Huldigungs-Akt in 4 Bildern.
Außerdem: Europäische Kavallerien, große Quadrille auf 16 Schulpferden. Auftr. der neu engagierten Künstler und Künstlerinnen. Zum Schluß:
Zum 51. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Eine veritable Falkenjagd und Der feenhafte Goldakt mit der Wunderfontaine.
Sonntag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien", wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.

Sonntag ½1 Uhr Schlesische Brücke Strandschloß Müggelsee. (Schlittschuhe mitbringen. [11/3

Cirkus Schumann.
Heute Freitag, den 18. Januar 1901, abends präcise 7½ Uhr:
✻✻ Große außerordentliche Gala-Fest-Vorstellung. ✻✻
Gala-Parforce-Programm. Revue des gesamten Personals. Auftreten sämtlicher neu engagierten Specialitäten. Vorführung der anerkannt unerreicht dastehenden Schul- und Freiheits-Dressuren des Dir. Albert Schumann.
Zum Schluß zum 118. Male das mit so kolossalem Beifall aufgenommene größte Manegen- und Wasserschaustück der Gegenwart:
600 Mitwirkende. **China.** 2 Musik-Corps.
Der Saison-Schlager. Sämtl. neuen Einlagen. Verwend. d. ganzen Marstalls.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. Nachm. zum 8. Male die neu einstudierte Kinderpantomime: Goliath und David. Nachmittags ein Kind frei. — Abends 7½ Uhr zum 120. Male: China.

Metropol-Theater
Behren-Strasse 55/57.
Sonnabend, den 19. Januar 1901
Zweiter gr. Metropol-Theater-Ball.
4 Musikkapellen.
Vorzügliche Weine. Exquisite Küche.
Anfang 11 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Alles Nähere besagen die Plakate.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale Januar-Programm!
9 Uhr: Neu! 9 Uhr:
Eine tolle Nacht!
Posse mit Gesang in 2 Akten von Anno. Bloch, Posamnist: Dir. Rich. Winkler.
Cécil St. Germain und Mlle. Therese.
Neu! Im Reich der Illusion! Neu!
The 3 Hanlons, staunenerregende Kraft-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern I. Rangs.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
Entree 50 Pf.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Weihnachten in China.
Nur noch kurze Zeit.
Anfang 8 Uhr.
Militär-Konzert

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Mühlhausen.
Geld-Lotterie
Ziehung schon 25. Januar.
Hauptgew. 100 000 Mk. bar.
Original-Lose à 3,30 Mk.
empfiehlt die Glückskollekte
J. Rosenberg
51 Kommandanten-Strasse 51.
Porto u. Liste 30 Pf. extra.

Achtung! 6. Wahlkreis! Achtung!

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 20. Januar, abends 5½ Uhr, bei Mierke, Schönhauser Allee 101/102:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten **Adolf Hoffmann: Auf was wir stolz sind?** 2. Diskussion. [219/2

Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein.**

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Central-Verband der Elektromonteure u. Berufsg.

Deutschlands (Sektion Berlin).

Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9½ Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses", Engel-Ufer 15:

General-Versammlung. [58/1

Tages-Ordnung: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der Revisoren. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.** J. V.: Reichardt.

Verband des technisch. Bühnen-Personals

Sonnabend, den 19. Januar, abends 11 Uhr, **Neue Roßstr. 3:**

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Streik im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. [190/1

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29 Hamburg). **Filiale Berlin 5.**

Sonnabend, den 19. Januar, abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

2129b] **Die Ortsverwaltung.**

Verband der im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Montag, den 21. Januar, abends präc. 8 Uhr, **in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20 (großer Saal):**

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstands vom Jahre 1900. 2. Bericht über den Arbeitsnachweis. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 4. Neuwahl des Filial-Vorstands. 5. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitglieds, zu erscheinen.

In dieser Versammlung findet die Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest statt. Außerdem können diejenigen, welche noch nicht im Besitze der Lokalfondskarten sind, dieselben in Empfang nehmen.

225/1] **Der Vorstand.**

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend

(Vertrauensmänner-Centralisation).

Freitag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, bei L. Keller (kl. Saal), Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstands, Kassierers und der Agitations-Kommission. 2. Der Spruch des Einigungsamts. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. [186/3*] **Der Vorstand.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr, **bei Cohn, Beuthstraße Nr. 20, I. (großer Saal):**

Erste General-Versammlung.

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 257/1

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900 und der Sternwarte. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Jahresbericht über die Thätigkeit der Organisation. 4. Neuwahl des gesamten Vorstands. 5. Gewerkschaftliches.

☛ Mitgliedsbuch legitimiert. ☚ Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder. **Der Vorstand.**

Großer Frauen-Vortrag

Freitag, den 18. Januar, abends 8½ Uhr, in **Ballschmieders Festsälen** (großer Saal), **Gesundbrunnen, Badstraße 16.**

Thema:

1. **Erkrankungen vor und während der Ehe.**
2. **Ist in bestimmten Fällen der Frauenschutz geboten?**
3. **Was ist Frauenschutz?** Hierauf: **Fragebeantwortung.**

Rednerin: Frau **A. Pickel,** Berlin.

☛ **Eintritt nur 15 Pf.** ☚ Broschüren, Flugblätter ꝛc. gratis.

Der Vorstand des Neuen Naturheilvereins Charlottenburg-Berlin (560).

285/7

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**

Sitzung der Ortsverwaltung

mit den Bezirksleitern u. Agitationskommissionen.

Sonnabend, den 19. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Fischer, Waldstraße Nr. 8:**

Vertrauensmänner-Konferenz für Moabit.

Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn **Meißner, Chausseestraße Nr. 72:**

Versammlung der Feilenhauer.

Montag, den 21. Januar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung.

110/14] **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, d. 20., vorm. 10 Uhr, Rosenthalerstr. 57 bei Schiller:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vorberatung zur Ersatzwahl der Innungs-Krankenkasse. 2. Die Stellung der Ortsverwaltung gegenüber unserer Branche.

76/18] **Die Kommission.**

Achtung! [41/3] **Achtung!**

Brauerei-Arbeiter!

Der seiner Zeit mit den ringfreien Brauereien vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird von der Direktion des Münchener Brauhaus Akt.-Ges., Johannisstr. 18/19, nicht anerkannt.

Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend. J. A.: **Richard Schüler.**

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9—7. Reparat. sofort. [*

Zähne 2 M. Reparaturen in 2 Stunden. **Plombieren** von 1 M. an. Schmerzloses Zahnziehen. Sprechz. 8—8, Sonntag 8—4. **R. Lange, Blumenstraße 25.** Ecke Markusstraße.

Kranken- u. Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

(E. H. K. Nr. 115/132.)

Sonntag, den 27. Januar 1901, vormittags 10 Uhr, ☛ im Saale von **E. Obst,** Grunewaldstr. 110:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jährlicher Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstands. 3. Neuwahl des gesamten Vorstands. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt nötig.

Mitgliedsbuch legitimiert!

207/7†] **Der Vorstand.**

Freie Bäckerei-Genossenschaft für Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H.

Donnerstag, den 31. Januar 1901, nachmittags 6 Uhr:

Ordentl. Generalversammlung

bei Markowski, Wallner-Theaterstr. 20.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über die Bilanz. 2. Neuwahl des Vorstands und des Aufsichtsrats.

21205 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. andrer gewerblicher Arbeiter. Filiale A.

Sonntag, den 20. Januar 1901, vormittags 10 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im Lokale von **Wollschläger,** Adalbertstr. 21.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Sienty über: „Vivisektion". 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

181/1 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein der Bau- und gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 20. Januar, vormitt. 10½ Uhr, Langestraße 65:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Neue Mitglieder von 16—45 Jahren werden jeden Sonntag nach dem 1. vormittags von 9—11 Uhr beim Genossen Erbe, Cuvrystraße 25, und jeden Sonntag nach dem 15. vormitt. von 10—12 Uhr im Lokal Langestr. Nr. 65 vom Rendanten Karl Deredder aufgenommen. 37/1

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Am 15. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Klempner

Franz Maiwald.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Michaelikirchhofs in Mariendorf aus statt.

110/13 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Allen Verwandten, Genossen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein „Nordwacht" für den schönen Gesang, dem Wahlbezirk 650 des Socialdemokratischen Wahlvereins des 6. Berliner Wahlkreises; ferner den Genossen des Socialdemokratischen Wahlvereins des 6. Berliner Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin und den Mitarbeitern des A. G. Saal 10 für die rege Beteiligung und reichen Kranzspenden unsren herzlichsten Dank. 6532

Witwe **Fiedler** nebst Sohn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die schönen Kranzspenden bei dem Begräbnis meines so früh verstorbenen lieben Mannes sage ich allen meinen besten Dank.

Frau Witwe Mücke nebst Kindern.

Kuhns Schweizerhäuschen

in Waidmannslust.

Sonntag, den 20. Januar Wurstessen, wozu freundlichst einladet

21185 **Der Wirt.**

Königs-Säle

Neue Königstrasse No. 26.

Sämtliche Räume, großer und kleiner Saal, sind Umstände halber zum 2. Osterfeiertag frei geworden.

Tischlerei,

eine seit 30 Jahren bestehende, von ca. 20 Bänken, mit feinster fester Kundschaft, ist Todes halber für den Inventarwert sofort zu verkaufen. Eventuell würde der Sohn mit im Geschäft bleiben. 104/9

A. Krüger, Britzerstr. 7.

Honig!

Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn.

E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. [5782*

Masken-Garderobe.

Größte Auswahl. Billigste Preise. [* Vereine Preisermäßigung.

Fr. Panknin,

Oranienstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91. Ecke Oranienstraße.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [4929* Wilmersdorfer-Strasse 127, **Uhrmacher und Goldarbeiter.**

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. **Optische Artikel.** Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, **zwei Kissen**) mit **gereinigten neuen Federn** bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße **46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, Tischdecken, Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 46/20

Bettstelle mit Matratze für 25 M. verkauft Funk, Charlottenburg, Berlinerstraße 109. †132*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118. 4058*

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft. Sämtliche Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, auch rückwärtsnähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,—, fünfjährige Garantie. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Fritze, Turmstraße 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49. *

Ringschiff. Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort, Postkarte. Ellermann, Wiesenstraße 29. Lindner, Bernauerstraße 75. Modrow, Krautstraße 36. †64*

„Pedicularin" tötet unter Garantie in 2 Minuten alle Läuse und Ungeziefer mit ganzer Brut. Nicht gesundheitsschädlich. Flasche 40 und 75 Pf. bei A. Tisler, Reinickendorferstraße 23c, I. 4653*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. [†139*

Gasheizöfen! Sparsysteme! 7,00 10,00. Reflektor 14,00! Gaskocher, zweiloch, 6,00! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. [19135

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/10 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Portertellerei Ringler Bernauerstraße 119. 88/3*

Milchgeschäft Umstände halber für Inventarpreis zu verkaufen Zionskirchstraße 15. 21255

Kanarienroller, billig, Brandt, Holzmarktstraße 9. 21234,

Affen, Papageien, Waldvögel Kanarienroller, Flugtauben, Vogelbauer, Aquarien, Fische, Pflanzen-Grotten, alle Bedarfsartikel für Aquarien- und Vogelpflege. Reinhold Bierkants Tierhandlung, Kastanien-Allee 34. Kaufe Kanarienweibchen, Flugtauben. †56

Nähmaschinen billig zu verkaufen Vogt, Ackerstraße 46, I. 21309

Vermischte Anzeigen.

Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 1554b*

Rechtsbureau Andreasstraße 63. Gewissenhafter Rechtsbeistand. [19858*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [9259

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. Namen beachten! [*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Platin, Gold, Silber, Tressen, Kehrgold kauft zu höchsten Preisen Goldschmelze, Zimmerstraße 32. [*

Mittagstisch, Hausmannskost, mit Bier 50 Pfennige Annenstraße 16 (Lokalliste). 4588*

Saal und **Vereinzimmer** empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [3066*

Vereinszimmer, großes, Reichenbergerstraße 24. 1878b

Vereinszimmer zu vergeben, 50—100 Personen, bei Jankowski, Markusstraße 18. †39*

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 2838*

Vereinszimmer, neu eingerichtet, mit Pianino, empfiehlt Schmidt, Strowstraße 42. [†82*

Vereinszimmer. Bollmer, Manteuffelstraße 25. 1940b

Vereinszimmer mit Klavier zu vergeben. Kaufeldt, Markusstraße 47.*

Lokal, auch zum Arbeitsnachweis, Telephon, Saal, Vereinszimmer, Kegelbahn empfiehlt Pinzer, Schützenstraße 18. 21265

Elektrotechnik. Abendkurse, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 21276

Zur Anfertigung einfacher Damen- und Kinder-Garderoben empfiehlt sich billigst Frau Haase, Hochmeisterstraße 18, Quergebäude I rechts. †56

Kunststopferei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Maskenkostüme, elegante, verleiht billig R. Deutsch, Rixdorf, Bergstraße 163. †126

Vermietungen.

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn zum Miteinwohnen zu vermieten bei Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26, vorn III. *

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Farbigmacher sucht A. B. Schultze, Oranienstraße 185. 21285

Tüchtige Kürschner auf Schwanbesatz verlangt Gebrüder Feiler, Niederwallstraße 25. 89/18

Tüchtige Kürschner auf Pelzbarets außer dem Hause verlangt Gebrüder Feiler, Niederwallstraße 25. 89/17

Mamsells auf Jacketts, Bauer, Skalitzerstraße 81 IV. 2124b

Frauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung durch Zeitungaustragen. **Meldungen** vormittags 8—12 Jerusalemerstraße 48/49, parterre rechts. 49/16

Hunderte von Herrschaften suchen für gleich und später Dienstmädchen jeder Art nachmittags um 4 Uhr im Vermietungs-Comptoir Mauerstr. 93.

Mamsells auf Jacketts außer dem Hause, Preis 1,90 bis 2,40, verlangt Lobstein, Hussitenstraße 31. 2116b

Mamsells auf Jacketts. Bauer, Skalitzerstraße 81, IV. [1906b*

Mamsells auf Stepp-Jacketts, 2 bis 4,50, nur im Hause, dauernde Beschäftigung (Knopfloch-Maschine), jeden Sonnabend Geld, verlangt Lau, Weidenweg 29, III. 1987b*

Arbeiterinnen auf gute Damen-Jacketts verlangt Gnapp, Manteuffelstraße 103. [†16*

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27.

Parteigenosse sucht Stellung, gelernter Uhrmacher, als Uhrmacher, Mechaniker ꝛc. im Großbetriebe. Auch bin ich nicht abgeneigt, als Verkäufer, Reisender thätig zu sein. Arthur Seebach, Blumenthalstraße 8. 2114b

Achtung Theaterarbeiter!

Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit nach wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10*

Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.

Achtung! Achtung!

Stuccateure!

Bei der Firma **Jäckel** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fern zu halten. Die Bauten der Firma sind:

Lietzenburgerstraße, Ecke Meineckestraße: Bau Goldmann.

Meineckestr. 11: Bau Goldmann.

Meineckestraße Ecke Kurfürsten-Damm: Bau Albrecht.

Kurfürsten-Damm 200: Bau Krengel.

Kurfürsten-Damm Ecke Schlüterstraße: Bau Munk.

Mathäikirchstr. 31: Bau Kaiser u. v. Großheim.

Eisenbahnstraße: Bau Garbe.

179/17*] **Die Lohnkommission.**

Forstmann,

in Baden als Preuße, in Preußen als badischer Forstpraktikant vom Staatsdienst zurückgewiesen, sucht Anstellung. L. 2 Exp. d. Bl. 21229

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Der Boeren-Krieg.

De Wet in Transvaal.

Während alle Welt glaubte, daß De Wet ins Kapgebiet eingefallen sei, um dort die Operationen zu leiten, kommt jetzt aus Kapstadt die überraschende Nachricht, daß dieser gewandteste und gefürchtetste Boerenkommandant, dessen letzten Schläge gegen die Engländer im Süden der Oranje-Republik geführt wurden, nunmehr die Nordgrenze des Freistaats überschritten hat, um in der Transvaalrepublik die englischen Truppen zu beunruhigen. Man fürchtet in England, daß De Wet einen besonders bedeutsamen Streich zu führen beabsichtige. „Daily Mail" weiß einen vollständigen Operationsplan De Wets mitzuteilen, wonach dieser über Jamestown, Stormberg und Molteno nach Graaffernet im Herzen der Kapkolonie vorzustoßen beabsichtigt habe, jedoch durch die englische Wachsamkeit an der Ausführung dieses Operationsplans gehindert worden sei. Diese Kenntnis des englischen Blatts von den geheimsten Absichten des Boerengenerals erscheint jetzt nach der Nachricht von dessen plötzlichem Auftauchen in Transvaal doppelt fragwürdig. De Wet, der wahrscheinlich so gut wie die andren Boerenkolonnen hätte nach Süden durchbrechen können, hatte augenscheinlich ganz andre Absichten. Erwähnenswert an der Darstellung der „Daily Mail" ist, daß De Wets Corps aus 4000 Mann mit 12 000 Pferden bestanden habe.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 16. Januar: **Dreitausend** Boeren sind, wie gemeldet wird, bei **Carolina** vereinigt. Colvilles mobile Kolonne hatte in der Nähe von Vantonders Hoek ein Gefecht mit Boeren, die mit schweren Verlusten zurückgetrieben wurden. 300 Boeren zogen gestern in Aberdeen, südwestlich von Graaf Reinet, ein und plünderten die Läden. 100 Mann Infanterie und einige berittene Leute trafen am Nachmittag ein. Als die Boeren derselben ansichtig wurden, gingen sie zurück.

Unterbrochene Bahnverbindungen.

Nach den Berichten englischer Specialkorrespondenten sind die Bahnlinien zwischen Pretoria und Middelburg und Pretoria und Johannesburg resp. Bloemfontein vollständig unterbrochen. Bei Kaalfontein gelang es den Boeren, zwei englische Proviantzüge von je einer halben (englischen) Meile Länge wegzunehmen.

Aus der Kapkolonie

liegen folgende Nachrichten vor:

London, 17. Januar. Die Admiralität erhielt ein Telegramm, welches meldet, daß das Kanonenboot „Sybille", welches Blaujacken landen wollte, um den Boeren den Weg zu verlegen, bei Steinbockfontein, nahe bei der Lamberts-Bai, gestrandet ist. Hilfe ist abgesandt. Das amtliche Telegramm spricht nicht von einem Scheitern des Schiffs.

Die Lamberts-Bai liegt 200 Kilometer nördlich von Kapstadt westlich von Clanwilliam. Die Boeren sind also bis zur Westküste vorgedrungen.

Ferner wird dem „Reuterschen Bureau" aus Matjesfontein vom heutigen Tage gemeldet: Etwa hundert Boeren zogen in Sutherland ein, schnitten den Telegraphendraht ab und plünderten die Läden. Die Verbindung mit der Stadt ist unterbrochen.

Die Boeren sind also so ziemlich Herren der Kapkolonie, wo sie nach De Wets mutmaßlicher Meinung einstweilen auch ohne ihn keinen Fährnissen ausgesetzt sind. Die Engländer sind nach wie vor völlig auf die Defensive, die Verteidigung einiger von ihnen besetzter Punkte der Bahnlinie angewiesen. Und das wird auch einstweilen so bleiben, denn über

die englischen Nachschübe

läßt sich der „Hamb. Korr." aus London schreiben:

„Das Kolonialamt erließ ein quasi empörtes Dementi, es sei nicht wahr, daß das Rekrutieren für Baden-Powells Polizeitruppe eingestellt sei. Es werde in London wie auf jeder Rekrutierungsstation des Königreichs fortgesetzt, und zwar so lange, bis die verlangte Anzahl Mannschaften aufgebracht sei. Chamberlain vergißt nur zu verkünden, wie lange es noch dauern soll, bis der Zweck erreicht ist. Man greift nun noch zu einer andren Maßregel, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Das Mißvergnügen der Yeomen in Südafrika hatte auch darin seinen Grund, daß für sie kein eigentlicher Ersatz festgelegt war. Die zur Ausfüllung der Lücken gelegentlich eingeschobenen Leute waren keine Yeomen, kein homogener Ersatz, und wie waren die Compagnien geschwunden? Von 125 Mann waren vielfach nur noch 30—40 der ursprünglich Eingetretenen pro Compagnie vorhanden. Jetzt nun will man, wenn möglich, mehrere Tausend Yeomen zum Ersatz nach Südafrika senden. Das Dementi des Kolonialamts bezieht sich auf ein Durcheinanderwerfen beider Rekrutierungen durch die Berichterstatter. Die Yeomen sollen für eine beschränkte (?) Zeit, die Konstabler für eine lange dienen. Für die Konstabler sollen aus England 5000 gestellt werden, andre aus Kanada, andre an Ort und Stelle geworben werden, im ganzen 10 000. Die Australier senden 3000 Mann Nachschub, die reguläre Armee 3000 Kavalleristen und berittene Infanteristen. Man rechnet ferner, daß pro Monat 8000 Pferde in Südafrika eintreffen. So glaubt man „in wenigen Wochen" 20 000 Mann frische Truppen in Südafrika zu haben. Das ist der helle Wahnsinn. Die 3000 Mann Reguläre sind als schwere neubewaffnete Kavallerie ohne Felddiensterfahrung, als berittene Infanterie ohne jede genügende Ausbildung vorläufig überhaupt zu nichts zu gebrauchen. Von den 10 000 Mann sind 5000 Mann eine überhaupt fragliche Größe, von den englischen 5000 sind in drei Monaten 600 Mann zusammengekommen. Was ist nun „in wenigen Wochen" zur Hand, die 3000 Australier ausgenommen? Hat eine englische Abteilung den geschlagenen Feind wirklich wohl einmal bis aufs letzte verfolgen können? So lange die Briten das nicht fertig bekommen, werden die Boeren stets mit ihnen spielen wie bisher."

* * *

Eine Zusammenkunft zwischen Krüger und dem Zaren?

Aus dem Haag wird gemeldet:

Hier verlautet, daß sich der Großfürst Wladimir darum bemüht, eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem Präsidenten Krüger herbeizuführen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, 17. Januar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen leitet für den noch nicht wiederhergestellten Vorsteher Dr. Langerhans der Stellvertreter Michelet.

In die Vertretung der Stadt Berlin auf dem am 29. und 30. d. M. hier stattfindenden 3. Allgemeinen preußischen Städtetag sind vor der Sitzung durch die Abteilungen gewählt worden die Stadtv. Langerhans, Michelet, Singer, Kalisch und Preuß.

Der gemischten Deputation zur Beratung geeigneter Maßnahmen zur Abwehr der Erhöhung der Lebensmittelzölle werden angehören die Stadtvv. C. Goldschmidt, Fr. Goldschmidt, Cassel, Perls, Nathan, Singer, Esmann, Heilmann, Friedberg und Kalisch.

Als letzter Gegenstand steht der schon besprochene Magistratsantrag wegen

Ankaufs der Aktien der Siemens und Halskeschen beiden Berliner elektrischen Straßenbahnen

für 6 Millionen Mark zur Beschlußfassung.

Auf Antrag Kreitling wird die Erörterung dieser Vorlage vorweggenommen. Von drei verschiedenen Seiten ist Ausschußberatung beantragt.

Stadtv. **Lüben** (Fr. Mommsen): Die Vorlage, die uns etwas überraschend kommen muß, kann bei ihrer Bedeutsamkeit nicht ohne Ausschuß beraten werden. Die Ueberführung über die Linden, der Kaufpreis, das muß alles genau geprüft werden. Das bißchen elektrische Bahnen kann uns auch nicht auf einen grünen Zweig bringen, denn wir wollen doch Pferdebahnen (Große Heiterkeit) . . . elektrische Bahnen bauen. (Widerspruch von mehreren Seiten.) Man muß doch auch an den Vorgang in Köln denken. Ueberlegen wir uns die Sache im Ausschuß; die Aktien wird man uns auch noch ein paar Tage nach dem 31. Januar gern überlassen.

Stadtv. **Preuß** (N. L.): Mit dieser Vorlage feiert das Princip der Uebernahme von Verkehrsanlagen durch die Kommune seinen zweiten Sieg. Wenn heute selbst Anhänger der Manchestertheorie für diese Vorlage sich erklären, so ist das die Frucht der bitteren Erfahrung und das Resultat der Bemühungen unsrer großen Lehrmeisterin, der Großen Berliner Straßenbahn. Die absolute Unhaltbarkeit des Privatmonopols ist durch das Gebahren dieser Gesellschaft gründlich dargethan worden, daß man schließlich dazu überging, uns auf unsrem eignen Boden den Betrieb von städtischen Linien konzessionieren zu wollen und damit das natürliche Verhältnis umzukehren, das hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Ein Teil der heutigen Schwierigkeiten rührt aus dem Umwandlungsvertrage her, den wir seiner Zeit bekämpft haben, die Socialdemokraten aber angenommen haben. Nach dem „Vorwärts" scheinen sie sich jetzt allerdings, bekehrt zu haben. Die Zinsgarantie der Firma Siemens u. Halske für diese Linien scheint mir nicht unter die Vorteile, sondern unter die Nachteile des Vertrags zu gehören. Wir wünschen, bis zum 31. Januar mit der Sache fertig zu sein, bitten deshalb, den Ausschuß heute schon vom Vorstand ernennen zu lassen.

Oberbürgermeister Kirschner: Die Fristbestimmung des 31. Januar wird vom Magistrat durchaus ernst genommen, und ich möchte doch davor warnen, sich auf ein späteres Entgegenkommen des andern Kontrahenten gar zu sehr zu verlassen. Der Kölner Fall weist gar keine Analogie mit den Berliner Verhältnissen auf. Die Stadt Köln beabsichtigte ebenfalls ein vollständiges Netz von Bahnen zu bauen, das nach den lokalen Verhältnissen als ein Konkurrenzunternehmen erachtet werden mußte. Nicht der Oberpräsident hat die Konzession versagt, sondern das Reichsgericht hat in dritter Instanz erkannt, daß die Stadt Köln nicht berechtigt sei, dieses Projekt als ein Konkurrenzprojekt der Straßenbahn auszuführen, weil das nach den Vertragsbestimmungen mit dem Unternehmer ausgeschlossen war. Wer die Verhältnisse in Berlin objectiv betrachtet und informiert und kein Gegner der städtischen Verwaltung ist, wird zugeben müssen, daß sie mit Köln nicht verglichen werden können. Aus dem Umwandlungsvertrage, den wir mit der Straßenbahn geschlossen haben, geht klar hervor, daß schon damals weitere Projekte von Straßenbahnen intendirt waren. Wir hatten uns auch ausbedungen, daß die große Straßenbahn auf unser Verlangen weitere Projekte ausführen müßte.

Stadtv. Singer (Soc.): Gegen die Ausschußberatung bin ich nicht, weil die Sache eingehend geprüft werden muß. Es hat mich gefreut, in Herrn Preuß einen so aufmerksamen Leser des „Vorwärts" zu finden. (Stadtv. Preuß: immer gewesen!) Er macht sich sogar die Irrtümer des „Vorwärts" zu eigen, denn diese beiden Linien haben mit der Umwandlung des Vertrags nicht das allergeringste zu thun. (Widerspruch.) Ein Teil der Freunde des Herrn Preuß hat damals gegen den Umwandlungsvertrag gestimmt. Wir unsrerseits bereuen unsre Stellungnahme in keiner Weise und können auch keine Besserung versprechen. Wenn irgend jemand in diesem Saale dafür eingetreten ist, dem Monopol des Privatkapitals in dieser Sache ein Ende zu machen, so waren wir es. So angenehm uns die Nachbarschaft des Kollegen Preuß ist, so muß er doch anerkennen, daß er sich erst später dem Princip zugewendet hat, für das wir Jahre lang gekämpft haben; Herr Preuß ist jedenfalls nur der Stiefvater dieses Gedankens. Wir billigen diese Vorlage grundsätzlich und acceptieren manche unbequeme Einzelheiten, weil wir uns in einer Zwangslage befinden, weil die privatkapitalistischen Gesellschaften ihre Konzession nach Möglichkeit ausnutzen, um möglichst hohe Dividenden zu bekommen, weil sie dringende Forderungen des Publikums in Bezug auf die Betriebssicherheit nicht erfüllen, wie die zahlreichen Unglücksfälle beweisen und weil die höchsten Staatsbehörden diese privatkapitalistischen Aktiengesellschaften unterstützen. Wir müssen mit dem eignen Betrieb auf diesem Gebiet so schnell wie möglich beginnen, damit nicht wieder die Staatsbehörden über den Kopf der Stadtverwaltung hinweg unter Verkennung und Mißachtung städtischer Interessen eine Konzession erteilen, die über das, was wir vertragsmäßig beschlossen haben, hinausgeht. Der Direktor der großen Straßenbahn scheint sich immer noch als Ministerialdirektor zu fühlen. Die große Straßenbahn hat sich den Erwerb dieses Herrn sehr viel kosten lassen, in der Erwartung, daß er den Weg von der Friedrichstraße nach der Wilhelmstraße zu finden wisse und dort die Interessen dieser Gesellschaft vertreten und fördern würde. Der Erwerb der Linien ist mit dem Vorteil verbunden, daß bereits die erforderlichen Betriebseinrichtungen da sind, vor allem aber ein geschultes Personal, und das hilft uns über die großen Beträge hinweg, die wir den Aktionären zu zahlen haben. Hätte die Stadt Berlin vor Jahrzehnten dieselbe Auffassung gehabt, wie heute, dann wären wir zu jenen Kalamitäten gar nicht gekommen, wir hätten mit diesen Gesellschaften nicht zu verhandeln und keine Umwandlungsverträge zu schließen brauchen. Der hohe Preis, den wir bewilligen müssen, ist zum Teil verschuldet durch die bisherige Kommunalpolitik, und damit müssen wir uns nun abfinden. Das Bankhaus Könen u. Co. verkauft uns die Aktien nicht um der schönen Augen Berlins willen, sondern weil es verdienen will. (Zuruf: Ist auch ganz richtig!) Ich würde ja jeden Versuch, den Preis herabzudrücken, mit Freude begrüßen (Beifall bei den Socialdemo-

---

Zur Vorgeschichte der Gründung des Königreichs.

Am 18. Januar 1701 wurde aus dem bisherigen Kurfürstentum Brandenburg ein „Königreich Preußen".

Der Kurfürst von Brandenburg, der seinem Hause die Königskrone erwarb, war Friedrich III., der Sohn Friedrich Wilhelms, des sogen. „Großen Kurfürsten". Friedrich stammte aus der ersten Ehe des Großen Kurfürsten, und seine Stiefmutter verfolgte ihn mit ihrem Haß, weil sie ihren eignen Söhnen gern die Regierung zugewendet hätte. Es wird von einem Vergiftungsversuch erzählt, den sie auf den Prinzen gemacht habe; und auch die junge Frau des Kurprinzen, die im Verdachte stand, Nachkommenschaft zu bekommen, starb unter verdächtigen Umständen innerhalb drei Tagen.

Eins gelang der liebevollen Stiefmutter jedenfalls: Sie bestimmte ihren Gemahl dazu, ein Testament zu hinterlassen, durch welches das während der Regierungszeit des Großen Kurfürsten hinzu „erworbene" Dritteil des Staates den Söhnen aus letzter Ehe vermacht wurde, so daß dem Erbprinzen von den Eroberungen seines Vaters nichts zu gute kommen sollte. Das Testament wurde beim Kaiser in Wien hinterlegt, der die Durchführung zusagte. Heimlich trat er jedoch mit dem brandenburgischen Kurprinzen in Verbindung und ließ ihm versprechen, daß die ihm ungünstigen Bestimmungen des Testaments nicht durchgeführt werden sollten, wenn der Prinz verspreche, nach dem Tode seines Vaters einen Teil von dessen Erwerbungen, nämlich den Schwiebuser Kreis, wieder heraus zu geben. Der Prinz gab einen Revers dieses Inhalts, und nach dem Tode des Großen Kurfürsten wurde gemäß der Verabredung verfahren.

Für die Verfechter des dynastischen Gedankens ist es gewiß recht betrübend zu sehen, welche erbärmliche Rolle sämtliche bei diesem Handel beteiligte Personen spielen. Der Große Kurfürst, der angeblich im Interesse und zur Sicherung des Staats Eroberungen macht und die erworbenen Teile durch Testamentsverfügung dann wieder absplittert. Die patriotische Landesmutter, die den Kurfürsten zu dieser das Staatsinteresse mit Füßen tretenden Verfügung beschwatzt. Der deutsche Kaiser, der dem Kurfürsten verspricht, für Durchführung des Testaments zu sorgen, dem Kurprinzen aber zusagt, das Testament über den Haufen zu werfen. Endlich der Kurprinz selbst, der schon als junger Mann mit dem Kaiser konspiriert und einen Teil von des Vaters Erwerbungen wieder herausgiebt. Eine erlauchte Gesellschaft!

Im Jahre 1688 starb der Große Kurfürst, und nun begann für seinen Sohn Friedrich die schöne Zeit, wo er seinen Neigungen freien Lauf lassen konnte. Hochzeiten, Kindtaufen, Fürstenbesuche gaben Gelegenheit, Hunderttausende zu verschwenden. Es wurden Schlösser gebaut, neue Prunkregimenter, neue Hofämter gegründet. Schließlich fiel es diesem Fürsten denn auch ein, daß sich an einem Königshof noch viel flotter leben und daß sich da noch weit mehr Luxus entfalten lasse, als am Hofe eines brandenburgischen Kurfürsten.

Die regelmäßigen Staatseinnahmen hatten schon in den vorangehenden Jahren bei weitem nicht gereicht, um Friedrichs kostspielige Neigungen zu befriedigen. Der neue Fürst verstand es jedoch sehr gut, den Unterthanen das damals sehr knappe Geld abzupressen, damit der Hof schwelgen konnte. Die Staatseinkünfte, die 1688 beim Regierungsantritt 1½ Millionen Thaler betragen hatten, waren schon nach drei Jahren auf 3½ Millionen Thaler hinaufgeschraubt. Freilich mußten die sonderbarsten Mittel angewandt werden, um das Geld zusammen zu bekommen. Die Beamten hatten beispielsweise von ihrem Gehalt den zehnten Teil als Steuer abzuliefern und alle paar Jahre wurde eine jedesmal erhöhte allgemeine Kopfsteuer ausgeschrieben, zu der auch das ärmste Gänsemädchen beitragen mußte.

Nach der Königskrönung und dem immer steigenden Geldbedürfnis des Hofs wuchs Friedrichs Entdeckungstalent für neue Steuerquellen. Da gab es Krönungssteuern, Kartensteuern, Kleidersteuern. Von Schuhen, Strümpfen, Hüten wurde für jedes Stück ein Groschen eingetrieben. Unverheiratete Mädchen hatten ihre Jungfrauenschaft vierteljährlich mit sechs Groschen zu veraccisen. Der Kommerzienrat Creutz erfand eine viel Gelächter erregende Schweineborsten-Steuer. Sehr einträglich war die Perückensteuer. Alle Standespersonen und die wohlhabenderen Bürger trugen damals die auf die Schultern herabwallenden kostbaren Allonge-Perücken, die in den besseren Exemplaren aus Paris bezogen wurden und nicht selten zwei bis dreihundert Thaler das Stück kosteten. Für die eingeführten Perrücken mußte der vierte Teil des Preises als Steuer bezahlt werden, für die einheimischen der sechszehnte Teil. Niemand durfte sich mit einer Perrücke auf der Straße sehen lassen, die nicht das Siegel der Accise trug.

Als recht einträglich erwiesen sich dem ersten Preußenkönig auch die von Zeit zu Zeit wiederholten Brandschatzungen der Juden. Doch kam es dem König nur auf das zu erlangende Geld an; im allgemeinen hatten es die Juden unter seiner Regierung nicht schlecht. Der Hofjude Liebmann fand stets offene Thüren im Schloß, wofür er die Ehre genoß, vom König angepumpt zu werden.

Charakteristisch für diesen eitlen Mann ist es, wie er sich in den Besitz der Königskrone gebracht hat und wie er dabei das Interesse des Lands zurücksetzte hinter die Befriedigung seiner Eitelkeit und Ruhmsucht. Schon bald nach dem Regierungsantritt 1688 und nachdem Friedrich die Freuden des Kurfürstendaseins ausgekostet hatte, begann er nach dem Glanze einer Königskrone zu schmachten. Bald begann der Neid sich zu regen, denn zwei deutsche Kurfürsten waren König geworden: der Kurfürst von Hannover in England und der Kurfürst von Sachsen in Polen. Ein Etikettenstreit brachte dann den Entschluß Friedrichs zur Reife.

Er sollte im Jahre 1696 mit dem König von England im Haag eine Zusammenkunft haben, wobei für den König ein Armstuhl, für ihn selbst aber nur ein Sessel hingestellt wurde. Friedrich schäumte und wollte auf der Stelle wieder abreisen, und nur mit Mühe räumten die Hofschranzen den Stein des Anstoßes aus dem Wege, indem sie es so arrangierten, daß beide Potentaten bei der Unterredung standen. Nach Berlin zurückgekehrt, legte Friedrich sofort dem Staatsrat den Plan vor, die Königskrone zu erlangen. Der oberste Staatsminister Dankelmann, der fähigste Beamte, den Friedrich gehabt hat, widersprach, weil der Kaiser die Einwilligung nicht geben würde, ohne die schwersten Opfer von Brandenburg zu verlangen und weil im günstigsten Fall nur ein leerer Titel ohne eine wirkliche Machterweiterung gewonnen werden könnte.

Aber Friedrich wollte nun einmal König werden, und so mußten die Minister nachgeben. Man begann in Wien zu sondieren, aber der Kaiser Leopold verhielt sich sehr zugeknöpft. Von jesuitischer Seite wurde dem Kurfürsten nahegelegt, katholisch zu werden und sich vom Papst krönen zu lassen. Doch Friedrich fand es geratener, es nicht mit dem Hause Oestreich zu verderben. Man begann in Wien mit Geld zu arbeiten, und einem einzigen Beamten wurden 200 000 Gulden Bestechungsgelder geboten. Es ist damals sehr viel brandenburgisches Geld in die Taschen der östreichischen Minister und sonstigen Günstlinge des Kaisers geflossen. Auch mit dem Jesuitenpater Wolf, der großen Einfluß auf den Kaiser hatte, setzte sich der Kurfürst in Verbindung.

Allmählich wurde der Kaiser zugänglicher, aber er wußte auch warum. Der letzte Habsburger in Spanien, der kinderlose König Karl II., ging seinem Ende entgegen und hatte mit Umgehung Oestreichs, das nach früheren Verträgen das nächste Anrecht auf den erledigten Thron hatte, einen Enkel Ludwigs des Vierzehnten zum Erben der spanischen Monarchie eingesetzt. Kaiser Leopold aber war entschlossen, zu den Waffen zu greifen, um seinem zweiten Sohne Karl das Erbe der Habsburger zu erkämpfen. Dabei konnte er die Hilfe der Brandenburger sehr gut brauchen. Im November des Jahres 1700 kam ein geheimer Kronvertrag zu stande, in dem es hieß:

„Da der Kurfürst dem Kaiser habe vorstellen lassen, daß er aus verschiedenen Gründen die Absicht habe, seinem Hause den Königstitel zu erwerben, und den Kaiser gebeten habe, ihm dazu behilflich zu sein, so habe der Kaiser in Betracht des uralten Glanzes, der Macht und des Ansehens des Kurhauses Brandenburg und wegen der von dem jetzt regierenden Kurfürsten dem gemeinen Wesen geleisteten Dienste resolviert, eine solche wohlverdiente Dignität dem Kurfürsten beizulegen."

Die näheren Bedingungen des Vertrags waren natürlich gänzlich auf seiten Oestreichs. Der Kurfürst mußte sich verpflichten, auf den Reichstagen allen Anträgen Oestreichs zuzustimmen, auf die Bezahlung rückständiger Hilfsgelder für früher geleistete Heeresfolge zu verzichten und bei dem zu erwartenden Kriege um die spanische Erbschaft 8000 Mann auf eigne Kosten zu stellen und zu unterhalten.

kraten) und ihn unterstützen. Den Hauptaccent lege ich aber darauf, daß die Stadt durch den Erwerb dieser Linien gezwungen ist, einen großen socialpolitischen Zweck durch Erschließung neuer Verkehrsstraßen zu erfüllen. Die Wirtschaft der Großen Straßenbahn hat Ihnen die Augen geöffnet. Mögen Sie sie offen halten und die gestellten Aufgaben nicht mehr verlassen! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Kalisch** (wild): So teuer wie wir diese Bahnen bezahlen sollen, hat Berlin noch keine Bahn gekauft. Wir sollen 166⅔ geben, während noch im Dezember die Aktien an der Börse für 120 wie sauer Bier ausgeboten wurden. Die „Große" wollte 130 geben, das bedeutet aber für sie nur 70, da sie neue Aktien mit großem Agio ausgeben würde. Eventuell haben wir es bei Selbstbetrieb mit einem jährlichen Deficit von 250—300 000 M. zu thun.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Nach meinen Informationen hat sich das Angebot der „Großen" anders beziffert; das gehört aber in den Ausschuß. Wir haben uns ja im Vertrage von 1897 ausdrücklich das Mitbenutzungsrecht auf 400 Meter jeder Strecke für eigne Linien vorbehalten; der Kölner Fall der Konkurrenzlinien kommt also für uns gar nicht in Betracht. Von den Herren der Neuen Linken haben 1897 auch sehr angesehene Mitglieder wie Wohlgemuth für den Betriebsumwandlungsvertrag gestimmt.

Stadtv. **Lüben** bleibt dabei, daß hier das größte Mißtrauen am Platze sei. Herr Singer frage allerdings nie, was eine Sache koste. (Heiterkeit.) Wenn man einen Käufer habe, wie die Stadt Berlin, so nehme man als Geschäftsmann ihn auch nach dem 31. Januar mit offenen Armen auf.

Stadtv. **C. Goldschmidt** (N. L.): In den Flugblättern der Socialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen hat die Behauptung, daß sie allein für die Uebernahme der Straßenbahnen in die städtische Verwaltung eingetreten seien, eine Rolle gespielt. Das ist unrichtig; auch von uns ist damals ein Teil für die Uebernahme und gegen den Vertrag gewesen, während Herr Singer und seine Freunde für den Vertrag stimmten.

Stadtv. **Singer**: Das Flugblatt besagte, daß unsre Partei allein in diesem Saale grundsätzlich für die Kommunalisierung sei, und darin hat das Flugblatt buchstäblich recht und die Behauptung trifft ja selbst heute noch zu. Es ist ein Unterschied, ob man, nachdem wiederholt Anträge auf Uebernahme abgelehnt sind, einmal sich aus im wesentlichen socialpolitischen Gründen, aus Gründen des Arbeiterschutzes, auf die Verlängerung eines Vertrags auf wenige Jahre einläßt. Hätten wir nicht umgewandelt, so besäße Berlin noch heute den elenden Pferdebahnbetrieb. Herrn Lüben persönlich kostet die Vorlage doch auch nichts; meint er die Steuerzahler-Interessen zu vertreten, so vertreten wir die Interessen der gesamten Bevölkerung, auch derer, die keine Steuern zahlen können, aber durch ihre Arbeit ihren Mitbürgern das Steuerzahlen ermöglichen.

Nach einer Verwahrung des Stadtv. Cassel gegen den Stadtv. Preuß hebt

Stadtv. **Pretzel** (Bürgerpartei) hervor, daß seine Partei als allererste, noch vor den Socialdemokraten, für die Kommunalisierung eingetreten sei.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, der vom Vorstande sofort ernannt wird und dem auch die Stadtvv. Singer und Bruns angehören.

Für die Direktion der städtischen Gaswerke

hat der Magistrat

eine neue Geschäftsanweisung

entworfen, welche den Verwaltungsdirektor entlasten, die Zuständigkeit des Betriebsdirektors erweitern und die Stellungen beider coordinieren soll.

Die Versammlung giebt der Anweisung ohne Debatte ihre Zustimmung.

Das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus,

das sich aus eignen Mitteln nicht länger unterhalten kann, soll zum 1. April 1902

in städtische Verwaltung

übernommen werden. Für das laufende Etatsjahr soll noch ein weiterer Zuschuß von 80 000 M., für das Etatsjahr 1901 statt des bisherigen jährlichen Zuschusses von 50 000 M. ein solcher von 100 000 M. zur Auszahlung gelangen.

Stadtv. **Baumgarten** (A. L.) beantragt Ausschußberatung, stellt aber anheim, die 80 000 M. sofort zu bewilligen. Stadtverordneter **Fritsch** (N. L.) schließt sich dem an, erklärt aber ferner, daß 100 000 M. für 1901 absolut nicht ausreichen würden und daß man alles versuchen müsse, um die Uebernahme schon zum 1. April 1901 zu ermöglichen.

Stadtv. Dr. **Freudenberg** (Soc.): Wir hätten die Vorlage auch ohne Ausschuß angenommen, haben aber um so weniger gegen einen Ausschuß etwas einzuwenden, als in Aussicht gestellt ist, die Uebernahme schon zum 1. April dieses Jahrs anzustreben. Wir vertreten grundsätzlich den Standpunkt, daß die Stadt für die Krankenpflege die erforderliche Vorsorge auch durch Krankenhäuser zu treffen hat, denn gerade der Vorgang mit diesem Krankenhause zeigt, daß dafür die Privatwohlthätigkeit nicht ausreicht. Bei kaum irgend einer Anstalt haben die Verhältnisse so günstig gelegen, wie hier, sie trägt zwei Namen, welche in zahlungs- und leistungsfähigen Kreisen große Achtung genießen; dennoch haben diese Kreise nicht die genügenden Mittel für den Fortbetrieb der Anstalt aufgebracht. Der gegenwärtige Leiter des Vereins, welcher das Krankenhaus errichtet hat (Prof. Virchow), hat schon vor 52 Jahren ausgesprochen, daß es mit der Freiwilligkeit auf diesem Gebiete nichts mehr ist, daß damit die socialen Leiden nicht gehoben werden. Wenn die Gegner städtischer Betriebe immer behaupten, die Stadt wirtschafte teurer als Private, so ist das schon insofern unrichtig, als die Stadt für das Teurere auch Besseres liefert. Aber es ergiebt sich auch aus der Rechnung dieser Anstalt, die freilich in jeder Beziehung eine Musteranstalt ist, daß der Verpflegungstag auf 3,55 M. kommt, also nicht niedriger ist als in den städtischen Krankenhäusern.

Stadtv. Professor **Virchow** legt eingehend dar, wie die steigende Inanspruchnahme der Anstalt, zumal die wachsende Zahl der ihr überwiesenen Säuglinge, zu der finanziellen Ueberbürdung geführt hat.

Es wird beschlossen, die nachträglich geforderten 80 000 Mark sofort zu bewilligen. Im übrigen geht die Vorlage an einen Ausschuß.

Mit der Errichtung des

städtischen Amts zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln

sowie von **Gebrauchsgegenständen** auf dem Grundstück zwischen der Fischerstraße, am Mühlendamm und der Fischerbrücke, ist der niedergesetzte Ausschuß einverstanden, hat auch das Programm für die Errichtung, Ausstattung und Organisation gutgeheißen, die Genehmigung der gleichzeitig vom Magistrat vorgelegten Bauskizze aber abgelehnt; der Magistrat soll vielmehr um Vorlegung des speciellen Bauentwurfs nebst Kostenanschlag ersucht werden.

Die Ausschußanträge werden ohne Debatte angenommen.

In den **Petitionsausschuß** wird in engerer Wahl Stadtv. Wallach mit 68 gegen den Stadtv. Ullstein mit 46 Stimmen gewählt.

Der Geheime Kommerzienrat Karl Spindler hat der Stadt bezw. dem Märkischen Provinzialmuseum zwei Oelgemälde des Architekturmalers Borgmann mit Darstellungen des alten Berlins („Panorama der Schwesterstädte Berlin und Köln im Jahre 1648" und „das Spandauer Thor 1650") zum Geschenk angeboten. Auf Antrag des Magistrats wird beschlossen, mit Dank gegen den Geber sich mit der Annahme einverstanden zu erklären.

Der Anschluß des Bahnhofs Stralau-Rummelsburg, der mit 17 000 Quadratmetern außerhalb des städtischen Gebiets im Gemeindebezirk Boxhagen-Rummelsburg belegen ist, an die Berliner Kanalisation soll unter den üblichen Bedingungen erfolgen.

Vom 12. bis 16. August 1901 tagt in Berlin der V. Internationale Zoologen-Kongreß. Er soll in den Festsälen des Rathauses festlich empfangen werden, wofür etwa 8000 M. erforderlich sind.

Der Antrag Singer wegen Herabminderung der Säuglingssterblichkeit wird auf Wunsch des Antragstellers für heute abgesetzt, desgleichen auf Antrag Paul die Vorlage wegen Abführung der Kanalisationswässer der Gemeinde Reinickendorf in den Tegeler See.

Für die Spreebrücke im Zuge der Frucht- und Manteuffelstraße legt der Magistrat den Entwurf vor. Der Brückenbau soll anschlagsmäßig 1 110 000 M., die Anschüttung und Pflasterung der Zufahrten 90 000 M. erfordern.

Die Umpflasterung der Magazinstraße mit geräuschlosem Holzpflaster wird nach längerer Debatte nach dem Magistratsantrage bewilligt.

Schluß 8½ Uhr.

Das Avancement Berlins zur „Königstadt".

Als am 18. Januar 1701 Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg den Titel eines „Königs in Preußen" annahm und sich als Friedrich I. die Königskrone aufsetzte, da wurden nicht nur in der Krönungsstadt rauschende Feste gefeiert, sondern auch in Berlin ging es hoch her. Es mag bei dem patriotischen Jubel, dem sich die Bewohner der Residenz aus Anlaß des hochwichtigen Ereignisses hingaben, auch viel höfische Kriecherei und heuchlerische Schweifwedelei mit untergelaufen sein. Aber die Begeisterung, mit der die Berliner von Anno 1701 am Abend des 18. Januar ihre Krönungs-Freudenfeuer anzündeten, dürfte im großen und ganzen immer noch erheblich aufrichtiger gewesen sein als diejenige, mit der das Berlin von Anno 1901 die 200. Wiederkehr jenes Tags durch die übliche Illumination zu feiern gedenkt.

Denn man wolle nicht vergessen: mit dem Avancement Kurfürst Friedrichs III. zum „König Friedrich I." rückte auch die bis dahin kurfürstliche Residenzstadt Berlin zur „Königstadt" auf! Uns Nachgeborenen, die wir uns nun schon seit drei Jahrzehnten des beglückenden Vorzugs erfreuen dürfen, sogar in einer „Kaiserstadt" zu leben, vermag natürlich eine simple „Königstadt" nicht mehr zu imponieren. Aber unsren Vorfahren erschien die Rangerhöhung, die dem damals noch recht kleinen Berlin zu teil wurde, als etwas ganz außerordentlich Wertvolles. Es war nicht der Titel an sich, der sie so ganz aus dem Häuschen geraten ließ, nicht bloße Eitelkeit, die sich in ihnen regte. In dieser Beziehung unterschieden sich die Berliner wirklich sehr wesentlich von Friedrich, dessen Sehnen nach der Königskrone ja in der That aus lächerlichster Eitelkeit herausgewachsen war. Die freudige Stimmung, die heute vor 200 Jahren das Herz so manches Berliners höher schlagen ließ, gründete sich auf ganz andre, viel nüchternere Erwägungen. Die Berliner wußten, daß ihr nunmehr königlicher Landesvater es auch für seine Pflicht halten würde, die junge Königstadt des neuen Titels würdig zu machen. War schon dem Kurfürsten prunkendes Repräsentieren über alles gegangen, so mußte dem König erst recht ein großartiger Hofstaat als unentbehrliches Erfordernis seiner höheren Würde erscheinen; hatte Friedrich schon vor 1701 eine Reihe öffentlicher Bauten aufführen lassen und auch die private Bauthätigkeit gefördert, so mußte er nun noch vielmehr danach streben, Berlin immer größer und schöner zu machen. Alles das brachte aber den Gewerbe- und Handeltreibenden Berlins Gelegenheit zu Verdienst und Gewinn. Es zog auch immer mehr die Vergnügen suchenden Fremden nach Berlin, an denen es dann wiederum tüchtig zu verdienen gab. Ist es da zu verwundern, wenn die Spießbürger des Berlin von 1701 aus Anlaß der Königskrönung, die für sie mehr als eine leere Titeländerung bedeutete, von einem Freudentaumel ergriffen wurden?

In gewisser Hinsicht hat Friedrich die Erwartungen seiner Berliner auch nicht getäuscht. Berlin wurde, das muß anerkannt werden, unter ihm und zum großen Teil durch ihn in der That zu einer großen und vergleichsweise schönen Stadt. Es wurde um zahlreiche Prachtbauten bereichert, von denen sich manche noch heute sehen lassen können, und um ganze Stadtteile erweitert. Berlin wurde aber auch unter Friedrich und durch Friedrich zu einer recht vergnüglichen Stadt. Da drängten einander die Lustbarkeiten, die feierlichen Aufzüge, die Feuerwerke, die Maskeraden usw. Friedrichs I. maßlose Sucht, glänzende Feste zu veranstalten, hat später seinem Enkel Friedrich II. Veranlassung zu dem Ausspruch gegeben, auch der bei Gelegenheit der Königskrönung gestiftete Orden vom Schwarzen Adler verdanke seine Entstehung nur dem Wunsche, einen eignen Orden und ein neues Fest zu haben. Uebrigens wußte die „philosophische Königin" Sophie Charlotte recht amüsante Gesellschaften zu geben, die oft bis zum frühen Morgen dauerten. Ein Memoirenschreiber jener Zeit sagt: „Vom Abendessen der Königin konnte man sich zur Morgencour des Königs begeben."

Nach der Ansicht jener Geschichtsschreibung, die kürzlich in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als „objektiv" gepriesen wurde, haben die Hohenzollern Preußen groß gemacht. Das blieb bekanntlich nicht unwidersprochen. Wenn ein Lokalpatriot auf den viel näher liegenden Gedanken gekommen wäre, zu behaupten, daß die Hohenzollern vor allem andren Berlin „groß gemacht" haben, dann hätten die bösen Socialdemokraten verstummen müssen, gerade im Hinblick auf Friedrich I., unter dem die Einwohnerzahl Berlins von etwa 20 000 auf mehr als 60 000 stieg. Von Friedrich wird ferner gerühmt, er habe auch den Wohlstand Berlins vermehrt. Auch das ist in einem gewissen Sinne richtig. Er hat sogar selber recht erheblich dazu beigetragen, daß Geld unter die Leute kam, indem er für seine Bauten und seine Feste das Geld mit vollen Händen ausgab. Dabei war freilich nur der Fehler, daß er auch danach trachtete, das Geld mit vollen Händen einzunehmen. Er mußte es wohl; denn wovon sollte er sich sonst die unsinnige Verschwendung leisten können, die er bei seinen Bemühungen, Berlin immer größer und schönrr zu machen, entwickelte! Die durch die Erwerbung des Königstitels bedingte Erhöhung der Repräsentationspflichten hat „eine schöne Stange Gold" gekostet, die der König aus den Taschen des Volks herauszuholen wußte. Die Berliner konnten die Vermehrung der Steuern und Abgaben noch am ehesten verschmerzen; denn sie hatten ja, wie gesagt, auch wieder ihr Gutes von der Prachtliebe und Verschwendungssucht des Königs. Aber die armen Provinzen! Und schließlich gab es auch in Berlin immer noch eine ganze Menge Leute, für die bei all dem kostspieligen Repräsentieren nichts abfiel, die nur den erhöhten Steuerdruck zu fühlen bekamen. In dem Gedanken daran mag manchem Berliner schon während des Krönungsjubels, den er mitzumachen verpflichtet war, ein recht bitterer Wermuttropfen in den Freudenkelch gefallen sein. Auf die Erfindung neuer Steuern verstand sich Friedrich wie kein andrer. Bei all' diesen Besteuerungen verfuhr Friedrich aber doch mit einer Unparteilichkeit, die geradezu rührend ist. Als er 1691 eine allgemeine Kopfsteuer ausschreiben ließ, nahm er auch sich und seine Gemahlin nicht aus, indem er sich selber mit jährlich 1000 und seine Gemahlin mit 500 Thalern besteuerte. Bei einer späteren Erhöhung der Steuer erhöhte er in seinem unerschütterlichen Gerechtigkeitssinn auch diese Beträge auf 2000 bezw. 1000 Thaler, und nach der Königskrönung steigerte er sie sogar auf 4000 bezw. 2000 Thaler. Ein König darf sich nun einmal nicht lumpen lassen. Es scheint freilich, daß den Berlinern doch das rechte Verständnis für diesen hochherzigen Akt gefehlt hat. Sie sollen gespottet haben, die Steuer fließe doch nur wieder in des Königs eigne Tasche zurück, und im übrigen fülle er ja die eigne Tasche aus der Tasche des Volks. Man sieht, wie die Berliner schon immer eine böse Sorte gewesen sind.

Als Friedrich im Jahre 1713 starb und die getreuen Unterthanen einen Strich unter die Rechnung machten, da mögen manchem die Augen übergegangen sein, als er den Schaden genauer besah. Selbst mancher Berliner Spießbürger dürfte da eingesehen haben, daß das Avancement Berlins zur „Königstadt" doch seine zwei Seiten gehabt hatte. Wenn die Zeitgenossen Friedrichs, wenn insbesondere die Berliner, die am 18. Januar 1701 ihre Krönungs-Freudenfeuer angezündet hatten, die Berliner Jubiläums-Freudenfeuer vom 18. Januar 1901 sehen könnten — welche verdutzte Gesichter sie da machen würden! Am Ende würden sie gar auf den Gedanken kommen, daß sie doch noch etwas weniger byzantinisch waren als die Berliner Spießbürger von 1901.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Seitenflügel 2 Tr. Heute abend beginnt der Kursus in Rede-Uebung (für Fortgeschrittene); Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Bibliothek 3 Treppen, 8—9 Uhr. — Morgen, Sonnabend, den 19. Januar, zehntes Stiftungsfest im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11/13, bestehend in Künstlerkonzert (Berliner Sinfonie-Orchester); Recitation (Genosse Moest); Prolog (verfaßt und gesprochen von Herrn Franz Stahl); Festrede (Genosse Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.) Eröffnung 7 Uhr. Um Störungen zu vermeiden, wolle man sich zeitig einfinden und den Anordnungen der Ordner Folge geben. Zweiter Eingang durch den Garten, woselbst sich ebenfalls Garderobe befindet. Rauchen ist nicht gestattet. Die Saalthüren bleiben während der Vorträge geschlossen, worauf wir besonders aufmerksam machen. Billets an den bekannten Stellen, und wird ersucht, sich frühzeitig damit zu versehen. Abendkasse findet nicht statt. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Sonntagabend 5½ Uhr findet bei Mierke, Schönhauser Allee 101/102, eine Volksversammlung statt, in welcher Adolf Hoffmann über das Thema „Auf was wir stolz sind" sprechen wird. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Rummelsburg. Die Gemeindewählerlisten für den hiesigen Ort liegen vom 16. bis 30. Januar im Gemeindebureau (Zimmer 27, 3 Treppen) zur Einsicht aus. Versäume keiner, die Listen einzusehen. Wer keine Zeit hat, möge seinen Steuerzettel bei Ritter, Goethestraße 17, Rudolf Müller, Türrschmidtstr. 37, und Gebauer, Neue Prinz Albertstr. 17, abgeben.

Lokales.

Vom Gewerbegericht Berlin.

Die Zahl der gewerblichen Streitigkeiten ist beim Berliner Gewerbegericht in den letzten Jahren trotz Zunahme der Bevölkerung wie der gewerblichen Unternehmungen Berlins nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar zurückgegangen. Diese nicht in Berlin allein, sondern auch in verschiedenen andren Städten beobachtete Erscheinung ist in den Geschäftsberichten des hiesigen Gewerbegerichts teils darauf zurückgeführt worden, daß die Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen größer geworden sei und die Leichtfertigkeit der Prozeßführung abgenommen habe, zum Teil auch darauf, daß — gleichfalls infolge besserer Gesetzeskenntnis — zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern festere Arbeitsbedingungen als früher vereinbart würden. Die erstgenannte Ursache wird auch in dem neuesten, das Jahr 1899/1900 behandelnden Bericht wieder angeführt, daneben wird aber auch darauf hingewiesen, daß gleichzeitig durch die Erweiterung der Kompetenz der Innungs-Schiedsgerichte eine Verminderung der gewerblichen Streitigkeiten vor dem Gewerbegericht bewirkt wird. — Von den Angaben des Berichts über die Thätigkeit des Gewerbgeerichts sind besonders die folgenden von Interesse. Im Jahre 1899/1900 (bezw. im Vorjahr 1898/99) gingen 12 680 (12 726) Klagen ein, außerdem 206 (229) Schriftsätze, die außer Betracht blieben, weil sie unvollständig waren, oder weil sofo

---

Friedrich unterschrieb alles, was von ihm verlangt wurde, denn er wollte König werden. Bald floß in Italien, am Rhein und so fort das Blut der Unterthanen Friedrichs in Strömen und das Land wurde gebrandschatzt, um für den im fremden Interesse geführten Krieg die Menschen und die Kosten aufzubringen.

* * *

„Der König der Vandalen."

Im Jahre 1878 veröffentlichte Professor Lehmann aus den preußischen Staatsarchiven einige Dokumente, die zweifellos ergeben, daß des Königs Lieblingswunsch besonders von zwei Jesuitenvätern befördert wurde — freilich minder zur höheren Ehre des Königs als zu der des eignen Beutels, des Einflusses der katholischen Kirche und zur Erhöhung der österreichisch-kaiserlichen und polnisch-königlichen Macht. Im Jahre 1892 suchte ein mit einem Vorwort des Centrums-Abgeordneten Dr. Lieber versehenes Büchelchen ultramontaner Politiker gegen den Kanzler Caprivi diese Veröffentlichungen weidlich auszubeuten. Dort hieß es: Vornehmlich hätte das Bemühen zweier Jesuitenväter, des Pater Volta am polnischen Hofe in Warschau und des Pater Wolff (geb. Baron v. Ludinghausen), dem durch einen unglücklichen Fall, den seine Amme verschuldet und verschwiegen hatte, im Rückgrat verkürzten, übereitlen Fürsten die Königskrone verschafft. Damals hätten die Väter vom Orden Jesu dies Opfer selbst gegen des Papstes Wunsch gebracht, um die Christenheit vor den ungläubigen Arabern zu bewahren. Es sei daher eine einfache Pflicht der Dankbarkeit, die Jesuiten ins Land zu rufen, zumal nur diese mit den verflixten Socis zu Rande kommen könnten. Es hat sich damals ein lebhaftes Gezänk zwischen katholischen und protestantischen Schriftstellern über den Einfluß der Brüder Jesu auf die Erlangung der Königskrone erhoben.

Wir haben nicht die Absicht, uns in den Streit zu mischen, ob die preußische Königskrone Jesuiten geschuldet wird. Nur auf eine Stelle in den Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv möchten wir heute hinweisen. Pater Volta setzt in schulgemäßer Weise in einem längeren Aufsatz dem troß heißen Ringens immer noch nur mit dem Kurhut bedeckten Friedrich auseinander, daß es verschiedene Wege gäbe, die Königskrone zu erlangen. Soweit der Titel eines preußischen Königs in Betracht käme, habe der Kaiser keine Macht, ihn zu verleihen, der Polenkönig würde diesen Titel wohl nicht zugestehen usw. Aber es könne ja Friedrich durch sein Volk sich mit dem Königsschmuck schmücken lassen, auch kraft seiner eignen Macht die Krone sich selbst aufsetzen. Am besten wäre es, wenn als königlicher Titel der eines Königs der Vandalen gewählt würde.

„Es scheint", schreibt Volta, daß vor allen andren Teilen Ihres Machtgebiets demjenigen, welcher zum ehemaligen Vandalenreiche gehörte, der königliche Name und die darauf zu gründende Majestät zukommen. Dieses Land besaß ehedem Könige, welche in Europa geblüht und der Welt Schrecken eingejagt haben. Und kein andrer Name würde besser klingen als derjenige „Rex Vandalorum", „König der Vandalen", welcher jene ruhmgekrönte alte Zeit in der Person Ew. Kurfürstl. Durchlaucht wieder aufleben ließ."

klar war, daß die Sache nicht vor das Gewerbegericht gehörte. 511 (517) Klagen wurden noch vor dem ersten Termin erledigt, somit blieben für die Rechtsprechung 12 119 (12 209). Davon wurden erledigt durch Vergleich 6372 (6388), durch Verzicht 8 (7), durch Zurücknahme oder Ruhenlassen 2745 (2602), durch Anerkenntnisurteil 23 (47), durch Versäumnisurteil 980 (1034), durch andre Urteile 1866 (1723), während 605 (408) noch unerledigt blieben. Unter den durch Zurücknahme „erledigten" Klagen waren im Berichtsjahre 563, die an das Innungsschiedsgericht abgegeben werden mußten. Durch Vergleich wird schon seit einigen Jahren über die Hälfte aller Sachen erledigt, während in den ersten Jahren der Thätigkeit des nun über 7 Jahre bestehenden Berliner Gewerbegerichts der Anteil der Vergleiche erheblich geringer war. Es ist das ein Zeichen, daß auch in den Rechtsstreitigkeiten das Gewerbegericht mehr und mehr als eine Art Einigungsamt angesehen wird. Der Bericht hebt hervor, daß die Parteien oft von vornherein mit der Absicht, die Streitigkeit durch Vergleich zu beenden, vor das Gericht kommen. Die Verteilung der Klagen auf die 8 Kammern war folgende: I. Schneiderei und Näherei 2367 (2630), II. Textil-, Leder-, Putzindustrie 875 (961), III. Baugewerbe 1193 (1240), IV. Holz- und Schnitzstoffe 1364 (1275), V. Metalle 1462 (1377), VI. Nahrung, Beherbegung usw. 2471 (2321), VII. Handel und Verkehr 1421 (1448), VIII. Verschiedenes 966 (957). Streitgegenstand war besonders: 6845 (7291) mal rückständiger Lohn, 5118 (4717) mal Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung, 530 (487) mal Herausgabe von Arbeitsbüchern, Werkzeug usw., 350 (347) mal Ausstellung eines Arbeitszeugnisses, 252 (239) mal Schadenersatz 98 (47) mal Wiederaufnahme der Arbeit, 76 (74) mal Auflösung oder Fortsetzung des Lohnverhältnisses usw. usw. In manchen Klagen wurden gleichzeitig mehrere dieser Ansprüche geltend gemacht. Geldansprüche kamen 11 796 (12 378) mal in Frage, 5895 (5867) mal bis 20 M., 4049 (4876) mal 20—50 M., 1711 (1618) mal 50—100 M., 641 (512) mal über 100 M. Die niedrigste Summe war 30 (35) Pfennig, die höchste 1400 (3019) Mark. Von Arbeitnehmern wurden 11 990 (12 155) Klagen angestrengt, darunter 2387 (2540) von weiblichen; von Arbeitgebern nur 640 (571). Von den Arbeitgeber-Klagen gelangten 92 (72) zum kontradiktorischen Urteil, und es wurden 53 (48), d. h. 57½ (67) Proz. dieser Klagen vom Kläger gewonnen. Unter 1329 (1856) zum kontradiktorischen Urteil gelangten Klagen der Arbeitnehmer wurden 844 (1058) das heißt 63½ (57) Proz. vom Kläger gewonnen. Diesmal war also bei diesen Klagen der Ausfall für die Arbeitnehmer verhältnismäßig günstiger als für die Arbeitgeber. In den Vorjahren war es stets umgekehrt. Die Erledigung der Klagen dauerte bis 1 Woche bei 12 (13) Proz., 1—2 Wochen bei 45 (42) Proz., bei den übrigen länger, bei 10 (5) Proz. sogar über 4 Wochen. — Als Einigungsamt hat das Gewerbegericht im Berichtsjahr ungewöhnlich oft gedient. Es trat in Wirksamkeit bei 31 Streiks (im Vorjahr bei 9), und zwar 9 (4) mal ohne Anrufung von irgend einer Partei, 14 (4) mal auf Anrufung von einer Partei, darunter 12 (2) mal von Arbeitnehmern, 2 (2) mal von Arbeitgebern, ferner 8 (1) mal auf Anrufung von beiden Parteien.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen Sitzung die Magistratsvorlage über den Ankauf von Aktien der ehemals Siemens u. Halskeschen Straßenbahnen einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen. Ueber die Notwendigkeit des Schritts, den der Magistrat der Versammlung in dieser Vorlage empfiehlt, war man von vornherein einig. Stadtverordneter Preuß machte den Versuch, eine „Vorwärts"-Notiz über die Vorlage so zu drehen, daß sie sich, wie er meinte, gegen unsre Genossen in der Versammlung ausspielen ließ. Er wurde aber von Singer belehrt, daß ein Unterschied besteht zwischen einer bloßen Konzessionsverlängerung und dem bekannten Vertrag über die Umwandlung des Pferdebetriebs der Straßenbahnen in elektrischen Betrieb. Für diesen Vertrag sind unsre Genossen in der That eingetreten, aber nur deshalb, weil auf andre Weise gewisse Vorteile für das Publikum und für die Straßenbahn-Angestellten (Groschentarif, Pensionskasse usw.) nicht erreicht werden konnten. Im übrigen haben die Linien, um die es sich in der Vorlage handelt, nicht das geringste mit jenem Vertrage zu thun. Stadtverordneter Karl Goldschmidt machte hinterher Herrn Preuß dasselbe Mißverständnis noch einmal noch, so daß sich Singer auch mit diesem Herrn noch zu beschäftigen hatte. — In der Angelegenheit des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhauses, das um Uebernahme in städtische Verwaltung gebeten hat, weil es nicht länger aus Privatmitteln erhalten werden kann, ist die Versammlung dem Magistratsantrage beigetreten, die Anstalt 1902 zu übernehmen und sie bis dahin ausreichend zu unterstützen. Genosse Freudenberg hob hervor, wie gerade diese Anstalt, die ihre Thätigkeit einst unter den denkbar günstigsten Bedingungen begonnen habe, die Unzulänglichkeit der Privatwohlthätigkeit schlagend erwiesen habe.

Gewerbegericht kontra Innungsschiedsgericht. In dem neuesten Geschäftsbericht des Berliner Gewerbegerichts wird ein Streitpunkt erwähnt, der das Verhältnis der Gewerbegerichte zu den Innungsschiedsgerichten betrifft. Nach § 91 der Gewerbe-Ordnung soll bei den Innungsschiedsgerichten die „Anberaumung" des ersten Termins innerhalb acht Tagen nach Eingang der Klage erfolgen. Wird diese Frist nicht innegehalten, so kann der Kläger verlangen, daß statt des Innungsschiedsgerichts das Gewerbegericht — sofern ein solches in dem betreffenden Orte besteht — entscheidet. Das Berliner Gewerbegericht ist nun in Uebereinstimmung mit der städtischen Gewerbedeputation und verschiedenen Kommentatoren der Gewerbe-Ordnung der Ansicht, daß in diesem Falle „Termin anberaumen" gleichbedeutend ist mit „Termin abhalten". Das Innungs-Schiedsgericht vertritt einen andren Standpunkt und glaubt der gesetzlichen Vorschrift zu genügen, wenn es innerhalb 8 Tage den ersten Termin nicht abhält, sondern thatsächlich nur „anberaumt". Im Aufsichtswege kann die Gewerbedeputation hier nicht eingreifen. Es ist aber von einem klagenden Arbeiter der Instanzenweg gegen das Urteil des Innungs-Schiedsgerichts beschritten worden, und das Amtsgericht als 1. Instanz hat zu Gunsten des Klägers entschieden und den Prozeß an das Gewerbegericht verwiesen. Die Frage ist von Wichtigkeit für eine große Zahl von Arbeitern. Die auf Grund der sogenannten Handwerker-Novelle von 1897 erfolgte Bildung von Zwangsinnungen hat den Kreis der Innungsmitglieder und hiermit auch der Arbeiter, die als Gehilfen usw. von Innungsmitgliedern fast durchweg vor dem die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ausschließenden Innungs-Schiedsgericht Recht zu nehmen haben, sehr vergrößert.

Geheim-Controleure. Das System der „geheimen" Kontrolle der Arbeiter gewinnt in Unternehmerkreisen immer mehr Anhänger und treibt insbesondere auch im öffentlichen Verkehrswesen duftende Blüten. Nachdem die Große Berliner zur Ueberwachung ihres Fahrpersonals mit der Anstellung von „geheimen Controleuren" bereits vorgegangen ist, treffen nunmehr auch die Besitzer von Taxameter-Droschken Anstalten, sich diese Errungenschaft zu eigen zu machen. Bekanntlich haben die vereinigten Taxameter-Fabriken die monatliche Miete für ihre Fahrpreisanzeigeapparate von 6 M. auf 7,50 M. in die Höhe geschraubt und die Droschkenbesitzer haben, wenn auch widerstrebend, in den sauren Apfel beißen müssen. Infolgedessen sind sie nun bestrebt, die erhöhten Ausgaben durch Erzielung von Mehreinnahmen wieder wett zu machen. Besonders schlau veranlagte Fuhrherrn waren der Meinung, daß der einfachste und kürzeste Weg zum erwünschten Ziele der sei, den Taxameterkutschern von dem nach langen Kämpfen errungenen festen Grundlohn, der jetzt pro Tag 1,50 M. beträgt, 50 Pf. zu streichen. Damit würden die 8 Pf. Mietssteigerung pro Tag für die Apparate reichlich gedeckt worden sein. In der sicheren Voraussicht aber, daß die Kutscher sich einen solchen Abstrich nicht gefallen lassen würden, fand dieser plausible Vorschlag keine Annahme. So kam man denn zu dem Entschluß, mit dem Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen sich bezüglich der Erhöhung der Grundtaxe für Taxameter-Droschken von 50 Pf. auf 60 Pf. in Verbindung zu setzen. Auch dieser Weg erschien profitabel und geeignet, die Mehrkosten für Apparatmiete in reichster Weise zu decken. Das Unterfangen scheiterte indessen an dem Widerstand der Behörde. Nunmehr hat man wieder auf die Kutscher zurückgegriffen. Die Fuhrherren stellen nämlich die unwahre Behauptung auf, daß sie von den Kutschern trotz der angebrachten Apparate noch immer in schmählicher Weise betrogen und durch Nichteinschaltung oder falsche Einschaltung um einen erheblichen Teil ihres „Verdienstes" gebracht werden. Um dies zu verhindern, sollen geheime Controleure angestellt werden zur entsprechenden Ueberwachung der Kutscher. Daß ob der Einführung des Spitzelwesens Mißbehagen herrscht, ist begreiflich. Ehrliche Leute lassen sich nicht gern wie Betrüger behandeln.

Die Jubelfeier am gestrigen Tage trug, wie es ihrer Natur entsprach, einen durchaus militärischen Charakter. Zu der Feier hatten sich anfangs nur einige Hundert Zuschauer eingefunden. Erst später, als die Sonne den winterlichen Nebel durchbrach, wurde der Zufluß lebendiger und stärker. Die Abordnungen aller hiesigen Truppenteile, je 20 Mann von jeder Compagnie, Schwadron und Batterie, ebenso die aus Charlottenburg, Groß-Lichterfelde und Spandau, waren um 9½ Uhr, im Zeughause versammelt. Um 10 Uhr erschien der Kaiser, nachdem kurz vorher bereits die Prinzen und die Kaiserin eingetroffen waren. Der Kaiser nahm die Glückwünsche der Armee aus dem Mund des General von Bock und Polach entgegen. Um 10½ Uhr schloß ein Parademarsch vor der Neuen Wache die Feier. Inzwischen hatte die Auffahrt zum Kapitel des Schwarzen Adlerordens begonnen, die bis 12¾ Uhr dauerte. So sah gestern das „Volksfest" aus. Heute tritt die Begeisterung der Hoflieferanten durch Illuminationen in die Erscheinung.

Die Gesamt-Versicherungssumme aller bei der städtischen Feuer-Societät versicherten Immobilien betrug im verflossenen Etatsjahr 4 006 406 100 M. Im Jahre 1898 betrugen die vergüteten Gebäudeschäden nur 1838, während sie im laufenden Jahre (1900) die Zahl von 1937 erreichte, wofür 935 553 M. Entschädigungen gezahlt werden mußten, gegen 843 934 M. im Vorjahre. An größeren Entschädigungen mußten gezahlt werden an Hoppe für den Brand der Maschinenfabrik in der Gartenstr. 9/12 die Summe von 150 821 M., an Gerson für den Brand am Werderschen Markt 5/6 39 200 M., an Haurwitz u. Co. für den Brand der Dachpappenfabrik, Kottbuser-Ufer 23 38 640 M., für den Dachstuhlbrand Potsdamerstraße 118b 32 189 M., an die Holzhandlung von Küster für den Brand des Holzplatzes Greifswalderstr. 78/80 21 508 M., für den Dachstuhlbrand Schöneberger-Ufer 25, Ecke Potsdamerstraße, 20 175 M., für den Brand am Cirkus 4 16 417 M., in der Französischenstr. 31 15 665 M., für die Dachstuhlbrände: Frobenstr. 27 14 580 M. und Alt-Moabit 98 13 810 M. Mit Einschluß der erhöhten Beiträge ergiebt sich bei dem Satze von 4,7 Pf. für 100 M. ein Beitrag von insgesamt 2 023 672 M., der Gesamtbedarf für das Jahr 1899/1900 beträgt 1 995 417 M. Durch die großen Brände, die große Entschädigungen verursachten, mußten die Beiträge von 4,7 Pf. für 100 M. auf 5 Pf. erhöht werden.

Der Berliner Vorortverkehr. Am 1. Oktober 1891 wurde auf den preußischen Staatseisenbahnen für den Verkehr zwischen Berlin und seinen Vororten (bis 20 Kilometer nach jeder Richtung) der sogenannte Gruppentarif eingeführt, der in drei Abstufungen — 7,5 Kilometer, 15 Kilometer und 20 Kilometer — Fahrpreise von 10, 20 und 30 Pf. festsetzte. Seitdem hat sich der Verkehr auf diesen Strecken ganz außerordentlich gesteigert. Während im letzten Jahre vor Einführung dieses Tarifs rund 29⅓ Millionen Fahrten gemacht wurden, weist das Rechnungsjahr 1898 99 rund 57,8 Millionen Fahrten auf, was in den acht Jahren eine Vermehrung um 147 Proz. bedeutet. Die Einnahmen steigerten sich von rund 6,4 auf rund 10,9 Millionen M., eine Steigerung um 69 Proz. Diese Einnahmen betragen demnach jetzt ungefähr den dreißigsten Teil der Einnahmen aus der Personenbeförderung der gesamten preußischen Staatsbahnen.

In der Wohnung seiner Geliebten erschossen hat sich der 25 Jahre alte Schreiber Oskar Stolpe aus der Reichenbergerstr. 114, der bei einem Rechtsanwalt in der Friedrichstraße beschäftigt war. Der junge Mann wohnte bei seiner Mutter, neben der an demselben Flur eine 35 Jahre alte, von ihrem Mann seit drei Jahren verlassene Schneiderfrau Voigt ihre Wohnung hat. Seit einem Vierteljahr hatte er ein Verhältnis mit Frau Voigt. Seine Mutter billigte das nicht. Vorgestern, Mittwochabend, war Stolze, während seine Geliebte außerhalb des Hauses nähte, mit ihrer zehnjährigen Tochter allein in der Wohnung. Um 6 Uhr schickte er das Mädchen zur Mutter mit der Bitte, bald nach Hause zu kommen, da er ihr etwas Wichtiges zu sagen habe. Als Frau Voigt nach einer Stunde kam, fand sie den jungen Mann tot auf dem Sofa liegen. Er hatte sich durch einen Revolverschuß in das Herz getötet. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon ungefähr eine Stunde vorher eingetreten war.

Ein schwerer Verlust hat die in der Waßmannstraße 32a, Hof 3 Treppen, wohnhafte Ehefrau Laquar betroffen. Ihr Mann ist erblindet und daher völlig arbeitsunfähig und sie selber versieht, trotzdem sie ebenfalls schwer nervenleidend ist, eine Aufwartestellung. Am Dienstag erhielt sie den Auftrag, eine ihr übergebene Summe von 150 M. an dritter Stelle abzuliefern. Auf dem Wege nach ihrer Wohnung verlor sie das Geld in der Waßmannstraße. Einige Personen wollen beobachtet haben, wie ein korpulenter Herr das Portemonnaie aufhob. Vielleicht hat diese Mitteilung den Erfolg, daß der Finder das Geld der schwergeprüften Frau wieder zustellt.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht II mußte gestern plötzlich unterbrochen werden. Es traf nämlich zu Beginn der Sitzung die Nachricht ein, daß der Vorsitzende, Landgerichtsrat Hoffmann, in der Nacht plötzlich am Herzschlag gestorben sei. Zum Vorsitzenden wurde der Landgerichtsrat Langer berufen, der die in dieser Schwurgerichtstagung noch anhängigen Sachen erledigen wird.

Erstickt. Auf dem Droschkenhalteplatze am Stettiner Bahnhof geriet gestern dem dort haltenden Droschkenkutscher Friedrich Gadegast beim Verzehren seines Abendbrots ein Stückchen eines Kloßes in die Luftröhre, von dem er sich nicht befreien konnte. Er wurde deshalb nach der Unfallstation IX gebracht, wo er indessen während des vom Arzte vorgenommenen Versuchs zur Entfernung des Stücks erstickte.

Vermißt wird seit 14 Tagen der 60 Jahre alte Schweinehändler Otto Lohfeld aus der Chorinerstr. 46—47. Lohfeld ging am Mittwoch vor vierzehn Tagen nach Rummelsburg und kaufte dort Schweine, um sie in der Umgebung von Berlin wieder zu verkaufen. Am nächsten Sonntag sah ihn ein Schaffner in Adlershof in einen Vorortzug steigen. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gesehen oder gehört. Alle Nachforschungen der Angehörigen haben keinen Anhaltspunkt zur Ermittelung seines Verbleibs ergeben.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Sonnabend, den 19. d. M., abends 8½ Uhr, Herr Dr. Robert Defregger seinen Kursus über „Die physikalischen Grundlagen der Elektrotechnik" im Hörsaal des Physikalischen Instituts, NW., Reichstagsufer 7/8. Die Eintrittskarten zu diesem Kursus sind bereits seit längerer Zeit vergriffen.

Das ehrsame Schlosserhandwerk war gestern abend im Passage-Theater zu einem merkwürdigen Zweck versammelt. Dort traten die Herren Cirnoc, Vater und Sohn, in der neuerdings so sehr beliebt gewordenen Kunst des Entfesselns auf. Herr Cirnoc sen. verkündete dem Publikum in einem an das Englische erinnernden Accent, daß er mit jemand eine Wette um 500 M. abgeschlossen habe. Sein Sohn solle von hiesigen Fachleuten mit Schlössern von beliebigem Mechanismus und den Künstlern unbekannter Konstruktion gefesselt werden. Gelinge es dem jungen Mann, sich aus der Fesselung zu befreien, dann habe er die fünfhundert Mark gewonnen; im andren Falle müsse er blechen. Die Herren Cirnoc sahen nicht danach aus, als ob fünfhundert Mark ein Pappenstiel für sie seien. Nun machten sich etwa ein Dutzend Schlosser ans Werk, die Handschellen, Fuß und Halseisen zu prüfen und sie am Körper des jungen Manns mit ihren Schlössern zu verschließen. Darauf steckten sie die Schlüssel in die Tasche. Der junge Cirnoc, der sich vor lauter Eisen kaum rühren konnte, wurde in sein Zelt gebracht, dort abermals an Händen, Füßen und Hals gefesselt, und nunmehr zog der Vater den Vorhang zu. Es dauerte fünf Minuten, und der Jüngling hatte sich von den Ketten und Schlössern, siebzehn an der Zahl, befreit. Jubelnder Beifall, der noch wuchs, als die Fachleute feststellten, daß alle ihre Kunstwerke unbefehrt geblieben waren.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabendabend 8½ Uhr im Lokal des Herrn Neubauer, Hausotterstr. 81, seine Generalversammlung ab; Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann.

Groß-Lichterfelde. Nach dem Bericht über die Gemeindekassen-Rechnung für 1899/1900 in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung ergaben Minder-Einnahmen: die Gemeinde-Einkommensteuer 3562,52 M.; die Umsatzsteuer 14985,71 M. — Mehr-Einnahmen wurden erzielt durch den neuen Gas-Vertrag 13 190,41 M. (Daß dieser Posten als „Einnahme" bezeichnet wird, ist jedenfalls Lichterfelder Ortseigentümlichkeit; er könnte mit etwas mehr Recht als „Minderausgabe" bezeichnet werden können.) — Mehraufwendungen erforderten die Armenpflege: 5044,51 M., die Verzinsung der Schulden 6012,15 M. Dem stehen Minderausgaben mit 12 162,19 M. gegenüber. Die vorgekommenen Etatsüberschreitungen werden genehmigt. — Die Verpachtung eines Teils des Schulgrundstücks in der Kastanienstraße an Herrn Born erfolgt nach eingehender Diskussion auf 4 Jahre zum Pachtpreise von 500 M. pro Jahr. Der Gemeindevorstand beantragte von der öffentlichen Ausschreibung Abstand zu nehmen und das Grundstück auf sechs Jahre dem betreffenden Herrn zu dem von diesem offerierten Pachtzins von 500 M. zu überlassen.

Gem.-Vertr. Lehmann war so entzückt von diesem Vorschlag, daß er ihn schlankweg zur Annahme empfahl. Leider trat die Gemeindevertretung diesem unbegreiflichen Antrage mit der Abänderung bei, nur auf drei Jahre fest zu verpachten und dann jährliche Kündigung eintreten zu lassen. Also effektiv auf 4 Jahre bleibt daß Grundstück dem Gebrauch der Gemeinde entzogen. Bei dem rapiden Wachstum unsres Orts es sehr wahrscheinlich, daß eine Erweiterung des jetzigen Schulbaues in den nächsten Jahren eintreten muß. Vielleicht pachtets dann die Gemeinde dem Herrn Pächter für die noch in Betracht kommende Zeit ab — zu einem anständigen Preis natürlich! —

Von der Wohnungsnot ist auch Spandau arg heimgesucht worden. Nicht nur daß die Mietssteigerungen eine ganz unverschämte Höhe erreicht haben, es sind in der That keine Arbeiterwohnungen in Spandau mehr zu haben, und zahlreiche Familien müssen deshalb nach den umliegenden Dörfern ziehen, wo aber auch schon Wohnungsmangel herrscht. Die Polizei hat sich der obdachlosen Familien in der Weise angenommen, daß Polizeibeamte sich in dem benachbarten Staaken für jene nach Wohnungen umsahen, aber auch dort zum Teil vergebens. In Spandau melden sich jetzt an jedem Abend 10 bis 15 Obdachlose auf der Polizeiwache, um für die Nacht ein Unterkommen zu finden. Unsre Genossen im Stadtparlament haben für die nächste Stadtverordneten-Sitzung einen Antrag, welcher auf Linderung des gegenwärtigen Wohnungselends abzielt, eingereicht.

Das Dahlemer Projekt. Man schreibt uns: Als wir neulich die Anlage von Arbeiterwohnungen nach dem Bremer Typ auf dem Gebiete der Domäne Dahlem anregten, war es der Oeffentlichkeit gänzlich unbekannt, daß der Bebauungsplan für Dahlem längst der „Oeffentlichkeit" übergeben war. Die Oeffentlichkeit in diesem Falle war eine versteckte Bekanntmachung im Amtsblatt und die Auflage des Plans im Zimmerchen des Gutsinspektors zu Dahlem. Die Frist zu Einsprüchen ist abgelaufen; und damit ist die Sache glatt. Den Plan hat Herr Kyllmann ausgearbeitet, — Herr Kyllmann mit der Pyramide — und er ist denn auch splendid genug ausgefallen. In Dahlem soll danach der glänzendste Villenvorort erstehen, den Berlin hat, etwa mit Ausnahme vom Grunewald. Die Hauptstraßen sollen 30 Meter breit werden und außerdem 15 Meter Vorgarten vor den Häuserfronten — 7½ Meter an jeder Seite — haben. Etwas weniger glänzend werden die Nebenstraßen ausfallen. Wir kommen deshalb auf den Vorschlag zurück, daß der preußische Fiskus auf dem Dahlemer Besitz mit gutem Beispiel vorangeht. Die Villen-Bauvorschrift soll nach neueren Verordnungen ausgedehnt werden auf zahlreiche Terrains im Westen. Diese Ausdehnung in Verbindung mit dem Dahlemer Projekt wird sich als eine unerträgliche Einengung des Baugeschäfts fühlbar machen. Um so mehr ist es angebracht, daß auch Arbeitern und kleinen Leuten etwas von der Gunst der Baupolizei zu teil wird und daß in Zukunft alle Villenkolonien mit Straßenzügen von Ein- und Zweifamilien-Häusern nach Bremer System durchsetzt werden. Ein Teil der Berliner Arbeiter würde in der Lage sein, sich in solchen Häusern anzusiedeln und diese zu erwerben, wenn etwa die Altersversicherung mit Kapitalien hinzuträte.

Lehnt der Fiskus ab, einen Teil von Dahlem auf diese Weise bebauen zu lassen, so wird auch im übrigen der Villenbau die Stadt nach Westen hin einschnüren und lähmen. Denn der Villenbedarf ist doch ein begrenzter, und das Dahlemer Projekt droht mit einer lähmenden Ueberproduktion an Landhäusern.

In Steglitz wurde am Dienstagabend der 55jährige Bauwächter Schmidt aus Berlin von einem obdachlosen Italiener mit einem Spaten niedergeschlagen, blieb mit lebensgefährlichen Schädelverletzungen die ganze Nacht hilflos in seiner Baubude liegen und ringt zur Stunde im Kreiskrankenhause zu Groß-Lichterfelde mit dem Tode. Nach dem Thäter fahndet die Kriminalpolizei. Auf dem Neubau der Vorort-Elektricitätswerke in der Körnerstraße zu Steglitz lag dem Bauwächter Schmidt die nächtliche Bewachung ob. Bei dem Bau werden italienische Arbeiter von der Firma Ramelow mit Legen von Cementfußböden beschäftigt. Einen dieser Arbeiter überraschte Schmidt am Dienstag nach Feierabend, wie er es sich im Kesselhause bequem machte, um dort zu nächtigen. Vom Wächter aufgefordert, den Raum zu verlassen, ergriff der Italiener seinen eisernen Spaten, führte damit mehrere Hiebe nach dem Kopf des Schmidt und flüchtete. Unter Aufgebot seiner letzten Kräfte gelang es Schmidt, sich bis zur Baubude zu schleppen; dann brach er bewußtlos zusammen. Dort fanden ihn Arbeiter am Mittwochmorgen, dem Tode nahe.

Der Verbrecher konnte, wie nachträglich gemeldet wird, gestern festgenommen werden. Er heißt Dorigo de Langelo und hat sich bei einem Arbeitsgenossen in der Möckernstr. 97 versteckt gehalten. Gestern wurde er nach Moabit gebracht.

Aus Rixdorf. Durch die Unvorsichtigkeit eines Dienstmädchens entstand gestern nachmittag in dem Hause Prinz Handjerystr. 46 ein umfangreicher Kellerbrand. Das Dienstmädchen des Handelsmanns Wahl hatte Waren aus dem Keller geholt und dabei ein noch glimmendes Streichholz fortgeworfen, welches Stroh, Lumpen rc. in Brand setzte. Das Feuer griff rasch um sich, doch gelang es der freiwilligen Feuerwehr, mehrere Fässer Petroleum rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und den Brand nach circa einstündiger Thätigkeit zu löschen. — Wegen eines Ladendiebstahls wurde in der Steinmetzstraße ein unbekannter Mann auf frischer That festgenommen. Der Verhaftete nennt sich Ernst Behrens aus Magdeburg. — Die einzelnen Deputationen beschäftigen sich schon fleißig mit der Beratung des städtischen Etats. Fast täglich finden jetzt lange Sitzungen statt. — Auf dem preußischen Städtetag in Berlin wird unsre Stadt durch Bürger-

meister Voigt und Stadtrat Granier vertreten sein. — Große Aufregung herrschte in der vorletzten Nacht unter den Bewohnern der Grundstücks Hobrechtstraße 4. Der daselbst wohnhafte Arbeiter August Manschke verübte in seiner Wohnung einen Heidenlärm und feuerte mehrere Revolverschüsse ab, worauf er mit geladener Waffe im Hause herumging. Ein herbeigeholter Schutzmann nahm dem stark Angeheiterten die Waffe fort und brachte den M. selbst zur Polizeiwache.

Socialles.

Vom preußischen Bergbau.

Aus den dem Landtage zugegangenen Nachrichten über den Betrieb der preußischen Staats-Bergwerke, -Hütten und Salinen wiesen wir schon vor einigen Tagen zahlenmäßig nach, wie riesig der Gewinn gestiegen ist, den der Fiskus seit Jahren aus diesen Werken herauszuwirtschaften versteht.

Wie sehr dabei Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet werden, geht daraus hervor, daß der Bericht eine Zunahme der Zahl der tödlichen Verunglückungen konstatieren muß. Es kamen im Jahre 1899 durch Betriebsunfälle 121 Arbeiter zu Tode gegen 103 im Jahre vorher, oder 1,695 gegen 1,555 pro Tausend. Daß die Ziffern des Jahrs 1899 gegen die des Jahrs 1897 etwas zurückbleiben, ist für die Hinterbliebenen der verunglückten Arbeiter kein Trost. Angesichts dieser Zahlen wäre ein baldiger Abschluß der Arbeiten der vor mehr als Jahresfrist eingesetzten Stein- und Kohlenfall-Kommission dringend erwünscht. Damit scheint es aber noch gute Weile zu haben, denn vorläufig sind die Arbeiten dieser Kommission nur so weit gefördert, daß „demnächst" eine einheitliche Zusammenstellung und Prüfung des durch die einzelnen Abteilungen derselben in den hauptsächlichsten Bergrevieren durch zahlreiche Befahrungen und Untersuchungen an Ort und Stelle gesammelten Materials erfolgen kann.

Viel Aufhebens macht die Verwaltung von ihrer Wohnungspolitik, die in der Ansiedelung von Arbeitern in der Nähe der staatlichen Werke besteht. Wie steht es um diese „bewährte" Politik? Es erhielten sechs Arbeiter in Oberschlesien zusammen 5400 M. als Bauprämien und 12 000 M. als unverzinsliche, in zehn Jahren rückzahlbare Hausbaudarlehen. Im Saarbezirk wurden 81 Hausbauprämien in Höhe von je 825—900 M. im Gesamtbetrage von 72 435 M. und 120 300 M. unverzinsliche Darlehen gezahlt. Die Gesamtsumme der im Saarbezirk seit dem Jahre 1873 gewährten unverzinslichen Hausbaudarlehen stellt sich am Schluß des Jahrs auf 4 136 800 M., die Zahl der seit 1842 prämiierten Bergmannshäuser ist hierdurch auf 6094 gestiegen. Außerdem werden in manchen Fällen bergfiskalische Grundstücke den Arbeitern gegen billiges Entgelt zur Nutzung überlassen, und weiter sind auf Grund der Gesetze betr. die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von staatlichen Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten im Bereich der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung bis zum 1. Februar 1899 im ganzen 56 Wohnhäuser mit 186 Familienwohnungen fertiggestellt und an die Arbeiter oder Beamten vermietet. Das ist alles, was die Bergverwaltung bisher auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge für ihre Arbeiter gethan hat — nicht nur eine unzulängliche, sondern vor allem auch eine ganz falsche Politik, denn diese ganze Art der Wohnungsfürsorge ist planmäßig darauf gerichtet, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, ihnen ihre Bewegungsfreiheit zu nehmen und sie zu gefügigen Werkzeugen in der Hand des Unternehmers „Staat" zu machen. Die bekannten Vorgänge bei dem großen Bergarbeiterstreik zu Anfang der 90er Jahre beweisen das zur Genüge.

Ein Urteil von weittragender Bedeutung hat das Reichsgericht in einer Streikangelegenheit gefällt. In der Eisengießerei von G. Kuhn in Zuffenhausen (Württemberg) weigerten sich zwanzig Former Streikarbeit aus einer andren Fabrik zu machen. Sie wurden sofort entlassen und außerdem klagte die Firma auf Schadenersatz gegen die Entlassenen, wobei sie die Summe von 2043,76 M. als Ersatz beanspruchte und außerdem beantragte, die Beklagten als Gesamtschuldner solidarisch haftbar zu erklären.

Landgericht, Oberlandesgericht und Reichsgericht entschieden nach dem Antrage. Die 20 Former sind verurteilt, der Firma den Schaden zu ersetzen, obwohl sie nicht jede Arbeit, sondern nur die Streikarbeit verweigert hatten und obwohl sie wegen der Weigerung sofort entlassen wurden. Und sie sind gleichzeitig verurteilt, einer für den andern zu haften; wenn einer oder mehrere ihren Anteil nicht bezahlen können, dann müssen die andern für sie mitbezahlen. Aus den Entscheidungsgründen, die jetzt in amtlichen Blättern veröffentlicht werden, teilen wir die wesentlichste Stelle mit:

„Die Beklagten meinen zwar, der Kläger habe den erlittenen Schaden selbst verschuldet, da sie bereit gewesen seien, andre Arbeiten zu verrichten, und der Kläger die von ihnen verweigerten Arbeiten durch andre Arbeiter habe ausführen lassen können. Aber das Recht kann dem **Dienstherrn** nicht zumuten, sich der rechtswidrigen Arbeitsweigerung seiner Arbeiter in dieser Weise zu fügen; seine Stellung und ein ordnungsmäßiger Geschäftsbetrieb würden dadurch unhaltbar werden, von einem Verschulden des Klägers kann daher keine Rede sein.

Auch durch die sofortige Entlassung der Beklagten wird der Anspruch auf Schadenersatz nicht ausgeschlossen. Es handelt sich hier nicht um einen den Schadenanspruch wegen Nichterfüllung ausschließenden Rücktritt vom Vertrage, als ob er nicht geschlossen wäre, sondern um die vorzeitige Auflösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, die von dem Arbeiter verschuldet ist und für deren nachteilige Folgen er deshalb zu haften hat. Dies folgt schon aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die Reichs-Gewerbe-Ordnung hebt diese Folge zwar nicht besonders hervor, schließt sie aber auch nirgends aus, sie ergiebt sich aus der verschuldeten Nichterfüllung. Auch das neue Bürgerliche Gesetzbuch enthält diesen Satz im § 628 Abs. 2.

Mit Recht hat aber das Berufungsgericht ferner die Haftung der Beklagten 1—20 als Gesamtschuldner ausgesprochen; gegen sie ist auch die Deliktsklage wegen arglistiger Vermögensschädigung begründet. Denn nach der ferneren, eingehend begründeten Feststellung des Berufungsgerichts haben die Beklagten „auf Grund einer gemeinschaftlich getroffenen Verabredung in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken gehandelt"; sie wollten — was die einzelnen durch ihr Auftreten nicht erreichen konnten — mit vereinten Kräften durch rechtswidrige Weigerung der Arbeit ihren Arbeitsherrn zwingen, sich ihrem Willen zu fügen und die Anfertigung der sogenannten Streikmodelle zu unterlassen. Die Arbeitsweigerung war nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel, um unter dem Druck des durch die kündigungslose gemeinsame Arbeitseinstellung dem Kläger drohenden Schadens ihren Willen durchzusetzen; jeder von ihnen war, wie das Berufungsgericht ausdrücklich feststellt, sich bewußt, daß der Kläger durch ihr Vorgehen geschädigt werden würde."

Das Urteil betrachtet also die Arbeiter als verpflichtet, jede Arbeit, die ihnen der Unternehmer aufträgt, zu machen, da seine „Stellung" als „Arbeitsherr" unhaltbar würde, wenn sich die Arbeiter weigern dürften. Man sieht, daß das Reichsgericht noch tief in der Auffassung des Arbeitsverhältnisses als eines Verhältnisses von Herren und Dienerin befangen ist, über welche selbst die Gesetzgebung, geschweige denn die öffentliche Meinung in Deutschland doch schon weit hinausgewachsen ist.

Für geradezu dem Geiste des Koalitionsrechts widersprechend halten wir aber die Entscheidung, soweit sie die solidarische Haftbarkeit ausspricht. Die Gründe machen das recht deutlich. Die gemeinschaftliche Verabredung zu bewußtem und gewolltem Zusammenwirken, etwas was durch § 152 der R.-G.-O. als ausdrücklich erlaubt bezeichnet wird, wird hier zu einer arglistigen Handlung gestempelt. Wenn dafür eine solidarische Schadenersatzpflicht statuiert wird, so ist das eine Kontraktbruchsstrafe, wie sie härter durch kein Strafgesetz geschaffen werden würde.

Zunächst besteht ja das Urteil; die Arbeiter müssen mit ihm rechnen, um nicht in schweren Schaden zu kommen. Deshalb müssen sie es genau studieren, damit sie bei Arbeitseinstellungen eine Verfahrungsweise vermeiden, die nach ihm die schwere Strafe des solidarischen Schadenersatzes begründet. Die Gesetzgebung über den gewerblichen Arbeitsvertrag wird aber in Zukunft gleichfalls auf diese Entscheidung Rücksicht nehmen und der Möglichkeit solcher Urteile vorbeugen müssen.

Die Wohnbevölkerung der Schweiz betrug am 1. Dezember 3 321 551, um 379 217 mehr als 1888, eine Zunahme, wie sie die Schweiz früher von einer Volkszählung zur andren nie erfuhr. Im Jahre 1850 zählte die Schweiz 2 390 118 Einwohner, so daß sie innerhalb eines halben Jahrhunderts um rund 1 Million zunahm.

Altersrenten-Versorgung in Neu-Südwales. Am 1. Januar ist in Neu-Südwales eine Einrichtung in Kraft getreten, die besagt, daß jede Person mit gutem Charakter, über 65 Jahre alt, welche während 25 Jahre ununterbrochen in der Kolonie Aufenthalt hatte, eine Rente von 520 M. jährlich erhalten soll, ausgenommen, wo Mann und Frau gleichzeitig rentenberechtigt sein sollten, in welchem Falle jedes 390 M. jährlich erhält. Die Rente vermindert sich um 20 M. für jedes Einkommen von 20 M., welches der Rentenberechtigte besitzt.

Gerichts-Zeitung.

Streikvergehen. Der Tischlergeselle Köhler hatte sich am 17. d. M. vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. wegen Vergehens bei Gelegenheit eines Streiks zu verantworten. Er war angeklagt, zu Berlin am 26. September 1900 den Bildhauerlehrling Grothusen widerrechtlich durch Gewalt und durch Bedrohung mit einem Verbrechen zu einer Handlung genötigt zu haben. Der Anklage lag der folgende Thatbestand zu Grunde: Im September 1900 hatten 21 Gesellen bei dem Tischlermeister Zach wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt. Der Angeklagte soll nun am 26. September den Grothusen, als er das Grundstück verließ, angehalten und gefragt haben, ob seine Arbeit bei Zach fertiggemacht sei und wie viele Gesellen bei Zach noch arbeiteten. Dabei soll der Angeklagte hinzugesetzt haben: „Wenn Du mir nicht die Wahrheit sagst, haue ich Dich zu Puppendr...." Grothusen habe hierauf aus Furcht vor dem Angeklagten, und weil dieser einen fingerstarken Spazierstock gegen ihn erhob, die verlangte Antwort erteilt, worauf der Angeklagte ihm nachgerufen habe: „Wenn Du geschwindelt hast, kriegst Du noch Deine Dresche". — In der mündlichen Verhandlung bekundete Grothusen den Vorfall der Anklage gemäß, worauf der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die Gröblichkeit des Exzesses und weil der Angeklagte gar kein berechtigtes Interesse daran gehabt habe, zu wissen, wie viel Gesellen bei Zach arbeiteten, eine Gefängnisstrafe von einem Monat beantragte. Auf eine Geldstrafe bitte er nicht zu erkennen, da dieselbe doch nicht vom Angeklagten getragen werde, sondern offenbar von der streikenden Organisation, in deren Interesse der Angeklagte gehandelt habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, beantragte, auf eine geringe Geldstrafe zu erkennen. Er knüpfte an die Bekundung des Zach an, er habe zur fraglichen Zeit eine Schadensersatzklage gegen den Angeklagten wegen widerrechtlichen Verlassens der Arbeit angestrengt. Rechtsanwalt Heinemann wies darauf hin, daß entgegen der Ansicht des Staatsanwalts der Angeklagte ein erhebliches Interesse daran hatte, zu wissen, wie viele Arbeiter bei Zach arbeiteten, denn er brauchte diese als Zeugen vor dem Gewerbegericht, um nachzuweisen, daß Zach die Arbeit habe anderweitig fertigmachen lassen, daher keinen Schaden gehabt habe. Der Exceß sei auch keineswegs ein grober. Angeklagter habe ja nur die Wahrheit von Grothusen zu wissen verlangt. Wer endlich die Geldstrafe bezahlt, könne man nicht wissen. Die allein maßgebende mündliche Verhandlung habe sich auf Prüfung dieser Frage nicht erstreckt, auch dürfe das Gericht, welches die für die That angemessene Strafart zu bestimmen habe, sich nach dieser ganz außerhalb liegenden Thatsache bei Abmessung der Strafe nicht richten. Das Gericht erkannte in Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen auf eine Geldstrafe von 50 Mark, da der Angeklagte noch unbescholten sei und er in der That ein Interesse gehabt habe zu wissen, wer seine Arbeit fertig mache und wie viele Gesellen daran arbeiteten. Daher sei von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen worden.

Wegen Untreue und Unterschlagung hatte sich gestern der ehemalige Redacteur und Verleger des „Südwestboten" Paul Weinberg zum zweitenmal vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte war im Jahre 1896 Mitglied des Konsumvereins „Südost" geworden und zwar zu einer Zeit, als der Verein schon dicht vor seiner Auflösung stand. Er wurde alsdann zum Vorsitzenden der Liquidationskommission gewählt, es kam aber bald zwischen ihm und den Vereinsmitgliedern zu Zwistigkeiten, die schließlich nach etwa drei Monaten zu seiner Amtsentsetzung führten. Nach einem von ihm erfochtenen Gerichtsbeschluß mußte aber das Vermögen des Vereins, welches in Höhe von ca. 60 000 Mark bei der Diskontogesellschaft hinterlegt war, ihm überwiesen werden. Da die Mitglieder des Vereins auf Teilung des Vermögens drangen, der Angeklagte aber immer neue Einwendungen erhob, so kam es zu heftigen Reibereien zwischen diesem und den Mitgliedern der Liquidationskommission und die Anstrengung mehrerer Privatbeleidigungsklagen war die Folge. Als endlich das Vermögen des Vereins zur Verteilung gelangte, blieb der Angeklagte mit einigen tausend Mark im Rückstand, und es gelang auch nicht, ihn zur Herausgabe des Gelds zu bewegen. Man schritt infolgedessen zur Klage, hatte damit aber keinen Erfolg, da die Zwangsvollstreckung fruchtlos ausfiel. Der Angeklagte wurde darauf wegen Untreue und Unterschlagung angeklagt und suchte seine Berechtigung zur Zurückbehaltung des Gelds durch Aufstellung einer Rechnung nachzuweisen, in welcher er mit großer Findigkeit alle möglichen Aufwendungen, die er im Interesse des Vereins gemacht haben will, erstaunlich hoch bewertete. Das Gericht hat s. Z. die Aufstellungen dieser Gegenrechnung nur als freie Phantasien gelten lassen und den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Infolge der vom Angeklagten eingelegten Revision wurde die Sache nochmals an die Strafkammer zurückverwiesen, diese hatte sich zum zweitenmale in umfangreicher Beweisaufnahme mit den Vorgängen zu beschäftigen, es verblieb aber bei dem ersten Urteil.

Versammlungen.

In Ober-Schöneweide fand am 12. d. Mts. eine gutbesuchte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Gemeindevertreter John hielt in derselben einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Brandenburger Gemeindevertreter-Konferenz.

Mariendorf-Tempelhof. Am Dienstag, den 8. d. M., hielt der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend in Tempelhof bei Gerth seine Generalversammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Wohnungsnot" hielt. Den Bericht von der Kreiskonferenz gab Martin Müller. Der Anschluß des Arbeiter-Bildungsvereins an den Central-Wahlverein wurde einstimmig beschlossen und führt der Arbeiter-Bildungsverein fortan den Namen „Socialdemokratischer Wahlverein für Mariendorf und Umgegend". Die Neuwahl des Vorstands ergab: Bärenwald, 1., E. Wende, 2. Vors.; Schüttekop, Schriftführer; C. Franz, Kassierer; Greulich, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Thiel, Lammé und M. Müller gewählt. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 108 und verteilen sich dieselben wie folgt: Tempelhof 64, Mariendorf 32, Marienfelde 10 Mitglieder und je 1 Mitglied in Lichtenrade und Mahlow. Die Einnahmen des Vereins betrugen im letzten Quartal inklusive Bestand vom vorigen Quartal 151,51 M., die Ausgaben 25,95; Bestand 125,56 und wurden 40,50 M. an den Vertrauensmann für Tempelhof und 40 M. an den Vertrauensmann für Mariendorf zur Ablieferung an die Parteikasse überwiesen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Filiale Berlin 6). Sonnabend, den 19. Januar, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Dieke, Ackerstr. 123.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. (Gegr. 1892.) Heute abend 9 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Geschäftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der socialdemokratische Wahlverein von Johannisthal hält seine Mitglieder-Versammlung am 19. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale von Rau ab. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Haselof.

Geselliger Stotterer-Verein. Gemeinnützige Kurse stotternder Damen und Herren wird der Verein in Ergänzung seiner gesanglichen und deklamatorischen Uebungen für seine Mitglieder errichten. Stotterer, welche an diesen Kursen teilzunehmen wünschen, können sich zur Aufnahme Eberswalderstraße 24, 1 Tr., persönlich melden, und zwar bis Dienstag, den 22. d. Mts., täglich von 7—8 Uhr abends, und Sonntag von 3—4 Uhr nachmittags. Die Behandlung ist unentgeltlich, nur die Unkosten sind zu decken. Näheres im Vereinslokal.

Vermischtes.

In Konitz werden seit gestern früh Massenhaussuchungen durch verstärkte Gendarmerie und Polizei abgehalten.

Einem hiesigen Blatt wird darüber berichtet: Bei den heutigen Haussuchungen handelte es sich unter anderm um die Gewinnung von Schriftproben, und so wurde nach Briefen und dergleichen Dingen eifrig recherchiert. Anonyme Briefe haben nämlich während der letzten Tage hier eine gewisse Rolle gespielt. So ist einer bekannten hiesigen Persönlichkeit ein Brief zugegangen, der schwere Verdächtigungen gegen den hiesigen Kreisschulinspektor Rhode enthält. Ein der Gattin des genannten Beamten gehöriges Taschentuch wurde seiner Zeit beim Kopfe des Ermordeten gefunden; die Eigentümerin des Tuchs wurde erst durch Zufall entdeckt, nachdem die Behörden sich durch umfangreiche Bekanntmachungen vergeblich bemüht hatten, sie zu ermitteln. Man vermutet, daß das erwähnte anonyme Schreiben auf einen Racheakt zurückzuführen sei. Im Zusammenhang hiermit haben auch bei einigen hiesigen in der Gegend des Mönchsees wohnhaften Lehrern, unter ihnen bei den Lehrern Zuschneider und Weichel, Haussuchungen stattgefunden. Auch an andren Stellen wurden Recherchen vorgenommen.

Eine hiesige Korrespondenz will wissen, daß der Schneidermeister Gast aus Prechlau telegraphisch nach Konitz beordert worden ist. Auch dürfe die Verhaftung einer Person bevorstehen, die in den allerersten Tagen für die Thäterschaft in Betracht gekommen, dann aber freigelassen worden sei.

Zehn Bergleute verunglückt! Ueber ein neues furchtbares Grubenunglück wird aus Essen a. R. gemeldet: Auf der Zeche „König Ludwig" in Recklingshausen sind in der ersten Bausohle Flötz Marie Süd in der letzten Nacht zehn Bergleute infolge einer Explosion schlagender Wetter getötet worden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Die Leichen sind geborgen. Die königliche Bergbehörde leitete sofort die Untersuchung ein.

Hinrichtung. In Leipzig wurde gestern früh 7 Uhr durch den Scharfrichter Brand das Todesurteil des Leipziger Schwurgerichts vom 7. November 1900 an dem 32jährigen Ziegelarbeiter August Dreßler aus Eilenburg vollzogen, welcher den Brauereigehilfen Max Haase auf der Landstraße erdrosselt und beraubt hatte.

Die Pest. Infolge Auftretens der Pest in Konstantinopel sind die Fahrten der rumänischen Dampfer zwischen Konstantza und Konstantinopel eingestellt worden. Der Briefverkehr nach und von der Türkei wird daher bis auf weiteres ausschließlich über Belgrad—Sofia, der Paketverkehr statt über Konstantza über Triest geleitet werden.

Von der Mannschaft des dieser Tage aus Alexandrien in Hull eingetroffenen Dampfers „Friary" sind 3 Mann gestorben und mehrere krank nach dem Hospital geschafft worden. Es besteht der Verdacht auf Beulenpest.

Erhängt hat sich im Centralhotel in Mainz der wegen Fälschungen flüchtige Direktor Georg Schneider vom Landwirtschaftlichen Kreditverein für Mittelfranken in Ansbach.

Der große Militärbefreiungsprozeß in Elberfeld ist bis zum Mai vertagt worden.

Schiffsunglück. Aus Mauritius wird telegraphirt: Der französische Dampfer „Madagaskar" meldet, daß der britische Dampfer „Kaisari" bei Reunion Schiffbruch gelitten habe. 25 Personen seien umgekommen, darunter der Kapitän.

Das schweizerische Zeitungswesen. Die Schweiz zählt gegenwärtig 332 politische Blätter gegen 46 im Jahre 1846. Die meisten derselben erscheinen in den Kantonen Waadt (50), Zürich (48), Aargau (37), Bern (34), St. Gallen (28) 2c. Leider ist daran der Anteil der socialdemokratischen Presse mit kaum 1½ Dutzend Organen ein noch kleiner.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 2 des 11. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Notwendige Ergänzung. I. — Fürsorge der Gemeinden für Mütter und Kinder. Von Dr. Kurt Freudenberg. — Aus der Bewegung. — Die Weihnachtsfeier der Hamburger „vaterlandslosen Gesellen". — Feuilleton: Ein Dienstbotenroman. — Notizenteil von Lily Braun und Klara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Familienrecht. — Frauen-Stimmrecht. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Nachtrag zu den Adressen.

Professor Wilhelm Förster: Der Student und die Politik. Berlin 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften (Dr. John Edelheim). Preis 50 Pf.

Marktpreise von Berlin am 16. Januar 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		6,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
*)Roggen, gut	„	14,20	14,19	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	14,17	14,16	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,14	14,13	Hammelfleisch	„	1,60	0,90
**)Gerste, gut	„	15,40	14,70	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,60	13,90	Eier	60 Stück	5,50	3,20
„ gering	„	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
**)Hafer, gut	„	15,90	15,20	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,10	14,50	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,40	13,80	Hechte	„	2,—	1,—
Richtstroh	„	7,16	6,82	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	8,—	5,30	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,70
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) frei Mühle.
**) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 17. Januar. Getreide. Der Getreidemarkt war heute sehr still bei behaupteten Kursen. Von den europäischen Plätzen lagen schwache, von den nordamerikanischen sogar flauere Berichte vor, die aber durch die strengere Kälte und scharfen Ostwind in ihrer Wirkung aufgehoben wurden. Für Lieferungen waren die hiesigen Mühlen Abgeber, da der Mehlabsatz weiter stockt. Im weiteren Verlaufe zog Roggen, namentlich Effektivware, etwas an, während Weizen auf vermehrtes Angebot ca. 0,50 M. nachlief. Hafer lag still. Rüböl war um 10 Pf. erhöht.

Spiritus. Locospiritus notierte unverändert 44,70.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Januar 1901.

Trocken und vorwiegend heiter, zeitweise nebelig bei schwachen südöstlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Sozialistische Presse Deutschlands.

I. Quartal 1901.

Central-Organ.

„Vorwärts" Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2, SW. 19. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit." Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furthbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg „Altenburger Volkszeitung" Kunstgasse 12.
Bant „Norddeutsches Volksblatt" Neue Wilhelmshavenerstraße 38.
Bielefeld „Volkswacht" Schulstr. 20.
Bochum „Volksblatt" Johanniterstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches Volksblatt", Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund" Höhe 4.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung" Hankenstr. 21/22.
Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme" Am Markt 6.
Breslau „Volkswacht" Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck" Hohenthorstr. 2.
Chemnitz „Volksstimme" Uferstr. 14.
Dessau „Volksblatt für Anhalt" Ballenstedterstr. 5.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" Westenhellweg 120.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne" Lüdenscheid, Louisenstr. 7.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung" Zwingerstr. 22. „Sächsischer Volksfreund" Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Niederrheinische Volkstribüne" Graf Adolphstraße 43.
Elberfeld-Barmen „Freie Presse" Friedrichstr. 37.
Erfurt „Tribüne" Futterstr. 7 p.
Essen „Der Weckruf" Gerlingsplatz 9.
Frankfurt a. M. „Volksstimme" Großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung" Königstr. 95.
Gera „Reußische Tribüne" Alte Schloßgasse 11.
Greiz „Reußische Volkszeitung" Hohegasse.
Halberstadt „Volkszeitung" Bakenstr. 37.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle" Geiststr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo" Gr. Theaterstr. 44.
Harburg „Volksblatt" Großer Schippsee 4 p.
Hannover „Volkswille" Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung" Lorenzstr. 23.
Karlsruhe „Volksfreund" Werderplatz 31.
Kiel „Schleswig-Holstein'sche Volks-Zeitung" Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung" St. Agatha 3.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung" Tauchaerstr. 19/21.
Ludwigshafen „Pfälzische Post" Oggersheimerstr. 10.
Lübeck „Lübecker Volksbote" Johannisstr. 50.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt" Schröderstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme" Jakobstr. 49.
Mainz „Mainzer Volkszeitung" („Hessische Volksstimme") Margarethengasse 13.
Mannheim „Volksstimme" R. 3, 14.
München „Münchener Post" Senefelderstr. 4 I.
Nürnberg „Fränkische Tagespost" Luitpoldstr. 9.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt" Große Marktstr. 25.
Rostock „Mecklenburgische Volkszeitung" Hopfenmarkt 19.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt" Rosmaringasse 15.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme" Hohegasse 7.
Stettin „Volks-Bote" König Albertstr. 15.
Straßburg i. E. „Freie Presse für Elsaß-Lothringen" Schiltigheim, Bischweilerstr. 23.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht" Furthbachstr. 12.
Würzburg „Fränkische Volkstribüne" Stifthaugerpfaffengasse 3.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt" Richardstr. 15.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt" Kurhausstr. 14.
Crefeld „Niederrheinische Volkstribüne" Breitestr. 44.
Falkenstein „Vogtländische Volkszeitung", Anzeiger für Stadt und Land.
Forst i. L. „Märkische Volksstimme" Frankfurterstr. 11.
Gotha „Volksblatt für die Herzogthümer Coburg und Gotha" Mohrenberg 7.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung" Teichstr. 2.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne" Knochenstr. 32 p.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Augsburg „Augsburger Volkszeitung" H. 352.
Breslau „Die Wahrheit" Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt" Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge" Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Saalfeld „Thüringer Volksblatt" (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Bant „Die Nord-Wacht" Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza" Stralauerplatz 21.
Braunschweig „Der Landbote" Höhe 4.
Breslau „Wahrheit" Neue Graupenstr. 5/6.
Cassel „Der Wegweiser" Hohenthorstr. 2.
Dresden „Der arme Teufel" Falkenstr. 10.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung" Kirchenplatz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung" Bakenstr. 37.
Köln „Rheinische Zeitung" (Wochenausgabe) St. Agathe 3.
Stuttgart „Schwäbischer Volksfreund" Furthbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Die Fackel", Louisen-Ufer 11.
Hanau „Der Bauernfreund" Philipp Ludwigs-Anlage 9.
Königsberg „Der Ostpreußische Landbote" Knochenstr. 32.

Witzblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon" Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob" Furthbachstr. 12.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden" Beuthstr. 2 SW. 19. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt" Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

I. Quartal 1901.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", Salomonstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie", Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Die Ameise", Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, SO., Engelufer 15 II.
„Bildhauer-Zeitung", Neanderstr. 3.
„Die Einigkeit", Organ der Vertrauensmänner-Centralisationen Deutschlands, Adalbertstr. 19 II.
„Allg. Fahr-Zeitung", Schützenstr. 58.
„Der Gastwirthsgehilfe", Judenstr. 36.
„Der Steinarbeiter", Rixdorf, Bergstraße 30/31 Hof pt.
„Der Töpfer" Engel-Ufer 15.
Bochum „Deutsche Berg- und Hütten-arbeiter-Zeitung", Johanniterstr. 12.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung", Hankenstr. 21/22.
Chemnitz „Der Textilarbeiter", Uferstr. 14.
Crefeld „Fachzeitung", Organ des Verbands der Weber und verwandten Berufsgenossen, Hubertusstr. 148.
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt", Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", Marktstr. 15 II.
„Der Arbeiter" (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbeck, Friedenstr. 4 pt.
„Glück auf!" (für Former), Hamburg-Eilbeck, Friedenstr. 11.
„Der Grundstein" (für Maurer), St. Georg, Neue Brennerstr. 19 I.
„Holzarbeiter-Zeitung", Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.
„Bruder Schmied", Uhlenhorst, Herderstr. 21, Hans 8 II.
„Fachzeitung für Schneider", Gärtnerstr. 16a.
„Vereins-Anzeiger für Maler ꝛc.", Barmbeck, Schmalenbeckerstraße 17.
„Der Zimmerer", Barmbeck, Fehlerstr. 28 I.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht", Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig „Der Tabakarbeiter" (für Cigarrenarbeiter), Tauchaerstr. 19/21.
Leipzig-Schleudit „Graphische Presse", Schleuditz.
Linden-Hannover „Brauer-Zeitung", Burgstr. 9.
Löbtau-Dresden „Der Fachgenosse" (für Glas-, Porzellan- u. Thonwaaren-Arbeiter), Reisewitzerstr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung", Luitpoldstraße 9.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung".
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung", Heusteigstr. 30.
„Der Handschuhmacher", Cierstr. 21 II.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Einigkeit", Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lebküchler-Verbände, Mauergasse 4b.

Aller 14 Tage erscheinend.

Berlin „Der Courier", Centralorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, SO., Engelufer 15.
„Correspondenzblatt des Verbandes der Bergolder Deutschlands", N. Wilsnackerstr. 39.
„Deutscher Maschinist und Heizer", Organ der Maschinisten und Berufsgenossen Deutschlands, SO., Pücklerstr. 55.
„Die Gewerkschaft", Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 25.
„Handlungsgehilfen-Blatt", S. Oranienstraße 73 III.
„Lederarbeiter-Zeitung", N. Soldinerstr. 37, II.
„Sattler- und Tapezierer-Zeitung", SO., Engelufer 15.
Allg. Steinsetzer-Zeitung", NW., Waldenserstr. 18.
„Solidarität", Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reinickendorferstr. 7.
„Zeitschrift für Graveure und Ciseleure", Kottbuser Damm 8.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung", Brückenstr. 31.
Hamburg „Deutsche Bäcker-Zeitung", Organ des Bäcker-Verbandes, Idastr. 15/17.
„Der Schiffszimmerer", Eilbeck, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung", Organ für die Interessen der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Margarethenstr. 50, I.
„Der Kupferschmied", Eilbeck, Maxstr. 6, I.
„Der Seemann", St. Pauli, Hafenstr. 116.
„Weckruf der Eisenbahner" Marktstr. 15.
Hannover „Der Proletarier" (für Fabrik- ꝛc. Arbeiter und Arbeiterinnen), Leinstr. 31 III.
Leipzig-Reudnitz „Correspondenzblatt der Tapezierer", Gemeindestr. 19 I.
Stuttgart „Die Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furthbachstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Der Adressenschreiber", Organ des Centralvereins der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten, Wallstr. 57 part.
„Der Bäcker", Organ für die Interessen der Bäckergesellen Berlins und Umgegend, Klosterstr. 101.
„Der Bureau-Angestellte", N., Artonaplatz 3 II.
„Der Elektromonteur", S. Urbanstr. 119 I.
„Der Fleischer", Fürstenstr. 22.
„Gewerkschaft", Petristr. 16.
Hamburg „Barbier- und Friseur-Zeitung", Caffamacherreihe 15/17.
„Solidarität", Publikationsorgan der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft, Adolfstr. 4.

* * *

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jeden Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adreß- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vormerkung mitteilen zu wollen.

Berlin, den 8. Januar 1901.

Der Parteivorstand.

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

I. Wahlkreis: Christ. Bohn, Kanonierstr. 35, v. III. b. Hahn. Gust. Seiler, Manteuffelstr. 8, III.
II. Wahlkreis: Paul Scholz, Fidicinstr. 35, IV. Gustav Schmidt, Alexandrinenstr. 7, H. II.
III. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7, v. IV.
IV. Wahlkreis (Ost): Rob. Wengels, Große Frankfurterstr. 133. Hof part. Otto Franke, Pallisadenstr. 9, H. part.
IV. Wahlkreis (Südost): Emil Voigt, Pücklerstr. 38, part. Paul Böhm, Oppelnerstr. 14, vorn IV.
V. Wahlkreis: Jacob Renl, Barnimstr. 42. Wilhelm Schrolle, Landwehrstr. 3.
VI. Wahlkreis: (Wedding und Oranienburger Vorstadt): August Hinze, Pankstr. 13. (Moabit): Johann Pfarr, Putlitzstr. 10, vorn parterre. (Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Herm. Raschke, Hochstr. 32b, vorn part. (Schönhauser Vorstadt): R. Wünsch, Schliemannstr. 45.
Teltow-Beeskow-Charlottenburg: August Schnelle, Charlottenburg, Bismarckstr. 84.
Niederbarnim: Adolf Gartz, Weißensee, Lehderstr. 5.

B. Preßkommission:

I. Wahlkreis: August Täterow, Prinzenstr 45. Oswald Schensch, Rixdorf, Berlinerstraße 99 IV.
II. Wahlkreis: Karl Koblenzer, Muskauerstr. 26. Richard Köckeritz, Plan-Ufer 92.
III. Wahlkreis: Gustav Ladewig, Kommandantenstr. 65. Oskar Mahle, Elisabeth-Ufer 24.
IV. Wahlkreis O.: Paul Schneider, Blumenstr. 48. SO.: Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21.
V. Wahlkreis: Ad. Roth, Schönhauser Allee 2 III. W. Friedländer, Elsasserstr. 25.
VI. Wahlkreis: Karl Leid, Soldinerstr. 87 part. Wilhelm Freythaler, Gartenplatz 1, vorn III.
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Otto Görke, Charlottenburg, Wallstr. 69. Fritz Hoppe, Rixdorf, Erkstr. 10, II.
Nieder-Barnim: Emil Gerstenberger, Neu-Weißensee, Lehderstraße 115. Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 181.

C. Lokalkommission:

I. Wahlkreis: F. Lucht, Hasenheide 51, Quergeb. IV. Wilh. Kierfeldt, Judenstr. 48/44 IV.
II. Wahlkreis: Wilh. Mews, Gräfestr. 6, 2. Hof Quergeb. I. Gustav Lehmann, Frobenstr. 33.
III. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, v. IV, Ernst Lier, Alte Jakobstr. 119 part.
IV. Wahlkreis (Ost.): O. Blume, Gubenerstr. 6, part. O. Galle, Koppenstr. 8, vorn II.
IV. Wahlkreis (Südost.): Karl Scholz, Wrangelstr. 110, part. Wilh. Sedler, Forsterstr. 19, v. IV. Rich. Hackelbusch, Cuvrystr. 16, Hof IV, für Treptow.
V. Wahlkreis: Wilhelm Spät, Weinstr. 28, part. Wilh. Schulz, Fehrbellinerstr. 17, v. II.
VI. Wahlkreis: Garbotz, Emdenerstr. 48 v. III (für Moabit). Otto Wegner, Bonenstr. 4 part (für Wedding und Oranienburger Vorstadt). G. Bigel, Brunnenstr. 164 (für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen). O. Rißmann, Wörtherstr. 11, (für Schönhauser Vorstadt).

Obmann der Lokalkommission Karl Scholz, Wrangelstr. 110. Dorthin sind alle Anfragen und Briefsendungen zu richten.

D. Vorsitzende der Wahlvereine.

I. Wahlkreis: Fritz Felgentreff, Oranienstr. 183 part.
II. Wahlkreis: Hermann Werner, Bülowstr. 59 part.
III. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 157 IV.
IV. Wahlkreis O.: Ernst Bader, Große Frankfurterstr. 34. SO: Richard Weise, Forsterstr. 39.
V. Wahlkreis: Arnold Zitzewitz, Gollnowstr. 41, Hof IV.
VI. Wahlkreis: C. Fahrow, Hochstr. 35, Hof I.
Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Otto Görke, Charlottenburg, Wallstr. 69.

E. Agitations-Kommission für die Provinz-Brandenburg:

I. Wahlkreis: Alwin Schuster, O., Straßmannstr. 2.
II. Wahlkreis: Fr. Zinke, SO., Reichenbergerstr. 128.
III. Wahlkreis: Karl Dimmick, S., Luisen-Ufer 11.
IV. Wahlkreis: Albert Wajewitz, O., Pallisadenstr. 83. Wilhelm Jöchel, SO., Köpnickerstr. 190.
V. Wahlkreis: Fr. Kotzke, Marienburgerstr. 11.
VI. Wahlkreis: Max Kiesel, N., Schulstr. 22. Wilh. Schmidt, N., Chortnerstr. 30.
Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Hermann Schubert, Schöneberg, Koburgstraße 12.
Nieder-Barnim: Georg Freywaldt, Pankow, Florastr. 36.
Vertreter der Polen: Franz Merkowsky, Wallner-Theaterstraße 20.

Unterm neuesten Kurs.

Dezember.

1. **Dresden.** Der Maurer Zumpe wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 8 Wochen Gefängnis.
4. **Güstrow.** Die Genossen Schmidt und John wegen Richterbeleidigung 250 bezw. 100 M. Geldstrafe.
5. **Dessau.** 50 M. Geldstrafe Genosse Günther wegen Beleidigung eines Gendarmen.
„ **Erfurt.** Wegen Beleidigung eines Lieutenants Genosse May 200 M. Geldstrafe.
„ **Halle.** Genosse Swienty wegen Verübung groben Unfugs 10 M. Geldstrafe.
„ **Zwickau.** 100 M. Geldstrafe Genosse Albert wegen Beleidigung des Stadtrats.
6. **Berlin.** Tischler Albrecht 2 Monate Gefängnis wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander.
7. **Bromberg.** Die Bauarbeiter Günther, Krüger und Rick wegen Bedrohung von Streikbrechern je 3 Monate Gefängnis.
„ **Gotha.** Wegen Beleidigung eines Pfarrers Genosse Joos 25 M. Geldstrafe.
11. **Halle.** 50 M. Geldstrafe Genosse Swienty wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften — Veröffentlichung eines Gerichtsberichts.
„ **Hamburg.** Zwei Rollkutscher wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 6 bezw. 1 Woche Gefängnis.
„ **Dortmund.** Drei Monate Gefängnis Genosse Bredenbeck wegen Beleidigung eines Pfarrers.
12. **München.** In der Berufungsinstanz der Maschinist Seitz 14 Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
„ **Dessau.** Genosse Günther wegen Verübung groben Unfugs 20 M. Geldstrafe.
14. **Wilkau.** Wegen Vergehens gegen die Heiligthaltung des Sonntags Genosse Keil 20 M. Geldstrafe.
15. **Magdeburg.** 15 M. Geldstrafe Genosse Schwierske wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
„ **Mühlhausen i. Th.** Wegen Beleidigung eines Prokuristen sowie Richterbeleidigung Genosse Ehrler 100 M. Geld- und 1 Monat Gefängnisstrafe.
18. **Breslau.** Je 15 M. Geldstrafe die Genossen Bruhns und Heider sowie der Gastwirt Klingner wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
18. **Löbnitz.** Wegen Beleidigung eines Gemeindevorstands Genosse Rühle 100 M. Geldstrafe.
„ **Braunschweig.** 4 Wochen Gefängnis Genosse Heymann wegen Beleidigung eines Schneidermeisters.
„ **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Haupt-Magdeburg 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung des 4. Magdeburgischen Feldartillerie-Regiments.
20. **Hamburg.** Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ein Schlosser 2 Monate Gefängnis.
21. **Rudolstadt.** Genosse Zietsch-Saalfeld wegen Beleidigung eines Pfarrers 150 M. Geldstrafe.
22. **Gotha.** 2 Genossen wegen unerlaubten Verbreitens von Druckschriften je 12,50 M. Geldstrafe.
„ **Halle.** 4 und 3 Monate Gefängnis Genosse Swienty wegen Richter- bezw. Majestätsbeleidigung.

Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr, 9 Monate und 3 Wochen Gefängnis und 1205 M. Geldstrafe.

Berlin, den 7. Januar 1901.

Der Parteivorstand.

Parvus und Millerand.

Unter dieser Spitzmarke wird uns von einem Berliner Arbeiter folgendes geschrieben:

Schlimmer als die Zuchthausvorlage ist nach der Ansicht des Genossen Parvus der Millerandsche Streikgesetz-Entwurf. Parvus setzt uns auseinander, daß nach dem Projekte unsres französischen Genossen den Arbeitern das Streikrecht genommen wird, daß die „Streikpflicht" nur auf dem Papier besteht und daß der „Streikschutz" in Wirklichkeit ein Schutz der Arbeitswilligen ist. Der ganze Entwurf sei eine possibilistische Utopie. Dabei passiert dem Genossen Parvus das seltsame Mißgeschick, daß er in seines Herzens edlem Drange eine Behauptung aufstellt, die er gleich darauf wieder zurücknehmen muß. Es hätte dieses kleinen Zwischenfalls gar nicht bedurft, um zu beweisen, daß seine Polemik den Stempel der Voreiligkeit, der Uebertreibung und Einseitigkeit an der Stirn trägt. Parvus sieht nur die angeblichen und wirklichen Schattenseiten des Entwurfs, über den eigentlichen Grundgedanken geht er stillschweigend hinweg. Gerade auf diesen Punkt, auf die Erörterung des leitenden Princips und seiner notwendigen Konsequenzen, muß aber eine ernsthafte Kritik das Hauptgewicht legen.

Der eigentliche Zweck des Gesetzes, durch das Einigungsverfahren wirtschaftliche Kämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden, ist sicherlich anerkennenswert. Es ist oft weit besser, durch friedliche Unterhandlungen kleine Vorteile zu erzielen, als die zweischneidige Waffe des Streiks in Anwendung zu bringen und alles zu riskieren. Selbst glückliche Streiks fordern oft schwere Opfer. Ich halte es deshalb für durchaus erstrebenswert, durch gesetzliche Maßnahmen die friedliche Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten zu erleichtern, und bin der Meinung, daß dieser Zweck durch ein Gesetz nach dem Muster des Millerandschen Entwurfs in zufriedenstellender Weise erreicht werden kann. Durch die Einführung der Streikpflicht wird den

Forderungen der Arbeiter von vornherein ein gewaltiger Nachdruck verliehen. Der Unternehmer sieht sich vor die Alternative gestellt, entweder den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen oder den Betrieb längere Zeit hindurch einzustellen. Die Möglichkeit, durch Anwerbung von Streikbrechern den Betrieb, wenn auch nur notdürftig, aufrecht zu erhalten, ist ihm völlig abgeschnitten. Unter solchen Umständen wird es der Unternehmer in den weitaus meisten Fällen vorziehen, den Weg friedlicher Vereinbarungen zu beschreiten und einen Streik zu vermeiden; mindestens wird er sich hüten, einen Streik zu provozieren, wie es heute leider nur allzu häufig vorkommt. Die Aussicht, den Betrieb auf Wochen oder Monate völlig einstellen zu müssen, ist für den profitsüchtigen Unternehmer keineswegs so verlockend, wie Parvus es darzustellen sucht.

Allerdings scheint mir der Millerandsche Entwurf nicht ausreichende Kautelen dafür zu bieten, daß der erstrebte Zweck in der Praxis auch wirklich erreicht wird. Ich halte es für durchaus notwendig, daß die Befolgung der Streikpflicht durch angemessene Strafen gesichert wird. Bloße Ehrenstrafen sind für Leute vom Schlage der Arbeitswilligen vermutlich nicht ausreichend genug; wer für Kollegialität und proletarische Solidarität kein Verständnis hat, pfeift schließlich auch auf die Entziehung des Wahlrechts zu den Schiedsgerichten und andren Körperschaften. Außerdem halte ich es für notwendig, daß den Unternehmern ausdrücklich verboten wird, nach Ausbruch des Streiks Streikbrecher anzuwerben oder die vorliegenden Bestellungen auf ihre Rechnung andren Unternehmern in Arbeit zu geben. Auf eine wohlwollende Auslegung der Gesetze dürfen wir uns im modernen Rechtsstaate nicht verlassen.

Wenn auf diese Weise die Durchführung der Streikpflicht sichergestellt wird, kann ich dem Millerandschen Entwurfe, soweit er bis jetzt bekannt geworden ist, im großen und ganzen zustimmen. Dem Einwande des Genossen Parvus, daß unter Umständen durch das Votum der Majorität der Minderheit das Streikrecht genommen wird, messe ich keine Bedeutung bei. Streiks, welche nur von einer Minderheit organisiert werden, haben von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg und führen schließlich nur zu nutzloser Kraftverschwendung. Allerdings setze ich voraus, daß nach dem Millerandschen Entwurfe die Abstimmung über den Streik innerhalb der einzelnen Branchen stattfindet und daß zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern ein Unterschied gemacht wird. Geschieht dies nicht, so kann es allerdings vorkommen, daß ein Streik, welcher unter den jetzigen Verhältnissen die besten Aussichten bieten würde, nach Einführung des Streikpflichtgesetzes niedergestimmt wird. Die Möglichkeit liegt z. B. sehr nahe, daß in einer Fabrik die gelernten Arbeiter, ohne deren Thätigkeit die Fortsetzung des Betriebes unmöglich ist, von den Ungelernten überstimmt werden. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, daß einzelne Branchen von den Arbeitern der andern Branchen überstimmt werden, z. B. in einer Buchdruckerei die Drucker von den Schriftsetzern. Ich halte es also für unbedingt notwendig, daß — falls dies nicht geschehen sein sollte — der Abstimmungsmodus in einer Weise geregelt wird, welche auch der Minderheit ihr Recht sichert.

Im übrigen bin ich mit dem Entwurfe einverstanden. Die Befürchtung des Genossen Parvus, daß durch die dem Streik vorhergehenden Einigungsverhandlungen dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben werde, seine Position zu verstärken, kann ich nicht teilen. Die Leute, welche der Unternehmer während der Dauer der Vorverhandlungen noch anwerben kann, bilden für ihn schließlich nur eine sehr unzuverlässige Schutztruppe, da er ihre Abstimmung in keiner Weise kontrollieren kann. Eine direkte Beeinflussung würde den Unternehmer sogar mit dem Strafrichter in Konflikt bringen.

Eine wahre Angst hat Genosse Parvus vor der öffentlichen Abstimmung. Das Beispiel des Bergarbeiterstreiks zu Dourges hat den unentwegten Revolutionär zu einem begeisterten Befürworter der öffentlichen Stimmenabgabe umgemausert und ihn in dieser Beziehung an die Seite der reaktionären Parteien gedrängt. Leider paßt das schöne Beispiel wie die Faust auf das Auge. Die Bergarbeiter in Dourges haben sich damals in geheimer Abstimmung für die Beendigung des Streiks erklärt, weil seine Fortführung wenig Aussicht auf Erfolg bot. Hätte für die in Betracht kommenden Betriebe schon damals die Streikpflicht bestanden und dem Streik einen mächtigen Rückhalt verliehen, so würde das Abstimmungsresultat sicherlich anders ausgefallen sein. Es soll dem Genossen Parvus ohne weiteres zugegeben werden, daß mancher Arbeiter, der unter dem fascinierenden Einfluß einer großen öffentlichen Versammlung eifrig für die Fortsetzung eines Streiks eintritt, im tiefsten Grunde seines Herzen sehnlichst dessen Beendigung herbeiwünscht. Ob es aber für die Arbeiterbewegung von Vorteil ist, wenn die ruhige, nüchterne Ueberlegung des Einzelnen von der Augenblicksstimmung der Masse beeinflußt wird, ist mindestens mehr als zweifelhaft. Die Gewerkschaften haben nicht umsonst Streikreglements erlassen, welche dem ungestümen Drange der Massen Zügel anlegen.

Genosse Parvus läßt schließlich noch das Schreckgespenst der polizeilichen Arbeiterverfolgungen aufmarschieren. Die Bestimmung des Entwurfs, welche die Beeinflussung der Abstimmung unter Strafe stellt, giebt ihm Anlaß zu der Befürchtung, daß daraus eine Waffe gegen die Arbeiter selbst geschmiedet werden könnte. Ich kenne den Wortlaut der betreffenden Bestimmung nicht und kann deshalb nicht beurteilen, ob und inwieweit dieser Einwand gerechtfertigt ist. Ich bin aber der Meinung, daß sich sehr wohl eine Fassung finden läßt, welche jede mißbräuchliche Anwendung ausschließt. Es kann vermieden werden, daß die Strafbestimmung denselben kautschukartigen Charakter erhält wie die selig entschlafene deutsche Zuchthausvorlage, welche Parvus als warnendes Menetekel aus dem Orkus hervorholt.

Ich stehe also dem Projekte unsrer französischen Genossen im allgemeinen freundlich gegenüber. Ein abschließendes Urteil kann ich natürlich nicht abgeben, so lange der Wortlaut des Entwurfs nicht vorliegt. Ich befinde mich nicht in der glücklichen Lage des Genossen Parvus, welcher das Verdammungsurteil schon fertig in der Tasche trägt, bevor er den Gegenstand seiner Kritik auch nur näher kennen gelernt hat. Um der Diskussion über diese Frage eine sichere Grundlage zu geben, dürfte es sich empfehlen, daß der „Vorwärts" eine deutsche Uebersetzung des Entwurfs im Wortlaut veröffentlicht.*) Vielleicht wird dadurch manches Bedenken von vornherein zerstreut.

Gewerkschaftliche Thätigkeit in staatsanwaltlicher Beleuchtung.

Mancher Staatsanwalt betrachtet heute noch, ebenso wie zur Zeit Tessendorfs, jeden für die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation thätige Arbeiter als ein mehr oder minder verworfenes Subjekt, dem man alles mögliche, nur nichts Gutes zutrauen darf. Da erscheinen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als böswillige Friedensstörer, ihre Vertrauenspersonen als gewerbsmäßige Hetzer usw. Als bezeichnendes Beispiel dieses staatsanwaltlichen Geistes verdienen einige Stellen aus der Anklageschrift gegen David und Ernst (über den Prozeß haben wir in Nr. 3 des „Vorwärts" berichtet) möglichst weiten Kreisen bekannt gegeben zu werden. Bei der Anklage handelt es sich um folgendes: Nach Ansicht der organisierten Töpfer sind die Arbeiter der Töpfermeister Schöffel u. Stein in ihren Rechten und Ansprüchen beeinträchtigt worden, und nachdem eine gütliche Regelung vergebens versucht wurde, hat eine Töpferversammlung die Sperre über die genannten Meister verhängt. Das ist also eine durchaus zulässige und gesetzlich erlaubte Handlung. Nun hat David zu Gunsten der Sperre ein Flugblatt verfaßt und verbreitet. Auch das ist an sich erlaubt, aber in dem Flugblatt ist eine Behauptung aufgestellt, die nach Annahme der Staatsanwaltschaft nicht erweislich wahr ist und eine Beleidigung der beiden Töpfermeister darstellt. Ist es schon für die Auffassung, die die Staatsanwaltschaft von ihrem Beruf hat, recht bezeichnend, daß sie hier, wo zwei Privatleute beleidigt sein sollen, im öffentlichen Interesse die Anklage erhob, so ist die Begründung der Anklage noch charakteristischer für die Ansichten des Staatsanwalts. Nachdem die Anklageschrift die Herren Schöffel und Stein als Arbeitgeber geschildert hat, die allen berechtigten Forderungen der Arbeiter nachkommen, fährt sie wörtlich also fort: „Da die Schöffelsche Arbeiterschaft sich im allgemeinen über nichts zu beklagen hat, bleibt sie auch der socialdemokratischen Organisation, dem Centralverband der Töpfer Deutschlands, fern. Da dies natürlich allenthalben nicht ohne Eindruck bleibt, versuchen die Leiter und Agitatoren der Filiale Berlin dieses Centralverbands auch in die Schöffelsche Arbeiterschaft Unfrieden zu tragen und sie dadurch zu sich herüberzuziehen, umsomehr, als bei der Stärke der Schöffelschen Arbeiterschaft von durchschnittlich 70 Mann die Verbandskasse eine wöchentliche Einbuße von 50 bis 75 M. hierdurch erleidet. In diesem Bestreben thut sich besonders hervor der Angeschuldigte David, der zwar selbst Töpfer ist, als solcher aber kaum noch arbeitet, sondern als „Beamter" der Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer Deutschlands **von den Arbeitergroschen lebt.**"

Weiter: Eugen Ernst war in diesem Prozeß mitangeklagt, weil er als Geschäftsführer der Druckerei, die das Flugblatt herstellte, sich mitschuldig an der Beleidigung der beiden Töpfermeister gemacht haben soll. Die Anklage ließ sich nur halten, wenn Ernst nachgewiesen werden konnte, daß er den Inhalt des Flugblatts vor der Drucklegung gekannt hat. Ernst hat das aber — wie er vor Gericht sagte — von Anfang an bestritten. Die Staatsanwaltschaft war auch nicht in der Lage, durch irgend welche Thatsachen zu beweisen, was Ernst bestritten hat. Gleichwohl erhob sie die Anklage gegen ihn und begründet sie folgendermaßen: „Seine (Ernsts) Schutzbehauptung, den Inhalt des Flugblatts nicht geprüft und gekannt zu haben, ist **offensichtlich unwahr.** Abgesehen davon, daß erfahrungsgemäß Drucker Manuskripte zu lesen pflegen, um deswillen, damit sie Art und Ausführung des Drucks sowie den Preis bestimmen können, spricht vor allem dagegen die Stellung, die der Angeschuldigte Ernst in der socialdemokratischen Partei einnimmt. Ernst ist ein äußerst thätiger Agitator dieser Partei und ist seit langem in Druckereien thätig, die sich fast ausschließlich mit der Herstellung socialdemokratischer Schriften befassen ... Als eifriger Parteigänger und Vorsteher einer solchen Druckerei nimmt er Kenntnis von ihm zum Abdruck übergebenen Manuskripten, um danach seine Dispositionen zu treffen, die sich je nach der Gefährlichkeit des Inhalts der Schrift für die einzelnen Fälle verschieden gestalten."

Dieser kühnen Logik des Staatsanwalts: Der Angeschuldigte wird schon den Inhalt des Manuskripts gekannt haben, denn er ist ja ein äußerst thätiger socialdemokratischer Agitator, ist das Gericht allerdings nicht gefolgt. Daß aber eine Anklage in solcher Weise begründet wird, zeugt doch von einer einseitigen Beurteilung der politisch und gewerkschaftlich thätigen Arbeiter.

Ist die Anklage gegen Ernst, wenn man von dem recht mangelhaften Wissen absieht, das der Staatsanwalt vom Druckwesen offenbart, mehr für das in Preußen-Deutschland kümmerlich vegetierende Preßrecht von Belang, so muß dem Verhalten der Staatsanwaltschaft gegen David eine etwas weitergehende socialpolitische Bedeutung beigelegt werden. Was der Anwalt des preußischen Staats dem Gewerkschaftsleiter nachsagt, das wird er schwerlich in dem abstrakt nationalökonomischen Sinne meinen, daß im letzten Grunde jeder, vom höchsten Beamten bis zum Schuldiener und Polizisten herab, von Arbeitergroschen lebt.

Der Staatsanwalt wollte mit diesen Worten offenbar das Wirken des Gewerkschaftsbeamten als moralisch minderwertig hinstellen; ein andrer Sinn paßt wenigstens nicht in den Gedankengang der Anklageschrift hinein.

Und das ist ein Vorgehen, das nicht im Interesse der Arbeiterschaft, die durch solche Behauptungen nicht den geringsten Schaden erleidet, wohl aber im Interesse des Staats, den der öffentliche Ankläger zu vertreten hat, in hohem Grade bedenklich genannt werden muß.

Unter den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung war es bislang einzig die von der Großindustrie ausgehaltene Scharfmacherpresse, die den Arbeiterführern die Beschuldigung an den Kopf werfen mußte, daß sie sich von „Arbeitergroschen mästeten". Dieser Vorwurf wird auch auf bürgerlicher Seite bis weit in die Reihen der regierungstreuen Nationalliberalen hinein für höchst ungerecht gehalten, weil man dort weiß, daß er Leute treffen soll, die in puncto Ehrenhaftigkeit um kein Atom geringwertiger dastehen, als etwa ein preußischer Durchschnittsbeamter und deren Amt, von den Kenntnissen abgesehen, eine Opferwilligkeit und Entsagungsfreudigkeit voraussetzt, von der der Staatsanwalt, wie wir zu seinen Gunsten annehmen wollen, offenbar keine Ahnung hat.

Der Staatsanwalt, der nach den Worten seines Kollegen im Sternberg-Prozeß die objektivste Behörde von der Welt vertritt, hätte sich mithin peinlich vor einem Ausdruck hüten sollen, der jenem zum eisernen Bestand der von uns gekennzeichneten Interessengruppe gehörenden fast zum Verwechseln ähnlich sieht. Doppelt wäre solche Vorsicht am Platz gewesen, wo der Beamte doch die verhängnisvollen Wirkungen der von Posadowsky-Woedtke eingeführten Zwölftausendmark-Affaire vor Augen hatte.

*) Der Wortlaut des Gesetzes ist in Nr. 49 des „Korrespondenzblatt" der Generalkommission vom 10. Dezember in deutscher Uebersetzung zum Abdruck gelangt. Red. d. „Vorw.")

Versammlungen.

Im Wahlverein für den zweiten Wahlkreis sprach am 15. Januar Reichstags-Abgeordneter H. Förster unter großem Beifall über: „Die wirtschaftlichen Krisen". In der kurzen Diskussion entwickelte Dr. Brakebusch die Ansicht, daß durch die Schaffung von kleinen Bauerngütern eine friedliche Lösung der socialen Frage angebahnt werden könne. Seine Ansichten wurden von dem Genossen Andrée und dem Referenten widerlegt.

Der Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag im Lokal Königsbank eine Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Singer. Der Vortragende, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, gab einen Ueberblick über die Verhandlungen des Reichstags und unterzog die politische Situation einer kritischen Beleuchtung. Insbesondere zeigte der Redner, daß die von den Agrariern verlangte Erhöhung der Kornzölle zwar den Junkern die Taschen fülle, für die Masse des Volks aber Herabdrückung der Lebenshaltung und Verstärkung des socialen Elends bedeute. Schließlich besprach Genosse Singer die von unsrer Fraktion gestellten Anträge und zeigte, daß unsre Vertreter im Reichstage fortwährend bemüht sind, schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen das möglichste Maß politischer Freiheit und socialer Fürsorge zu erringen, daß sie aber auch unablässig und nachdrücklich kämpfen für das eine große Ziel: Beseitigung der bürgerlichen und Einführung der socialistischen Gesellschaft.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Genossen Fink in der üblichen Weise.

Die Putzer hielten am Sonntag, den 6. d. M., in den Arminhallen eine gut besuchte Versammlung ab. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Kohl erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Nach dem Jahresbericht, den der Bevollmächtigte gab, erstattete der Kassierer den Bericht vom IV. Quartal nebst Jahresabrechnung. Beschlossen wurde, den Jahresbericht drucken zu lassen und ihn den Mitgliedern zuzustellen. Dann wurde zur Neuwahl der örtlichen Verwaltung geschritten. Gewählt wurden: F. Schulz als I. Bevollmächtigter, Vogel als II. Bevollmächtigter, Kelpin als I. Kassierer, Richter als II. Kassierer, Urbath als I. Schriftführer und Hintze als II. Schriftführer. Zu Revisoren wurden Hoffmann, Kurzrock und Tuhmann gewählt. Hierauf wurde als Delegierter zum Verbandstag Franz Schultz gewählt.

Die Buchbinder und verwandten Berufe hatten am 9. d. M. eine Mitgliederversammlung anberaumt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegin Hedwig Wegener in üblicher Weise. Herr Dr. Rud. Steiner hielt hierauf einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Häckels Welträtsel". Den Bericht vom Gautag gab Krause. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Debatte. Unter Verbandsangelegenheiten teilte Schuhmacher mit, daß die Urabstimmung für Berlin mit 1083 gegen 804 Stimmen für den Extrabeitrag entschieden hat. Schmitts bringt die jüngsten Vorkommnisse in der Hofbuchbinderei v. Möser zur Sprache. Dort wird der Tarif nicht innegehalten.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am Donnerstag, den 10. Januar, im Gewerkschaftshaus ihre dritte ordentliche Generalversammlung ab. Dem Vorstandsberichte des ersten Vorsitzenden Lammé zufolge waren Besuch und Teilnahme an den Unterrichtskursen in dem verflossenen IV. Quartal 1900 sehr gute, eine Ausnahme bildete nur der Kursus in Naturerkenntnis, in welchem durch die plötzliche Absage des in Aussicht genommenen Lehrers im letzten Augenblick ein Ersatz geschaffen werden mußte. — Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 401, und zwar 48 Damen und 353 Herren. Da noch immer nicht alle Teilnehmer sich entschließen konnten, den an sie gerichteten wiederholten Bitten des Vorstands zu entsprechen und genaue Angaben über die Art ihrer Organisationsangehörigkeit zu machen, so konnte nur von 306 Personen die Zugehörigkeit zu politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen konstatiert werden. Es waren hiernach nur politisch 11, nur gewerkschaftlich 169 und politisch und gewerkschaftlich 126 Teilnehmer organisiert. An keinem Kursus nahmen 99, an einem 229, an zwei Kursen 56, an dreien 11 und an allen vieren 6 Personen teil. Auf die einzelnen Unterrichtsfächer verteilte sich der Besuch folgendermaßen: I. Nationalökonomie 89 Schüler, durchschnittlicher Besuch 61; II. Naturerkenntnis 46 Schüler, durchschnittlicher Besuch 26; III. Rede-Uebung 151 Schüler, durchschnittlicher Besuch 84; IV. Geschichte 121 Schüler, durchschnittlicher Besuch 88. Es fanden in dem verflossenen Vierteljahr fünf Sonntags-Versammlungen statt; außerdem veranstaltete die Schule zu Ehren ihres unvergeßlichen Gründers W. Liebknecht am 7. Oktober eine Gedächtnisfeier und arrangierte am 18. November im Gewerkschaftshaus einen Ada Negri-Abend. Vorstandssitzungen wurden drei abgehalten. Den Kassenbericht giebt Königs. Auch dieser zeigte trotz der notwendig gewordenen Mehrausgaben ein günstiges Resultat. Die Gesamteinnahme betrug pro Oktober—Dezember 982,75 M., die Gesamtausgabe 800,94 M. Der verbleibende Ueberschuß von 181,81 M. ergiebt mit dem Bestande vom 1. Oktober 1900 einen Gesamtbestand pro 1. Januar 1901 von 2964,75 M. Die Bibliothek umfaßt nach dem Bericht des Bibliothekars Krückeberg 1090 Bände, von denen im letzten Quartal 657 ausgeliehen wurden. Da der Vertreter des Lehrerkollegiums Herr Dr. Steiner durch einen übernommenen Vortrag am Erscheinen verhindert ist, verliest der zweite Vorsitzende, Genosse Stempel, einen von ihm verfaßten Bericht, in dem sich die Herren Lehrer von dem Besuch und der Teilnahme der Schüler am Unterricht befriedigt erklären, und ihren Wünschen bezüglich weiterer Ausgestaltung der Kurse in der begonnenen Weise Ausdruck geben. Nach der Decharge-Erteilung wird von den eingegangenen Anträgen, die ebenso wie der gute Besuch der Generalversammlung ein erfreuliches Zeichen des regen Interesses der Mitglieder an dem Gedeihen der Schule bekunden, ein Antrag Kreplin angenommen, „den Vorstand zu verpflichten, in der nächsten Generalversammlung Vorschläge zur Einrichtung eines Diskutier-Abends zu machen." Auch ein vom Vorsitzenden befürworteter Vorschlag, auf 100 Exemplare des Vereinsorgans des freien Bundes zu abonnieren und für Verbreitung unter den Mitgliedern Sorge zu tragen, wird angenommen. Ferner schlägt der Vorsitzende der Versammlung vor, im nächsten Quartale statt der Naturerkenntnis einen Kursus in Gesetzeskunde zu veranstalten, und zwar wird im Hinblick auf die beschlossene und so vielfach diskutierte Beteiligung an den Landtagswahlen Rechtsanwalt Viktor Fränkl einen Vortragszyklus über „preußische und deutsche Reichsverfassung" halten, während in Nationalökonomie Frl. Imle über Genossenschaftswesen und seine praktische und theoretische Bedeutung sprechen sowie in Geschichte Herr Dr. Steiner weiterhin unterrichten wird.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 13. Januar eine Mitglieder-Versammlung im Grand Hotel Alexanderplatz ab. Metzke wurde seines Amts als Vorsitzender enthoben, da sich Gehl wieder gesund gemeldet hat. Die Versammelten erklären, daß sie mit den Ausführungen des Vorstands der Verbandsfiliale II Berlin nicht einverstanden seien und erteilen ihren Delegierten und den Achtzehner-Kommissions-Sitzungen die Direktive, nach wie vor an eine Lohnerhöhung in diesem Jahre festzuhalten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung beschwert sich Kater über das Verhalten der Verbandsleitung der deutschen Maurer während des Hallenser Maurerstreiks, da dieselbe alle möglichen Mittel anwendet, um die dortige lokale Organisation an die Wand zu drücken. Wolf aus Halle schließt sich den Ausführungen Katers an und wurde hierauf beschlossen, nach veränderter Taktik des dortigen Streiks und nach erfolgter Witterungsveränderung der Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Centralisation weitere Gelder zu diesem Streik zu überweisen. — Alsdann erstattet Herforth als Obmann der Statutenberatungs-Kommission Bericht über das revidierte Statut und begründet die Abänderungen betreffender Statuten. Die Beschlußfassung darüber wird ausgesetzt, weil die Versammlung nicht acht Tage vorher bekannt gegeben und deswegen nicht beschlußfähig ist.

Charlottenburg. In der am 13. d. M. in der Gambrinus-Brauerei abgehaltenen sehr gut besuchten Versammlung des Centralverbands der Maurer gab zunächst Kollege Mielitz den Bericht über die Kassenverhältnisse vom 4. Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 2302,50 M., während die Lokalkasse 847,05 M. vereinnahmte und 546,18 M. verausgabte, so daß ein Bestand von 300,87 M. verblieb. Die Zahl der Mitglieder betrug 799. Die Gesamt-Jahreseinnahme der Hauptkasse betrug 7954,75 M., die Gesamteinnahme der Lokalkasse 1591,55 M. Ausgeschlossen wurden im Laufe des Jahrs 26 Mitglieder, ausgetreten sind 12 Mitglieder und gestrichen wurden 12. Dem Bericht über die Thätigkeit des Vorstands ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahrs 17 Versammlungen abgehalten wurden. Sodann wurde zur Wahl der örtlichen Verwaltung geschritten, es erfolgte die Widerwahl des bisherigen Vorstands. Zum Beitragssammler für den Streikfonds wurde Tahsler bestimmt. Im Anschluß an den Bericht der 31. Kommission wurde Reudorf und Mielitz zu Delegierten für die Kommission gewählt. Eine lebhafte Debatte rief der Antrag der Verbandsleitung, das Monatsgehalt auf 165 M. zu bemessen, hervor. Schulze als Verbandsleitungs-Mitglied suchte den Beschluß zu begründen, konnte aber mit seinen Ausführungen in der Versammlung nicht durchdringen, und erfolgte dann die Wahl des Mitglieds Busse für die Verbandsleitung, welcher die Wahl zu den alten Bedingungen annahm. Um nun jeden Kollegen anzuspornen, die in obiger Frage in Berlin stattfindenden maßgebenden Versammlungen besser zu besuchen, wurde beschlossen, das Verbandsbuch eines jeden Versammlungs-Besuchers mit einem Kontrollstempel zu versehen.

West-Reinickendorf. Am Donnerstag fand bei Adolf Engel, Eichbornstr. 69, eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher der Andrang so stark war, daß lange vor der Eröffnung Tische und Stühle entfernt werden mußten. Genosse Stadthagen referierte über das Thema „Her mit dem Recht!" Sein zweistündiger Vortrag fand großen Beifall. Nach Schluß der Versammlung ließen sich viele in den Wahlverein aufnehmen. Genosse Lorenz ermahnte die Anwesenden, nicht an dem am 19. d. Mts. in Gördes Waldschlößchen stattfindenden Maskenball des Gewerkvereins der Metallarbeiter teilzunehmen, weil der Besitzer dieses Lokals den Arbeitern seinen Saal nicht zur Verfügung stellt. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.